



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„(De-)Europäisierung der österreichischen Grünen“

Verfasser

Christian Oliver Popken

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger

Herzlich danken möchte ich meinen Eltern Sylvia und Manfred Popken, die mich im Laufe des Studiums und während der Diplomarbeit unterstützt und motiviert haben. Besonderer Dank gilt auch meiner Betreuerin Univ.-Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger, die mich mit ihrem außerordentlichen Engagement immer wieder auf den richtigen Weg brachte.

Zusammenfassung

Ziel dieser Arbeit ist es, den Europäisierungsgrad der österreichischen Partei Die Grünen im Jahr 2008 zu ermitteln. Dafür wird ein möglicher Parteienwandel durch die Europäisierung verantwortlich gemacht, der anhand der Wahlkampfprogramme von 1995 und 2008 sowie einer Auswertung von Experteninterviews mit Grünen Spitzenpolitikern aus dem Jahr 2005 untersucht wird. Ein europäisierter Parteienwandel zeichnet sich dadurch aus, dass die Einflüsse der Europäischen Integration adaptiert werden. Dies spiegelt sich in der Aufmerksamkeit der Partei gegenüber der Europäischen Union wieder. Parteiführungen können darin eine Chance erkennen, die Partei nach ihren Vorstellungen zu verändern. Andererseits kann der Europäisierung zugunsten des eigenen Machterhalts von Parteiakteuren verhindert werden. Am Beispiel der österreichischen Grünen wird deutlich, dass der Europäisierungsgrad einer Partei unterschiedlich ausgebildet sein. Bis 2008 haben die Grünen zwar einen inneren Organisationswandel vollzogen, da mit dem EU-Beitritt neue europäische Parteipositionen hinzukamen, allerdings beschränkt sich deren Einfluss und Handlungsspielraum weitgehend auf die EU. Die nationalen Wahlprogramme haben gezeigt, dass auch 13 Jahre nach dem EU-Beitritt eine Trennung von europäischen und nationalen Inhalten beigehalten wird.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
2 Forschungsdesign.....	5
2.1 Konzeption der Untersuchung	5
2.2 Datenmaterial	7
2.2.1 Wahlprogramme	9
2.2.2 Keele Survey	11
3 Einflüsse der Europäischen Integration auf die mitgliedsstaatliche Ebene	13
3.1 Theorien der Europäischen Integration	13
3.1.1 Funktionalismus, Neofunktionalismus und Konstruktivismus	15
3.2 Einfluss der Europäischen Integration auf die Mitgliedsländer	17
3.3 Machtverschiebung auf die supranationale Ebene	18
3.4 Europäisierung von nationalen Parteien.....	19
4 Das Konzept der Parteieneuropäisierung	23
4.1 Parteieneuropäisierung.....	23
5 Parteienwandel durch Europäisierung.....	29
5.1 Discrete change approach von Harmel und Janda.....	30
5.2 Parteiziele und Primärziele	32
5.3 Two-level Europeanization.....	34
5.3.1 European stimuli	36
5.3.2 Innerparteiliche Akteure und Parteilager	37
5.3.3 Europeanization I: awareness	38
5.3.4 Europeanization II: action	39
5.4 Weiterführende Konzeptionen	40
5.5 Abschließende Betrachtung der Parteieneuropäisierung.....	43
6 Der Fall: Die österreichischen Grünen	46
6.1 Exkurs: Die Grünen im Nationalrat	46
6.2 Die österreichischen Grünen im Parteienwandel?	48
7 Methodik.....	50
7.1 Programmatischer Wandel und Europäisierung.....	50
7.1.1 Programmatischer Wandel durch electoral performance	51

7.1.2	Europäisierung und programmatischer Wandel	53
7.2	Organisatorischer Wandel und Europäisierung	54
7.3	Gemischte Inhaltsanalyse.....	56
7.3.1	Kategorien- und Kodierungssystem	59
7.3.2	Auswertung der Daten	64
7.3.3	Kritik an der Methode	66
7.4	Sekundäranalyse der Experteninterviews.....	66
7.5	Two-level Europeanization – Operationalisierung und Messung	68
7.5.1	Europeanization I: awareness	69
7.5.2	Europeanization II: action.....	71
8	Auswertung des Datenmaterials	73
8.1	Europeanization I: awareness in Anbetracht der empirischen Ergebnisse	73
8.2	Europeanization II: action in Anbetracht der empirischen Ergebnisse	77
8.2.1	Organisatorischer Wandel.....	77
8.2.2	Programmatischer Wandel.....	83
8.3	Zusammenfassung der Ergebnisse	86
Conclusio		89
Literatur		92
Anhang		101

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Two-level Europeanization nach Lefkofridi (2009)	39
Abb. 2: Kategoriensystembeispiel.....	64

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Tonalitäten der EU-Nennungen	63
Tab. 2: Österreichische Grüne im EP (vgl. Luther 2008)	70
Tab. 3: Aufmerksamkeit gegenüber der EU im Jahr 2005	74
Tab. 4: Veränderung der Aufmerksamkeit gegenüber EU in den letzten 10 Jahren	74
Tab. 5: Gewichtung der Kapitel in den Wahlprogrammen	75
Tab. 6: Direkte und indirekte Nennung der EU	76
Tab. 7: Einfluss der Parteipositionen	78
Tab. 8: Einfluss der Parteipositionen in den letzten 10 Jahren.....	79
Tab. 9: Einfluss der Parteiführung auf europäische Parteiakteure	80
Tab. 10: Entscheidungsfreiheit der Parteiakteure	80
Tab. 11: Entscheidungsfreiheit der Parteiakteure in den letzten 10 Jahren	81
Tab. 12: Beteiligung an Wahlprogrammerstellung	82
Tab. 13: Beteiligung an Wahlprogrammerstellung in den letzten 10 Jahren	83
Tab. 14: Anteil der EU-Inhalte in den Wahlprogrammen	84
Tab. 15: Anteil der Motive in den Wahlprogrammen.....	85
Tab. 16: Tonalitäten der EU-Nennungen	86

Abkürzungen

EU: Europäische Union

EP: Europäisches Parlament

EGP: Europäische Grüne Partei

EG: Europäische Gemeinschaft

FPÖ: Freiheitliche Partei Österreichs

ÖVP: Österreichische Volkspartei

SPÖ: Sozialdemokratische Partei Österreichs

Euratom: Europäische Atomgemeinschaft

Einleitung

Österreich ist seit dem 1. Januar 1995 Mitglied der Europäischen Union. Seitdem fanden in den Jahren 1995, 1999, 2002, 2006 und 2008 Nationalratswahlen statt. Dass sich der Urnengang auch direkt auf die österreichische Europapolitik bzw. die europäische Österreichpolitik auswirken kann, dürfte den wenigsten Wählern bewusst (gewesen) sein. Schließlich werden seit dem österreichischen EU-Beitritt Regierungsvertreter in den Europäischen Rat und Ministerrat entsendet. Das bedeutet, dass Regierungsmitglieder sowohl nationale als auch europäische Akteure sind und somit jeder nationale Wahlkampf gleichzeitig ein europäischer ist. Das politische System und der gesamte Rechtsbestand der EU hat damit eine unvergleichbare Dynamik ausgelöst, die als Europäische Integration bezeichnet wird. Die nationalen Auswirkungen dieser Integrationsprozesse werden in ihrer Gesamtheit Europäisierung genannt.

Wie aber reagieren politische Parteien auf die Auswirkungen der Europäischen Integration, dem Europäisierungsprozess? Dieser Frage geht die folgende Diplomarbeit nach und analysiert, inwiefern sich die Europäisierung einer österreichischen Partei vollzieht. Ziel dieser Untersuchung ist es, den Europäisierungsgrad der österreichischen Grünen im Jahr 2008 zu messen. Die Grünen sind dabei besonders interessant, da sie im Zuge des EU-Beitritts von einer EU-ablehnenden zu einer EU-befürwortenden Partei wurden. Ferner ist das Forschungsfeld der Parteieneuropäisierung in Österreich bislang weitestgehend vernachlässigt worden, sodass diese Untersuchung auch Pionierarbeit leistet.

Den ersten Beitrag zu österreichischen Parteien im Zusammenhang mit Europäisierung verfassten Pollack und Slominski (2002) über eine horizontale Analyse der Parteienlandschaft. Kritzinger und Michalowitz (2005) ebnen den weiteren Weg, indem sie anhand ausgewählter Parteiprogramme zu Europawahlen den Europäisierungsgrad der unterschiedlichen europäischen Parteienlandschaften – einschließlich Österreich – miteinander vergleichen. Die

rezentesten Veröffentlichungen zu dezidiert österreichischen Europäisierungsprozessen stammen von Luther (2007, 2008), Meyer und Rosenberger (2008) sowie Kritzinger und Sickinger (2008). Die Wahl des Schwerpunkts dieser Arbeit hat daher mehrere Motive, da in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Publikationen zur Europäisierung nationaler Parteien verschiedener Mitgliedsländer erschienen sind. Diese bieten optimalen Nährboden für weitere empirische Forschungsarbeit. Ferner sind (fast) alle themenrelevanten Arbeiten auf Basis von großen Datenbanken quantitativ erfolgt (vgl. Budge/Klingemann 2001; Binnema 2003; Kritzinger/Michalowitz 2005; Pennings 2006), die sich im Vergleich zu dieser Untersuchung den Parteiensystemen im gesamten nationalen bzw. europäischen Kontext widmen.

Der Europäisierung wird in dieser Arbeit als top-down-Prozess betrachtet, der, sprichwörtlich „von oben herab“, die Entscheidungen, Prozesse und Institutionen aller politischen und gesellschaftlichen Akteure in den Mitgliedsstaaten beeinflusst. Als Ausdruck der Europäischen Integration stehen die Qualität und der Umfang dieser Veränderungen je nach Europäisierungstheorie (und Anwendungsfeld) mehr oder weniger im Vordergrund (vgl. Ladrech 2002, 2010). Die Ausrichtung dieser Untersuchung erfolgt maßgeblich an Lefkofridis (2009) two-level Europeanization und Ladrech's „[f]ive areas of investigation for evidence for Europeanization in parties and party activities“ (Ladrech 2002: 396). Ladrech hat 1994 den Grundstein für die Forschung der Parteieneuropäisierung gelegt und ist bis heute einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet. Lefkofridi verfasste eine leitende Dissertation, die erstmalig die Frage nach Europäisierung in Verbindung von Parteienwandel erforschte und auch messbar machte (vgl. Lefkofridi 2009). In Anbetracht dieser Theorien wird folgende Forschungsfrage in dieser Diplomarbeit untersucht:

Wie groß ist der Europäisierungsgrad der österreichischen Grünen im Jahr 2008?

Die Fragestellung wird dem Umstand gerecht, dass mit dem EU-Beitritt 1995 eine Vielzahl äußerer, insbesondere europäischer Einflüsse auf die Partei

einwirkten, dessen Adaptionen im Jahr 2008 bereits feststellbare Ergebnisse zeigen sollten. Daher erfolgt die Untersuchung anhand eines Vergleichs der Jahre 1995 und 2008.

Das Forschungsdesign ist dabei inspiriert von Ladrech (1994, 2002, 2007, 2010), Kritzinger und Michalowitz (2005, 2008), Pennings (2006) und basiert grundlegend auf Lefkofridis (2009) two-level Europeanization. Zentrale Untersuchungsgegenstände sind hierbei die Wahlprogramme aus den Jahren 1995 und 2008 und die Sekundäranalyse von Experteninterviews des Keele Survey (Poguntke et al. 2007c). Ziel der Untersuchung ist es, zunächst aus den Wahlprogrammen die jeweiligen EU-Inhalte herauszufiltern, um diese anschließend mit den Experteninterviews zu ergänzen. Als zentrales Untersuchungsmaterial dienen die Wahlprogramme, die Kernthemen und die wichtigsten policy positions der jeweiligen Partei beinhalten. Sie sind anderen (Massen-)Medien vorzuziehen, da es sich um originäres Parteimaterial handelt, „has the advantage of relying directly on the parties themselves for information about party positions“ (Ray 1999: 284).

Wie bereits oben angesprochen, folgt eine Sekundäranalyse der Experteninterviews des Keele Surveys, der im Rahmen einer mehrjährigen, europaweiten Erhebung von der Keele European Party Research Group erhoben wurde (vgl. Poguntke et al. 2007c). Die halbstandardisierte, schriftliche Befragung richtete sich ausschließlich an die höhere, gewählte Partielite (Parteiführer, MEP, EU-Sekretäre usw.), um bei einem kleinen Sample möglichst valide Ergebnisse zu erzielen. Der Gebrauch von Experteninterviews ist in der Politikwissenschaft etabliert und im Sinne der methodologischen Triangulation, also der Verwendung quantitativer und qualitativer Verfahrenstechniken, bauen sie auf den Ergebnissen der Inhaltsanalyse auf (siehe auch dazu Kritzinger/Michalowitz 2008). Im Gegensatz zur der vorausgegangenen Inhaltsanalyse liegt der Untersuchungsschwerpunkt der Interviews auf dem organisatorischen Wandel. Da der organisatorische Wandel nicht mittels Wahlprogrammen zu überprüfen ist, zielt diese Untersuchung auf das „Insiderwissen“ der Experten ab (vgl. Liebhold/Trinczek 2002), die ihres Zeichens eng in den Apparat der Grünen eingebunden sind. Die Auswertung

der Interviews findet mithilfe einer offenen Interpretation statt, da dieser methodologische Ansatz für die Evaluierung der Inhaltsanalyse und für die Beantwortung der Parteienwandel-Hypothese die geeignetste Methode darstellt). In der abschließenden Auswertung dienen die Ergebnisse aus den Wahlprogrammen zu den Nationalratswahlen¹ 1995 und 2008 und die der Experteninterviews als Gradmesser der Parteieneuropäisierung.

Die Kapitelaufteilung der Arbeit erfolgt in neun Kapiteln. Die Gliederung besteht aus der Einleitung, der theoretischen Auseinandersetzung mit Ansätzen der Europäischen Integration und Europäisierung, dem Forschungsdesign, dem der Datengenerierung mit anschließender Auswertung und Conclusio.

¹ Im Gegensatz zu Kritzinger und Michalowitz (2005) teilt der Verfasser dieser Arbeit nicht die Meinung, dass Wahlprogramme von Europaparlamentswahlen besser geeignet sind, um die Europäisierung von Parteien zu messen. Da die EP-Wahlen als second-order-elections zumeist eine Abstrafung der regierenden Partei(en) ist/sind (vgl. Reif/Schmitt 1980).

2 Forschungsdesign

2.1 Konzeption der Untersuchung

Einführend ist die Metamorphose der österreichischen Grünen von einer EU-ablehnenden zu einer EU-befürwortenden Partei angesprochen worden – wie auch die damit verbundene ideologische Neuausrichtung des politischen Charakters. Aus der heutigen Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern die Grünen ihre pro-europäische Einstellungen seit 1995 verinnerlicht haben und sich die Auswirkungen der Parteieneuropäisierung auf sie ausgewirkt haben.

Das folgende Kapitel beschreibt dazu das grundlegende Forschungsdesign dieser Diplomarbeit. Im Anschluss daran wird eine theoretische Diskussion zu den Einflüssen der Europäischen Integration auf die Nationalstaaten im Allgemeinen und auf nationale Parteien im Speziellen durchgeführt, der Parteieneuropäisierung. Anhand der Modelle von Harmel und Janda (1994) sowie Strøm (1990) werden zwei theoretische Modelle für einen Parteienwandel im Rahmen von externen Einflüssen auf und zielorientiertem, rationalem Handeln von Parteien erläutert. Im Falle der österreichischen Grünen und ihrem Europäisierungsgrad sind die Argumente dieser Modelle jedoch nicht ausreichend. Diese Untersuchung baut daher auf Lefkofridis (2009) Modell der two-level Europeanization auf, da diese als leading dissertation² im Bereich der Parteieneuropäisierung angesehen werden muss. In diesem zweiphasigen Modell wird zuerst die Aufmerksamkeit (Europeanization I: awareness) der Partei gegenüber der EU festgestellt, um im anschließend Schritt den dadurch verursachten Wandel der Partei (Europeanization II: action) anhand ihres Primärziels (primary goals) zu messen (vgl. Lefkofridi 2009). Der Fokus dieser Arbeit ist aber nicht auf die Ermittlung der Europäisierungseinflüsse auf das Primärziel der österreichischen Grünen gerichtet, sondern vertieft das Argument Ladrech (2002) europäisierten Parteienwandel anhand von organisatorischen Wandel (organizational change) und programmatischen Wandel (programmatic

² „National Party Response to European Integration: A theoretical framework & Evidence from the Case of Greece (1974-2007)“, Lefkofridi (2009).

change)³. Der Verlauf des organisatorischen Wandel ist in Hinsicht auf die Parteieneuropäisierung ein wichtiger Faktor, der offenbart, inwiefern sich die Position der nationalen gegenüber den europäischen Parteiakteuren in der innerparteilichen Hierarchie sowie Struktur verändert hat (vgl. Luther 2007, 2008). Der programmatische Wandel gibt Aufschluss darüber, inwiefern die Partei den Stellenwert der EU bemisst und ihn nach außen hin kommuniziert (vgl. Ladrech 2002).

In diesem Zusammenhang und um die eingangs gestellte Forschungsfrage beantworten zu können, werden zwei unterstützende Hypothesen⁴ entwickelt:

1. Hypothese H₀: Wenn Europeanization I: awareness gering ist, dann ist der Grad Parteieneuropäisierung niedrig.

→ *awareness = action*

2. Alternativhypothese H_A: Wenn Europeanization I: awareness gering ist, hat es keinen Einfluss auf Europeanization II: action.

→ *awareness ≠ action*

In Anlehnung an Lefkofridis (2009) Ansatz der two-level Europeanization werden im nächsten Kapitel die Europäische Integration als Metakontext der Europäisierung beschrieben und mit den Theorien von Harmel und Janda (1994) sowie Ström und Müller (1999) verbunden, sodass die spätere Operationalisierung und Messung des Datenmaterials nachvollziehbar sind. Der Forschungsablauf dieser Arbeit ist streng linear angelegt, d.h., dass die Theorienbildung vor der Datenerhebung erfolgt und keine weitere Erhebungsrunde nach Sichtung, Kategorisierung und Analyse stattfindet. Die Ergebnisse werden anhand einer deskriptiven Analyse dargestellt und anschließend interpretiert. Die Zusammensetzung der empirischen Analyseschritte und der abschließenden Interpretation ist wie folgt aufgebaut:

Two-level Europeanization:

1. *Europeanization I: awareness*

³ Siehe dazu Kapitel 8.2 und 8.3

⁴ Die Hypothesen werden auch als Gleichung dargestellt, um die Zusammenhänge zu verdeutlichen.

- a. Saliences von Europa (Inhaltsanalyse)
 - b. Aufmerksamkeit gegenüber Europa (Sekundäranalyse)
2. *Europeanization II: action*
- a. Programmatrischer Wandel (Inhaltsanalyse)
 - b. Organisatorischer Wandel (Sekundäranalyse)
3. *Interpretation der Ergebnisse* (vgl. Lefkofridi 2009; vgl. Ladrech 2002, 2010)

Im Rahmen dieser Arbeit müssen Kompromisse bezüglich der erklärenden Variablen gemacht werden, d.h., dass das Modell simplifiziert wird. So wird z.B. das Primärziel der Partei nicht eindeutig bestimmt, sondern aufgrund von Ausschlusskriterien eingeschränkt. Ferner werden die European stimuli⁵ stark vereinfacht zur Verwendung kommen. Ziel ist es dabei, in erster Linie den Grad der Europäisierung zu ermitteln und erst in zweiter Hinsicht Rückschlüsse auf die Art des Parteienwandels zu ziehen.

Der weitere Verlauf des Kapitels gliedert sich folgendermaßen: Im Anschluss wird die Auswahl des Datenmaterials dieser Erhebung erläutert. Dies stellt das Rohdatenmaterial dar, das in der Inhaltsanalyse und der Sekundäranalyse – als jeweils eigene quantitativ-qualitative Einheit – auf Grundlage der angesprochen Triangulation ausgewertet wird.

2.2 Datenmaterial

Die Parteienpositionierung lässt sich nach Laver und Hunt (1992) auf drei verschiedene Arten nachweisen: Erstens mit der Analyse von Parteidokumenten, zweitens mit großangelegten Meinungsumfragen der Wählerschaft und drittens mit der Befragung von Experten. Zwei der drei

⁵ Aus Sicht der Parteienforschung sind die Einflüsse, die von der Europäischen Integration ausgehen, als European stimuli zu bezeichnen, die einen Parteienwandel veranlassen (können) (Lefkofridi 2009). Eine Diskussion des europäisierten Parteienwandels und die Operationalisierung verschiedener europäischer stimuli sind weiter unten nachzulesen. Die Veränderungen, die den nationalen Parteien indirekt widerfahren sind, spiegeln sich im Konzept der Europäisierung wieder und werden an späterer Stelle erörtert (siehe Kapitel 5).

Ansätze werden in dieser Arbeit benutzt. Die Herangehensweise an die Thematik erfolgt in zwei methodologischen Schritten. Eine Inhaltsanalyse der Wahlprogramme⁶ der Jahre 1995 und 2008 sind der erste Datenerhebungs- und Analyseschritt, dessen Ergebnisse für die Ermittlung der Europeanization I: awareness und Europeanization II: action ausgelegt sind. Deren Ergebnisse werden jeweils mit in ein halbstandardisiertes Experteninterviews des Keele Surveys einfließen (Pogunkte et al. 2007c), das Aufschluss über die Aufmerksamkeit gegenüber Europa (awareness) und den organisatorischen Wandel (action) gibt. Die Auswahl des Datenmaterials ist für die methodologische Umsetzung in zweierlei Hinsicht von Bedeutung:

- (1) Mithilfe der Wahlprogrammanalyse kann die Europäisierung sowohl in Hinblick auf die awareness als auch die action der Partei überprüft werden, da dort die bloße Nennung des Themas EU zeigt, dass dies ein relevantes Politikfeld in der Kommunikation mit der Wählerschaft ist und ferner, nach Kritzinger und Michalowitz (2005), als Indikator für Europäisierung gilt⁷.
- (2) Des Weiteren gibt die Sekundäranalyse der Experteninterviews einen Einblick in den organisatorischen Parteienwandel (organizational change), der seit dem EU-Beitritt 1995 stattgefunden hat. Dieser Wandel legt besonders den Einfluss offen, der den EU-Spezialisten über zehn Jahre zuteil geworden ist oder, als Hinweis auf einen mangelnden, innerparteilicher Europäisierungsgrad, eben auch nicht.

Die abschließende Zusammenführung beider Analyseeinheiten lässt somit fundierte Aussagen über die unterschiedliche Entwicklung der exogenen und endogenen Europäisierungsprozesse zu. Allerdings ist die Trennschärfe

⁶ Dass die Wahl des Untersuchungsmaterials mit Wahlprogrammen eine valide Forschungsgrundlage darstellt, hat Ladrech treffend formuliert: „If the EU were to have an impact on political parties, it would be necessarily be found in [...], electoral campaigns to win office and/or influence policy. [...] [W]e can narrow our focus on party change related to the EU – Europeanization – by asking if there is evidence in: (a) party programmes; (b) party organization; and (c) other aspects such as party symbols and affiliations with EU actors” (Ladrech 2010: 24).

⁷ Der Verfasser dieser Arbeit schließt sich Kritzingers und Michalowitzs Ansicht an, „that if national parties take up the European issue as one of their topics, this can be characterised as a Europeanisation process” (Kritzinger/ Michalowitz 2005: 8). Mit dem Unterschied, dass das Forschungsdesign auf den transnationalen Vergleich der Europaparlamentswahlprogramme der Mitgliedsländer Österreich, Schweden und Finnland ausgerichtet ist.

zwischen exogenen und endogenen Entwicklungen in Rahmen dieser Arbeit nicht klar zu definieren, da auf der einen Seite Wahlprogramme in der Komplexität ihrer Entstehung sowohl äußeren Einflüssen – namentlich Wählerpräferenzen und Durchdringung nationaler Politikfelder durch die Europäische Integration – unterliegen und auf der anderen Seite werden deren Inhalte von Individuen verfasst, die Teil der innerparteilichen Hierarchie sind. Es besteht jedoch eine diffuse Wechselwirkung der verschiedenen Ebenen und Akteure im Rahmen des Europäisierungsprozesses untereinander. Kurz gesagt: die methodische Verquickung von Wahlprogrammen und verlässlichen Experteninterviews lässt tiefe Blicke in und fundierte Aussagen über die europäische Seele einer Partei zu. Diese Forschungsarbeit ist demnach eine Verbindung vom Ansatz Kritzingers und Michalowitzs (2005), Luthers (2007, 2008) sowie Lefkofridis (2009) zu sehen.

2.2.1 Wahlprogramme

Diese Arbeit stützt sich mit den beiden Wahlkampfprogrammen der Jahre 1995 und 2008 der österreichischen Grünen auf ein sehr spezielles politisches outcome, der zahlreiche Entscheidungsfindungen und Prozesse zugrunde liegen. Die konzentrierte Masse der innerparteilich beschlossenen policy preferences und party positions als eine einzigartige Interessenartikulation der gesamten Partei, die für mehrere Jahre (=Legislaturperiode bzw. Neuwahlen) gültig ist, ist in eben diesen Wahlprogrammen manifestiert (vgl. Budge/Robertson/Hearl 1987: 18; Volkens/Klingemann 2002: 154). Daher bieten insbesondere Wahlprogramme zur Untersuchung der salience von Europa/EU optimalen Nährboden zur Datenerhebung und Exploration der Europäisierung von Parteien (vgl. Lefkofridi/Kritzinger 2008; Ladrech 2007). Dass die EU/Europa im Zuge der Europäischen Integration und als politisches System sui generis die nationalstaatlichen Systeme durchdringt, mit all ihren gemeinschaftlichen Rechten und Pflichten die Parteien und Mitgliedsländer verändert, wird als Europäisierung bezeichnet. Vor diesem Hintergrund stellt die Perzeption der Integrations-Einflüsse in den nationalen Wahlkampfprogrammen

ein interessantes und wichtiges Untersuchungsfeld dar. Denn wie Ladrech die causa treffend darstellt: „An even more significant incentive for parties to adapt to these changed circumstances, though long-term in its manifestation, is growing irrelevance, defined as a diminishing capability to alter existing macro-economic policies and a shrinking scope of issues for which resolution can be promised in election campaigns” (Ladrech 2002: 394).

Erstmals haben Kritzinger und Michalowitz (2005) mit der Untersuchung der österreichischen, finnischen und schwedischen Europawahlprogrammen nachweisen können, dass die nationale Parteien Politiktrends auf europäischer Ebene wahrnehmen und ihre Programme dynamisch anpassen. Die Grünen, die seit 1995 als EU-befürwortende und aufstrebende Partei gelten, haben in der Wählergunst einen steten Aufstieg über die letzten Jahre vollzogen (siehe weiter unten). Daher stellen die Wahlprogramme des Jahres 1995, in dem Österreich ein EU-Mitgliedsland wurde, und der letzten Nationalratswahlen 2008 aussagekräftiges Datenmaterial dar, weil es die größtmögliche Zeitspanne zwischen der ersten und letzten Wahl nach dem Beitritt liegt. Ferner ist in dieser 13-jährigen Zeitspanne von einer klaren Festigung eines pro-Europäischen Charakters und der partei-internen Ausbildung von EU-Spezialisten der österreichischen Grünen auszugehen (siehe Kapitel 6).

Wahlprogramme sind zudem eines der wenigen schriftlichen Dokumente politischer Parteien, die nicht durch redaktionelle Arbeit Dritter verändert, interpretiert oder gefiltert werden. Denn wie Semetko et al. betonen, besteht bei politischen Entscheidern und der breiten Mehrheit der Bevölkerungen die Befürchtung, dass „(un-elected) editorial gatekeepers and journalists“ einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung über politische Institutionen und Themen ausüben (vgl. Semetko et al. 2000: 121)⁸. Diesem Trend liegt ein sozio-kultureller Wandel innerhalb der Gesellschaft zugrunde: die politische Kommunikation der Parteien ist durch die Massenmedien größtenteils verdrängt worden, da Stammwähler einer einzigen Partei (habitual voting) einer cognitively mobilized Wählerschaft (Wechselwähler) gewichen sind, die ihre

⁸ Der Verfasser dieser Arbeit teilt diese Bedenken und verwendet aus diesem Grund nur originäres Parteimaterial.

Informationen aus „broadcast and narrow cast media“ bezieht und Orientierung in Zeiten zunehmender policy-Angleichung der Parteien an Persönlichkeiten und Wahlkampfinhalten sucht (vgl. Volkens/Klingemann 2002: 144-145; vgl. Luther/Müller-Rommel 2002: 327).

2.2.2 Keele Survey

Der zweite methodologische Teil dieser Arbeit ist eine Sekundäranalyse des Datensatzes der Keele European Party Research Group⁹ „Europeanisation of National Political Parties, 2004-2005“, der von mehreren führenden Köpfen der Europäisierungsforschung der Keele University durchgeführt wurde und bisher einzigartiges Datenmaterial zu einem Parteiwandel in EU-Mitgliedsländern aus direkter Akteursperspektive bietet (vgl. Poguntke et al. 2007c). Die Erhebung fand in 15 EU-Mitgliedsländern¹⁰ über eine postalische Befragung in einem Zeitraum von zehn bis 15 Jahren statt, mit dem Ziel anhand zugesicherter Anonymität der Befragten Erkenntnisse über die innerparteilichen Machtverschiebungen zu erlangen, die durch die Dynamik des EU-Beitritts und der einhergehenden Europäischen Integration ausgelöst wurden. Die 37 Fragen deckten ein breites Spektrum ab: der spezifische Einfluss des befragten Akteurs, die innerparteilichen Machtverschiebungen und die Teilnahme an der Erstellung des Wahlprogramms sowie der Einfluss von zentralen Parteiakteuren auf MEPs und den Grad der Autonomie von EU-Spezialisten und Partei-Eliten auf der EU-Ebene (vgl. Luther 2008: 254). Der Rücklauf der Befragung beträgt insgesamt 333 Rückläufer von allen angeschriebenen Akteuren¹¹, die sich aus 86 verschiedenen Parteien rekrutieren, wovon 22 Antworten¹² aus Österreich

⁹ Besonderer Dank gilt Prof. Richard Luther, der mir freundlicherweise den Datensatz zur Verfügung gestellt hat.

¹⁰ Die befragten Individuen stammen aus folgenden EU-Mitgliedsstaaten: Belgien, Deutschland (Oktober 1990), Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Vereinigtes Königreich (Poguntke et al. 2007c).

¹¹ Die sieben Zielinterviewpartner sind nach Luther: „current or recent leaders; general secretaries; parliamentary party chairpersons; their chief representatives on their national parliamentary European affairs committee, their European Parliament (EP) delegation leader; EU-specialist staff and international secretaries“ (Luther 2008: 254).

¹² Ursprünglich wurden 26 österreichische Interviewpartner angeschrieben, von denen allerdings nur 22 tatsächlich an der Befragung teilgenommen haben (vgl. Poguntke et al. 2007c).

stammen. Die Antworten verteilen sich mit jeweils sechs auf die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs), die Grünen (Die Grünen – Die Grüne Alternative) und jeweils fünf von der ÖVP (Österreichische Volkspartei) und der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) (vgl. Luther 2008). Ihre Identität wird anonymisiert, um erstens eine grundlegende Offenheit im Interview und zweitens eine dementsprechende Interviewtiefe zu gewährleisten.

3 Einflüsse der Europäischen Integration auf die mitgliedsstaatliche Ebene

Ein Beitrittsland der Europäischen Union muss eine ganze Bandbreite an sozialen und ökonomischen Veränderungen (*acquis communautaire*) sowie eine supranationale politische Autorität akzeptieren, um in den begehrten Kreis der EU-Mitgliedsländer zu gelangen. Dieser Prozess wird als Europäisierung bezeichnet, welche mit einer Implementierung bzw. Anpassung des nationalstaatlichen Rechts an das *acquis communautaire* beginnt, aber in ihrer Entwicklung – quasi unendlich – als fortlaufender Prozess offen ist. Es gibt eine Vielzahl technischer Umsetzungszwänge, die mit einem EU-Beitritt auf die mitgliedsstaatliche Ebene zukommt, die die drei Kernbereiche nationaler Systeme empfindlich treffen – namentlich *polity*, *politics* und *policy*. Um das Ausmaß dieser Veränderungen aufzuzeigen und das Forschungsthema im Metakontext einzubetten, werden im folgenden Kapitel die verschiedenen Theorien der Europäischen Integration beschrieben. Ein kurzer historischer Überblick zur Europäischen Integration im Allgemeinen soll den politischen Wandel der Mitgliedsländer sowie das Erstarken der EU als politisches System zu verdeutlichen, und eine detailliertere Schilderung der Implikationen auf sowie Möglichkeiten für nationale Parteien - sozusagen als Auftakt der Parteieneuropäisierung - nennen.

3.1 Theorien der Europäischen Integration

Das Wesen der Europäischen Integration und inwiefern sie die Mitgliedsländer bzw. Drittstaaten beeinflusst, ist nur indirekt Teil dieser Arbeit, und daher wird sie auch nicht im vollen – ihr gebührenden – Umfang behandelt werden können. Vielmehr ist ein stark selektiver Filter auf die Integrationsforschung gelegt, um die, für diese Arbeit erheblichen, wichtigen Eckpfeiler zu errichten. Dies sind die top-down Einflüsse der Integration, die nationale Akteure zum Handeln zwingen.

Anfang der 1970er wurde der Begriff „Integration“ zum ersten Mal diskutiert, denn bis zu diesem Zeitpunkt gab es keine verbindliche Definition. Das Problem wurde unter dem Namen „*dependent variable problem*“ bekannt (vgl. Pollack/ Slominski 2006: 53). Nach Rittberger und Schimmelfennig sollen die Theorien nicht die historischen Wurzeln der EU erklären, sondern die Frage beantworten, „*ob der Integrationsprozess ein eigendynamischer, transformativer Prozess ist oder nicht*“ (vgl. Rittberger/Schimmelfennig 2005: 23). Bis heute dominieren zwei Denkrichtungen die Diskussion: der Intergouvernementalismus, der die obige Frage verneint, und der Supranationalismus, der die Frage bejaht (vgl. ebd. 2005: 23). Beide Ansätze bilden jeweils eine „Theriefamilie“ mit verschiedenen Strömungen, die eigenständige Schulen sind und in einigen Fällen die Annahmen beider Haupttheorien miteinander verbinden. Die Theriefamilien sind 1. Funktionalismus, Neofunktionalismus, Konstruktivismus und Supranationalismus; 2. Intergouvernementalismus sowie 3. Institutionalismus und Multi-level-Governance (vgl. Pollack/ Slominski 2006: 55-66; Rittberger/ Schimmelfennig 2005: 22-42). Allerdings „kann keine Integrationstheorie beanspruchen, die europäische Integration in ihrer Gesamtheit zu erklären“, dafür bedarf es einer Kombination verschiedener Integrationstheorien, um für die verschiedenen Probleme bzw. Fragestellungen eine Erklärung zu finden (vgl. ebd. 2005: 79). Die Theorien zur Europäischen Integration bilden in dieser Arbeit lediglich die theoretische Metaebene, auf deren Grundlage später die Europäisierung nationaler Systeme, Institutionen und Akteure als teilerklärende Theorie zu betrachten ist. Um die Ursprünge der Europäisierung besser nachvollziehen zu können, werden Funktionalismus, Neofunktionalismus, Konstruktivismus, Supranationalismus und Multi-level Governance diskutiert, weil diese die Europäisierung nationaler Akteure als eigendynamischen Prozess kennzeichnen. Die Theorien des (Liberalen) Intergouvernementalismus und des Institutionalismus werden aufgrund ihrer theorieimmanenten Annahmen, die sich überwiegend den supranationalen Institutionen und deren Machtverhältnissen zu sowie zwischen den Mitgliedsstaaten widmen (vgl. Pollack/ Slominski 2006: 63-66; Rittberger/

Schimmelfennig 2005: 30), nicht in die Diskussion mit einbezogen, seien aber der Vollständigkeit halber erwähnt.

3.1.1 Funktionalismus, Neofunktionalismus und Konstruktivismus

Der Funktionalismus ist ein „technisch-rationaler Prozess der Integration“ mit einem ausgeprägten normativen Charakter, der von der Annahme ausgeht, „dass funktionierende internationale Organisationen zwischenstaatliche Konflikte lösen können“ (Pollack/Slominski 2006: 55). Nach Pollack und Slominski lässt sich der funktionalistische Ansatz Integration folgendermaßen beschreiben: zu Beginn wird die Zusammenarbeit in einem kleinen, technischen Rahmen forciert; anschließend wird zu diesem Zweck eine supranationale Institution geschaffen, welche wechselseitiges Vertrauen stiftet und führt zu weiterer Zusammenarbeit in anderen Bereichen führt; Dieser gesamte Prozess wird durch die involvierten Interessengruppen und den jeweiligen Eigeninteressen der supranationalen Institution verstärkt (vgl. ebd. 2006: 55).

Eine rezentere Strömung des Funktionalismus ist der Neofunktionalismus, welcher auf Ernst Haas (1958) zurückgeht. Letzterer hat die bestehende Theorie um den sogenannten Spillover-Effekt erweitert (vgl. Pollack/Slominski 2006: 56). Später wurde Haas Grundlage des Spillovers in den funktionalen, den politischen und den institutionellen Spillover differenziert (vgl. Schmitter 1969; Tranholm-Mikkelsen 1991). Die drei unterschiedlichen Konzepte funktionieren idealtypisch wie folgt: Beim *Funktionalen Spillover* führt die supranationale Zusammenarbeit in einzelnen Politikbereichen zu ungünstigen Ergebnissen. Um die Performanz zu verbessern, müssten auch andere Bereiche integriert werden. Ein Beispiel sind einheitliche Standards in Güterproduktion und Verkehr innerhalb der EU. Wenn weitere Teilbereiche integriert werden, breitet sich der Einflussbereich der Integration auf immer weitere Politikbereiche aus; Der *Politische Spillover* betrifft nationale Akteure wie Regierungen, Parteien, Interessenverbände und Institutionen. Wenn diese Akteure erkennen, dass die Integration Vorteile zur Erreichung der eigenen

Ziele mit sich bringt, dann setzt eine Orientierung zur EU ein. Unter den nationalen Akteuren erzeugt die Konkurrenzsituation politischen Druck, der in weiterer Integration mündet; Beim *Institutionelle Spillover* besitzen die supranationalen Institutionen als Bindeglied zwischen den Nationalstaaten einen Informationsvorsprung, den sie zu weiterer Integration und zur Erweiterung ihrer eigenen Kompetenzen nutzen (vgl. Pollack/Slominski 2006: 57).

Rittberger und Schimmelfennig bezeichnen den Neofunktionalismus als „Urtheorie“ des derzeitigen Supranationalismus, der die rationalen und konstruktivistischen Mechanismen unter dem Spillover-Mechanismus subsumierte (vgl. Rittberger/Schimmelfennig 2005: 34). Die Integrationstheorie lässt sich daher auch in zwei Strömungen unterscheiden: rationalistischer und konstruktivistischer Supranationalismus. Beiden Strömungen liegt zugrunde, dass von den Annahmen ausgehen, dass die Integration eine institutionelle Eigendynamik entfaltet, die „von den Regierungen weder beabsichtigt noch kontrollierbar oder rückgängig zu machen ist“ (ebd. 2005: 42). Der rationalistische Supranationalismus ist hier der bedeutendste Ansatz, der sich bereits von Haas (1958) Ursprüngen so weit entfernt hat, dass er eine hohe Deckungsgleiche mit dem liberalen Intergouvernementalismus in Hinsicht auf den Integrationsursprung durch gesellschaftliches Interesse sowie die rationale Handlungsweise der Akteure aufweist (vgl. ebd. 2005: 38). Im Unterschied zum Intergouvernementalismus wird besonderes Augenmerk auf die transnationalen Prozesse und die extrem hohe Interaktionsdichte der Akteure und dem daraus resultierendem Integrationswachstum gelegt (vgl. ebd. 2005: 38-40). Der konstruktivistische Supranationalismus hingegen ist eine sehr rezente und eine eher unausgereifte Integrationstheorie, die ihre Annahmen auf das menschliche Handeln in und das Gestalten der eigenen sozialen Umgebung stützt. Die Untersuchung konzentriert sich auf europäische Integrationsbildungsprozesse als Motor der Integration sowie dem Verhältnis von Integrationsbereitschaft und nationalen Legitimationstraditionen (vgl. Pollack/Slominski 2006: 58-59). Dabei hinterfragt der konstruktivistische Ansatz das rationale Handeln von Akteuren in anderen funktionalistischen Ansätzen kritisch (vgl. ebd. 2006).

Die Integrationstheorie der Multi-level Governance beschreibt die dynamischen Wechselbeziehungen zwischen nationaler und europäischer Ebene, allerdings liegt bei diesem neo-institutionalistischen Ansatz der Fokus auf der supranationalen Ebene. Die zentrale Annahme ist hierbei: die völlige Verschränkung der supranationalen und nationalen Ebene, die in einem ständigen, zyklischen Zusammenspiel zueinander stehen. Letzterer Ansatz richtet sein Augenmerk dabei auch auf nationale Akteure in supranationalen Institutionen. Dabei ist zeigt sich auch, wie diese Akteure auf der supranationalen Ebene in den unterschiedlichen Verfahren des decision-makings agieren (vgl. ebd. 2006: 63-66). Erste theoretische Brückenschläge zwischen Multi-level Governance und Europäisierung wurde bereits von Bache (2008) unternommen, dieser wird allerdings nicht weiter ausgeführt, da die Entscheidungsstrukturen der supranationalen Ebene keine entscheidende Rolle in der Untersuchung einnehmen.

3.2 Einfluss der Europäischen Integration auf die Mitgliedsländer

Dem EU-Beitritt gingen in jedem Mitgliedsland lange Kosten-Nutzen-Rechnung voraus, in denen die politische Elite die Folgen einer kollektiven oder koordinierten Politik in Verhältnis zum internationalen Stand des Landes abwägen mussten, „[t]hus European Integration has been a process developed by national political leaders to *manage* the effects of international inputs/pressures on their domestic economies.“ (Ladrech 2010: 5). Die angesprochenen „inputs/pressures“ versinnbildlichen an dieser Stelle die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, und somit kann die Europäische Integration als Reaktion auf die Globalisierung gesehen werden (vgl. Luther/Müller-Rommel 2002: 7-10). Das rationale Kalkül, das hinter einem Beitritt steht, ist die Überlegung, dass der entstehende Mehrwert die Kosten übersteigt.

Dass die Regelungsbreite im System der EU sukzessive zugenommen hat, zeigt ein Vergleich deutlich: die EG/EU hat im Zeitraum von 1950 bis 2000 den Gesamtumfang ihrer behandelten Politikbereiche von 86 (EWG 1957) auf 254

(Nizza 2000) ausgeweitet (Wessels 2003; Maurer/Wessels 2002). Die EU verfügt mit ihren Organen und Gremien, wie z.B. dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat, über einen weiten Aktivitätsbereich, der mit Nizza (2000) und seit dem 1. Dezember 2009 mit dem Vertrag von Lissabon bzw. dem EU-Reformvertrag über quasi-staatliche Funktionen in der Sozial-, Wirtschafts-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik verfügt (vgl. Wessels 2003). Besonders mit der Einheitlichen Europäischen Akte, im Maastrichter und Amsterdamer Vertrag, wurde diese Entwicklung deutlich, die ihren Niederschlag als integrationspolitischen Langzeittrend im institutionellen und prozeduralen Ausbau der Teilnahme- sowie Mitgestaltungsmöglichkeiten für eine Vielzahl von Akteursgruppen am EG/EU-Politikzyklus gefunden hat (vgl. Wessels 2003: 808f). Ein Nachteil dieser Entwicklung wird von Kritikern als zunehmende Entdemokratisierung wegen des mangelnden Einflusses der Bevölkerung gesehen.

Dass diese enorme Umwälzung von nationalen Politikfeldern hin zur EU stattfindet, wird von den politischen Eliten der Mitgliedsländer bagatellisiert, was wiederum von der Öffentlichkeit ambivalent aufgenommen wird und die EU in Umfragewerten stark sinken lässt. Wie groß diese Umwälzung aber tatsächlich ist, findet sich in keinem Parteiprogramm wieder und wird später auch Teil der Untersuchung sein.

3.3 Machtverschiebung auf die supranationale Ebene

„Da die EU kein Staat ist, kann sie ihr Recht zwar beschließen, ist aber bei seiner Umsetzung und Vollziehung grundsätzlich auf die Mitgliedsstaaten angewiesen“ (Pollack/Slominski 2006: 143). Die Aussage von Pollack und Slominski lässt sich hinterfragen, indem die Integrationstheorien und politischen outcomes der letzten 15 bis 20 Jahre betrachtet werden. Dies legt ein anderes Bild der Machtausübung an den Tag, nämlich dass die supranationalen Akteure mit wesentlich komplexeren und diffuseren Prozessen die Mitgliedsstaaten beeinflussen. Denn neben dem starken Einfluss der EU in social und economic policy areas der Mitgliedsstaaten, zielen letztere europäische Reform- und

Integrationsbemühungen sogar auf hochsensible – klassisch-nationalstaatliche – Politikbereiche wie z.B. der Außen- und Verteidigungspolitik sowie – aktuell im Rahmen der (europäischen) Währungs- und Wirtschaftskrise – auf die Haushaltsplanung ab.

Die sukzessive Stärkung der Europäischen Union mit Verabschiedung der gemeinschaftlichen Verträge hat nicht nur erheblich in die nationalstaatliche Souveränität der Gesetzgebung eingegriffen, sondern auch gleichzeitig zu einer Machtverschiebung von den Mitgliedsländern hin zur EU als politisches System *sui generis* geführt. Dadurch wird nicht nur der nationalstaatliche Fokus des Parteienwettbewerbs verändert; zweifelsohne sind auch mit EP, EU-Kommission und Ministerrat neue institutionelle Akteure hinzugekommen, die auf alle Bereiche der mitgliedsstaatlichen Ebene Einfluss ausüben (können) (vgl. Luther 2008: 253).

3.4 Europäisierung von nationalen Parteien

Die politischen Parteien haben mit dem Beitritt zwar die Chance erhalten, im Falle eines Wahlerfolgs neben dem decision-making als Regierungsmitglied auch auf europäischer Ebene im EU-Ministerrat (mit-)entscheiden zu können. Im Falle Österreichs ergibt sich das Problem, als relativ kleines Mitgliedsland mit zehn Stimmen im EU-Ministerrat und 1,67% (8,375 Mio.) der EU-Gesamtbevölkerung (501 Mio.) (Eurostat 2010: 2), „[...] that party politicians in executive office participate in policy decisions which are binding for the nation state without being able to veto them (Carter et. al. 2007: 7-8). Harmel spricht in diesem Zusammenhang von „dramatic changes in the relevant environments of parties“, die Parteien, ganz gleich ob gestandene Volkspartei oder neue Partei, zu einem Parteienwandel im Sinne des system-level-trend-Ansatzes veranlassen (Harmel 2002: 122).¹³ Diese Veränderungen (European stimuli), ausgelöst durch den Integrationsprozess, sind zum einen die Verschiebung des decision-making auf die supranationale Ebene und zum anderen die Tatsache,

¹³ Dies ist nur als kurzer Vorgriff zu sehen und soll zum Verständnis beitragen, später werden den verschiedenen Parteienwandel-Ansätzen ein eigenes Kapitel gewidmet.

dass die politischen Ziele der Parteien – office, votes und policy (Müller/Strøm 1999) – von eben jenen supranationalen Entscheidungen massiv beeinflusst werden. Dies hat einen signifikanten Verlust des Einflusses auf Wählerschaft und Kontrolle über Politik zur Folge, der in innergesellschaftlicher Politikverdrossenheit und „De-Politisierung“ (vgl. Mair 2006) auf Seiten der Wähler bzw. und innerhalb der Parteien mündet. Die Auswirkungen auf Parteien als Akteure und als Organisation sind also wesentlich gravierender, aber damit nicht weniger diffus. Diese entstandene Abhängigkeit von Entscheidungen, die auf supranationaler Ebene getroffen werden, sollte daher nationale Parteien dazu anregen, sich anhand von „new mechanisms“ der Herausforderung anzupassen (vgl. Carter et al. 2007: 8). Die „new mechanisms“ können auch als Synonym für Europäisierung verstanden werden. Schließlich ist insbesondere für Österreich – als stimmenschwaches Mitgliedsland – eine rasche Adaption der European governance und Vernetzung auf supranationaler Ebene essentiell für eine Einflussnahme der stimm- und bevölkerungsreichen EU-Kernländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien. Ladrech betont in diesem Zusammenhang zwar: „Europe does not ‘hit’ parties in a direct manner“, ihre Effekte aber einen indirekten Einfluss¹⁴ auf die Parteien haben (Ladrech 2009: 7). Allerdings greift Ladrech's Argument in diesem Fall zu kurz, da die Europäische Integration durchaus die nationalen Parteien direkt betroffen wurden. Mit der EU-Ebene und den daraus resultierenden opportunity structures haben in nahezu allen Parteien neben den MEPs, die überwiegend auf der supranationalen Ebene arbeiten, auch sogenannte EU-Spezialisten an Einfluss gewonnen und ferner partiell zu einer Machtverschiebung innerhalb der Parteien geführt (vgl. Carter et al. 2007; Luther 2007). Freilich ist die Resonanz der österreichischen Parteioorganisation auf die Europäische Integration an der Parteigröße zu messen: denn umso größer die Partei, umso differenzierter der innerparteiliche Ausbau. ÖVP und SPÖ weisen eine wesentlich größere Anzahl von EU-

¹⁴ Indirekt heißt in diesem Fall: Parteien können wenig bis gar keine nationale Strukturen oder Ressourcen auf die EU-Ebene heben, und umgekehrt sind europäische Interessengruppen wenig bis gar nicht an nationalstaatlichen Parteistrukturen bzw. deren Einflussnahme interessiert, da die hard politics sowieso auf dem EU-Level angesiedelt sind (vgl. Ladrech 2009: 7).

Spezialisten in ihren Reihen auf, als kleinere Parteien wie die Grünen oder FPÖ (Luther 2007). Die Kadergröße der klassischen Regierungsparteien ist allein schon wegen der ressourcenlastigen Arbeit in den EU-Koordinierungsrunden nötig. Eine weitere Machtverschiebung hat ihren Ursprung jedoch in einem anderen Bereich.

Diese liegt unter anderem in der stark funktionalen Prägung der supranationalen Ebene, deren Kompetenzen sich seit Jahren kontinuierlich erweitern. In den 1980er Jahren leiteten zahlreiche Vertragsrevisionen eine Wende in der europäischen Politik ein, deren Folgen vorerst nicht absehbar waren. Mit der Stärkung des Europäischen Parlaments wurde die bis dato gültigen europäischen Governance-Strukturen grundlegend verändert und die Reichweite der Union erweitert. Mit Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986/87 war nicht nur ein wichtiger Meilenstein zum Vertrag von Maastricht gelegt, sondern diese hat auch die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt. Der Verfahren der Zusammenarbeit bemächtigte das EP an Gesetzesentwürfen des EU-Ministerrats Änderungen zu äußern, letzere hatte zwar immer noch das alleinige Entscheidungsrecht inne, konnte so aber öffentlich gerügt werden. Fortan nahm der Machtgewinn des EP seinen Lauf: mit dem Vertrag von Maastricht (1992) wurde in einigen Politikbereichen das Mitentscheidungsverfahren, dass das EP damit zu einem gleichwertigen Entscheider neben dem Ministerrat machte, und die Bestätigung der Kommission eingeführt. Einen weiteren Machtzuwachs kamen mit den Verträgen von Amsterdam (1997), Nizza (2001) und Lissabon (2007) hinzu, die das Mitentscheidungsverfahren stark erweiterten. Denn zahlreiche weitere Politikfelder und die Hoheit über den EU-Haushalt sind in die Hände des EP übergegangen. Mit Amsterdam zog ein neues Abstimmungsverfahren in das System der EU ein; im Ministerrat wurde das Prinzip der Qualifizierten Mehrheit¹⁵ (qualified majority voting, kurz: QMV) eingeführt, die für fast alle

¹⁵ „Die qualifizierte Mehrheit gilt künftig als erreicht, wenn ein Beschluss von 55 % und mindestens 15 Mitgliedstaaten unterstützt wird und diese Mehrheit gleichzeitig mindestens 65 % der Bevölkerung der Union repräsentiert. [...] Die Verfassung legt fest, dass dieses neue System am 1. November 2009 in Kraft tritt, wenn die neue Kommission nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009

Politikfelder gültig war und mit Nizza reformiert wurde. Dies war eine fundamentale Stärkung der supranationalen Gesetzmäßigkeiten der EU, denn die Mitgliedsstaaten legen es (in der Regel) bei einem Dissens nicht darauf an, eine Abstimmung zu erzwingen (Carter et al. 2007: 7). Carter et al. bezeichnen diesen Machttransfer als „institutional change“, der drei Effekte mit sich bringt:

„First, the substantial extension of the powers of the EP has enhanced the supranational elements of the EU. Second, the widened possibilities for QMV have [...] shifted the logic of decision-making in the Council of Ministers towards a supranational logic. And third, the overall scope of EU decision-making has been extended considerably [...] the European Council and the EP for national politics” (Carter et al. 2007: 7).

Daher ist es nicht abwegig, dass die EU-Mitgliedschaft und die Europäische Integration im Interesse des Bürgers und der Parteien sind (Gabel 2000: 53-55). Die Europäische Integration führte mit den Europaparlamentswahlen auch eine institutionelle Dynamik mit sich, die auch nationale Oppositionsparteien, wie es die Grünen seit ihrem Einzug in den Nationalrat sind, an der europäischen Politikgestaltung partizipieren lässt. Ob von einem sogenannten politischen Spillover in diesem Zusammenhang zu sprechen ist, wird am Ende dieser Arbeit beantwortet. Im weiteren Verlauf des Kapitels werden die Konzepte der Europäisierung und Parteieneuropäisierung weiter ausgeführt.

eingesetzt wird.“ (siehe http://europa.eu/scadplus/constitution/doublemajority_de.htm; Online gefunden am 23.03.2011)

4 Das Konzept der Parteieneuropäisierung

Inhalt des folgenden Abschnitts ist eine Einführung in die Europäisierungsforschung, eine Diskussion über die bestehenden Ansätze der Parteieneuropäisierung. Abschließend wird die Theorie der two-level Europeanization von Lefkofridi (2009) ausführlich beschrieben.

Europäisierung als Folge der Europäischen Integration ist – ähnlich den Effekten der Globalisierung – ein dynamischer Prozess, welcher jedoch auf nationaler Ebene stattfindet und Einfluss auf sämtliche politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure ausübt sowie neue Ideen und Interessen freisetzt (vgl. Featherstone 2003: 3). Daher stellt sich nicht mehr die Frage, „whether Europe matters but how it matters, to what degree, in what direction, at what pace, and at what point of time“ (Börzel/Risse 2003: 60). Dabei entstanden höchst unterschiedliche Formen der Europäisierung in den verschiedenen Mitgliedsländern, da die Vielfalt der politischen Systeme innerhalb der EU sehr groß ist. Im vorherigen Kapitel wurde ein kurzer Einblick in die Integrationstheorien gegeben, die in ihren Annahmen das Machtverhältnis sowie die Interaktion von nationaler und supranationaler Ebene beschreiben.

4.1 Parteieneuropäisierung

Spätestens mit dem EU-Beitritt eines Landes werden die nationalen Parteien und das Parteiensystem unter erheblichen Druck vonseiten der nationalen und supranationalen Ebene gesetzt, wie bereits weiter oben im Rahmen der Auswirkungen der Europäischen Integration beschrieben wurde. In den letzten Jahren erfreute sich die Parteieneuropäisierungsforschung wachsender Aufmerksamkeit, die zu unterschiedlichen Konzeptionen und Perspektiven führte. Wie Binnema (2003) treffend beobachtet hat, widmete sich die meiste Literatur bis Anfang der 2000er Jahre dem nationalen policy change, der durch die Europäische Integration ausgelöst wurde. Untersuchungen zu den Auswirkungen der Europäischen Integration auf nationale Parteistrukturen blieben bis in die frühen 2000er Jahre ein blinder Fleck innerhalb der

Forschung ¹⁶ . Diese Entwicklung wird dadurch deutlich, dass die Europäisierungsforschung bis Mitte der 1990er Jahre kein einheitliches Konzept hatte und anfangs als comparative politics approach wahrgenommen wurde und sich schnell weiter auf die comparative policy analysis, comparative institutions und domestic politics ausbreitete (vgl. Ladrech 2010: 12).

Daher legte Ladrech Mitte der 1990er Jahre den Grundstein der Parteieneuropäisierung und schaffte mit seiner bis heute gültigen Definition¹⁷ von Europäisierung einen Standard, als „[an] incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making“ (Ladrech 1994: 69). In dieser Tradition steht auch die Europäisierungsforschung.

Einerseits wird anhand einer bottom-up Perspektive die Beteiligung nationaler Akteure untersucht, „in which the dynamics and the outcome of the European institution-building process are the main dependent variable“ (Börzel/Risse 2000: 1). Andererseits stehen die Einflüsse der Europäischen Integration als top-down Ansätze auf nationale Akteure im Vordergrund. Diese Arbeit widmet sich letzterem und untersucht Europäisierung als domestic change, der nationale Parteien und Institutionen betrifft. Eine geeignete Definition in diesem Zusammenhang lautet: „The term ‘Europeanisation’ has been employed to describe new patterns of behaviour and decision making among political actors and institutions resulting from the impact of European integration“ (Poguntke et al. 2007: 748). Ladrech weist darauf hin, dass reine top-down Betrachtungen nicht ausreichen, da die Dynamik der Europäisierung als zirkulärer Prozess zu sehen ist (vgl. Ladrech 2010: 42). Robert Ladrech führt in seinem theoretischen Ansatz der sogenannten framework analysis fort, dass die „five areas of investigation for evidence of Europeanization in parties or party activity“

¹⁶ Mittlerweile hat sich dies geändert und drückt sich in einer stetig wachsenden scientific community aus. Die Parteieneuropäisierung ist jedoch weiterhin ein rezentes Untersuchungsfeld der Politikwissenschaft. Ladrech spricht im Zusammenhang nationaler Parteien und Europäisierung vom Beginn eines systematischen Anpackens und Spezifizierens (vgl. Ladrech 2002).

¹⁷ Die Wahl auf Ladrech's Definition fällt, weil sie *die* Definition ist und in der Mehrheit der Publikationen zur Europäisierungsforschung verwendet wird.

(Ladrech 2002: 396) liegen. Diese fünf wichtigen Untersuchungsfelder werden in der Arbeit adaptiert¹⁸ und an dieser Stelle ausgeführt:

- (1) Inhaltlicher/Programmatrischer Wandel: Eines der wichtigsten Untersuchungsfelder der Europäisierungsforschung sind Wahlprogramme, da dort Nennungen der EU sowohl auf quantitative als auch qualitative Art untersucht werden können. Hiermit kann festgestellt werden, welche nationalen Politikfelder mit der EU verbunden werden und wie europäische Parteiakteure von der Parteiführung integriert werden;
- (2) Organisatorischer Wandel: Durch die EU-Institutionen, wie dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat, sind die Parteien gezwungen, organisatorische Umwälzungen durchzuführen, da die supranationale Ebene unter anderem einen höheren Personal- und Koordinationsaufwand benötigt;
- (3) Muster des Parteienwettbewerbs: Die EU wird auf mitgliedsstaatlicher Ebene ein Bestandteil des politischen Diskurses. Parteien müssen die EU in ihre strategische Ausrichtung mit einbeziehen und sich auf der Pro-Anti-EU-Achse positionieren;
- (4) Partei-Regierungsbeziehungen: Im Rahmen einer Regierungsbeteiligung nimmt die Parteispitze an intergouvernementalen Sitzungen, wie z.B. dem EU-Ministerrat, teil und partizipiert an Entscheidungen, die widersprüchlich zum Parteiprogramm sein können. Es kann daher ein Konflikt zwischen Parteibasis und Parteiführung entstehen;
- (5) Parteienbeziehungen jenseits des nationalen Systems: Der Prozess der Europäisierung kann auch zu neuen Formen der Parteien auf supranationaler Ebene führen. Dies spiegelt sich in transnationalen

¹⁸ Von den fünf Punkten werden allerdings nur der programmatische und organisatorische Wandel in der Untersuchung verwendet. Die ausgewählten Punkte sind hinsichtlich ihrer qualitativen und quantitativen Dimension geradezu maßgeschneidert für diese Untersuchung.

Parteienbündnissen wieder, die eigene Organisationsstrukturen und Programminhalte haben (vgl. Ladrech 2002: 396-399).

Europäisierung einer Partei findet dann statt, wenn sich die EU-Einstellung der Partei über Jahre hinweg verändert oder sich der Stellenwert des Themas EU innerhalb der Partei verändert – ganz gleich ob im positiven oder negativen Sinn (vgl. Kritzinger/Michalowitz 2005: 1-2). Die Parteieneuropäisierung muss als „intra-organizational change in national political parties that is induced by the ongoing process of European integration“ (Carter et al. 2007: 5) angesehen werden. Carter et al. führen fort, dass bis auf wenige Ausnahmen „the impact of European integration on the organization of national political parties has so far been neglected“ (Carter et al. 2007: 10). Poguntke et al. (2007) setzen zwar bereits an bzw. in den Parteien an, richten ihren Fokus jedoch stark auf bereits europäisierte Akteure, wie z.B. EU-Spezialisten und MEP. Zwei bedeutende Beiträge sind von Luther (2007, 2008) veröffentlicht worden, der sich auf die Auswirkungen der Europäischen Integration auf intra-parteiliche Strukturen, Akteure und Prozesse in österreichischen Parteien konzentriert. Er stellt dabei eine theoretische Verbindung zwischen Parteieneuropäisierung und organisatorischem Wandel her. Seine Ergebnisse geben erstmalig Einblick, welchen internen Veränderungen österreichische Parteien durch den Europäisierungsprozess unterliegen und welche Akteure davon profitiert haben. Damit ist es einer der ersten Ansätze, der versucht, den response der Parteien theoretisch zu erfassen.

Im Gegensatz zu Poguntke (vgl. Poguntke et al. 2007a, 2007b) und Luther (2007, 2008) ist nicht nur die Untersuchung des organisatorischen Wandels entscheidend, deren Augenmerk vornehmlich Akteuren und Strukturen gilt, sondern der Umstand, dass Europäisierung sämtliche Funktionen und Ziele der Parteien berührt, die durch die Europäische Integration stark verändert wurden (vgl. Ladrech 2002). „Increasing constraints on the prerogatives of government action [...] may influence over time the classic functions of political parties, e.g. recruitment, election campaigning, interest aggregation, interest articulation, party government roles, etc.“ (ebd. 2002: 394). Sogar acht Jahre später fragt Ladrech, wie change durch Europäisierung nachgewiesen werden kann und

welche Bedeutung diesem Wandel (change) zukommt (vgl. Ladrech 2010: 135). Auch Mair sieht in dieser Hinsicht zentrale Schwachstellen und große Versäumnisse in der Forschung zur Parteieneuropäisierung und identifiziert sie folgendermaßen:

1. Die schwindende Macht der Parteien in vielen Politikfeldern und wie sich diese damit in „non-Europeanized policy areas“ arrangieren¹⁹;
2. Die Forcierung der Forschung auf quantitative Analysen großer Datensätze von Parteienprogrammen auf europäischer Ebene, anstelle die nationalen Diskurse und Strategien der Parteien zu untersuchen;
3. Die (direkte oder indirekte) Auswirkung von Europäisierung auf „party change and development“ (vgl. Mair 2007: 161-163).

Mair (2006, 2007) attestiert der Europäisierungsforschung allgemein eine falsche Ausrichtung auf die europäische Ebene (siehe oben) und bemängelt, dass „far too little systematic attention has been paid to analyzing the indirect impact of Europeanization on parties and party systems, especially at the domestic level where it is likely to be more important“ (Mair 2006: 161). Die fundamentalen Schwachpunkte sämtlicher Europäisierungskonzepte – einschließlich Ladrechts (1993, 2002, 2010), Poguntkes et al. (2007) und Luthers (2007, 2008) – sind die Vernachlässigung und fehlende Ausarbeitung eines Parteiwandels, der durch die im Rahmen des Europäisierungsprozesses auftritt. Hierzu ist eine Kopplung von Parteiwandel- und Europäisierungstheorien nötig, wie Lefkofridi (2009) sie als erste vollzieht.

Lefkofridi (2009) integriert in ihrem „National Party Response to European Integration“ dabei maßgeblich die Parteienwandeltheorie von Harmel und Janda (1994) in Ladrechts (2002) „five areas of investigation for evidence of Europeanization in parties or party activity“. Sie knüpft damit an Mairs dritten Punkt (siehe oben) an. In ihrem Modell gestaltet die Europäisierung maßgeblich die Umgebung (environment) von Parteien. Diese Einflüsse sind sogenannte

¹⁹ Gerade an der Schnittstelle zwischen Partei und Wähler müssen die policy preferences als sukzessiver feedback loop betrachtet werden, die einen großen Einfluss auf das Europäisierungsgrad beider Akteure haben könnten. Diese bottom-up Perspektive mit Einbezug der Wählerschaft als feedback loop ist bis dato weitestgehend unerforscht und findet auch in dieser Arbeit keine Verwendung.

European stimuli, z.B. EU-Verträge, -Richtlinien, -Institutionen usw., und werden von den Parteien unterschiedlich wahrgenommen (vgl. Lefkofridi 2009). Aufgrund der individuellen Wahrnehmung der European stimuli durch die nationalen Parteien ist die Europäisierung unterschiedlich weit vorangeschritten. Daher wird zwischen zwei Stufen (levels) von Europäisierung unterschieden. Lefkofridi definiert diese wie folgt:

„[P]arty Europeanization’ as the by-product of a dynamic relationship between European integration and domestic politics, which manifests itself in different degrees over time and parties, ranging from party awareness of the European context (Europeanization I) to specific action induced by this context (Europeanization II)” (Lefkofridi 2009: 30).

Die Einführung einer differenzierten Betrachtung des Europäisierungsgrades an (Europeanization I:) awareness, die die EU-Perzeption der Partei untersucht, und (Europeanization II:) action, die die daraus resultierenden oder auch unterlassenen Handlungen analysiert, ist völlig neuartig. Es nennt sich die two-level Europeanization, die nur dann erfolgt, wenn im ersten level (awareness) die Einflüsse der Integration von der Partei wahrgenommen wird und deren Auswirkungen auf die Ziele (party goals) der Partei haben. Im zweiten level (action) wird eine konkrete Handlung von der Partei abgeleitet, die zu einem Parteienwandel führen kann (vgl. Lefkofridi 2009: 30).

Die weitere Diskussion der two-level Europeanization erfolgt am Ende dieses Kapitels, da für das weitere Verständnis und spätere Operationalisierung Harmel und Jandas (1994) „discrete change approach“ und Strøms (1990, 1999) Parteiziele Eingang im folgenden Abschnitt finden.

5 Parteienwandel durch Europäisierung

Im folgenden Abschnitt werden zunächst verschiedene Ansätze des Parteienwandels kurz diskutiert, um eine Grundlage für die spätere Erläuterung der Auswirkung von Europäisierung auf den Parteienwandel zu geben. Zentrale Gegenstände der Diskussion sind die Annahmen des discrete change Ansatzes (Harmel/Janda 1994), die Verfolgung der Parteiziele (Strøm 1990; Müller/Strøm 1999; Harmel/Janda 1994) und die Rolle der Europäisierung in diesen sein.

Innerhalb der letzten 30 Jahre hat sich eine große Wende in der westeuropäischen Parteienforschung vollzogen, die einem paradigm shift gleichkommt (Mair 1990). David Farrel (2002: 65f) beobachtet dabei treffend, dass der Fokus der klassischen Parteienforschung (z.B. Michels 1911; Duverger 1964; Sartori 1976) auf Parteiensysteme in den 1980er Jahren verändert hat. Neue Studien widmeten sich plötzlich den Parteien an sich und deren interner Organisation. Eine Partei wechselt jedoch ihre Ideologie oder ihr Programm oder ihre Organisationsform nicht einfach ohne Grund. Schließlich sind Parteien historisch gewachsen und haben über Jahre eine programmatische Reputation bei den Wählern gewonnen, die selbst durch die Prozesse der Internationalisierung und Globalisierung bestehen geblieben und weiterhin auf einer politischen Rechts-links-Position verankert sind (vgl. Volkens/Klingemann 2002: 145). Zudem ist es in westlichen Demokratien quasi unmöglich, dass eine Partei grundlegend durch einzelne Individuen verändert wird – ohne völlig an Glaubhaftigkeit in der Wählerschaft und nationaler sowie internationaler Anerkennung zu verlieren. Als Anlässe für einen Parteienwandel sind in der Literatur jedoch externe und interne Faktoren zu finden. Obwohl, wie Harmel schreibt, lange davon ausgegangen wurde, dass Parteien, wie andere Organisationen auch, externen und internen Beweggründen (reasons) des Wandels widerstehen müssen, ist ein Organisationswandel bzw. Parteienwandel empirisch nachgewiesen worden (vgl. Harmel 2002: 119).

In der Literatur sind daher verschiedene Erklärungsansätze vertreten, wie und warum ein Parteienwandel stattfindet bzw. stattfinden kann. In diese Arbeit wird

nur der discrete change Ansatz von Harmel und Janda (1994) verwendet, da er in der two-level Europeanization von Lefkofridi (2009) integriert ist.

5.1 Discrete change approach von Harmel und Janda

Der Parteienwandel beim discrete change ist ein „leiser“ Wandel. Weder kollabieren Parteien unter politischen Umwälzungen, um später wieder wie Phönix aus der Asche aufzuerstehen, noch gibt es eine prominente politische Figur, die eine 180-Grad-Drehung einer Partei glaubhaft vertreten kann. Vielmehr gleicht der discrete change einem Seismographen, der selbst minimale Erschütterungen und Einflüsse auf die Partei, ganz gleich ob externer oder interner Natur, wahrnimmt. Die nachfolgenden theoretischen Ausführungen sind weitestgehend an Lefkofridis (2009) Argumentation orientiert.

Die „integrated theory of party goals and party change“ (Harmel/ Janda 1994) stützt sich auf drei zentrale Faktoren: innerparteiliche Machtverhältnisse, Parteienumgebung und Parteiziele (vgl. Lefkofridi 2009: 36). Parteienwandel wird demnach folgendermaßen definiert: „*Party change* (in the broadest sense) is any variation, alteration or modification in how parties are organized, what human and material they can draw upon, what they stand for and what they do“ (Harmel/Janda 1994: 275). Als rationale Akteure im Sinne Downs (1957) wägen Parteien die Kosten und den Nutzen ihres Handelns genau ab, da der Parteienwandel ein enorm ressourcenintensiver Prozess ist, der in unabsehbarer Belastung für Personal und Parteikörper mündet. Daher wird Parteienwandel nur aufgrund von sehr hohem Druck (Veränderung der unabhängigen Variablen) verursacht (vgl. Harmel/Janda 1994: 278, zitiert nach Lefkofridi 2009: 36). Auf Basis dieser Voraussetzungen folgen eine Reihe von Annahmen²⁰, die das Verhalten von Parteien im Zusammenhang mit dem Eintreten von Parteienwandel beschreiben.

²⁰ Weitere Annahmen von Harmel und Janda werden im Abschnitt zu den Parteizielen erläutert.

Die Theorie des Parteienwandels basiert auf drei wichtigen Prämissen: (1) Alle Parteien verfolgen mehrere Ziele, aber das wichtigste ist das Primärziel²¹; (2) die bedeutendsten Auslöser für Parteienwandel sind äußere Einflüsse („external shocks“); und (3) äußere Einflüsse sind externe stimuli und haben Einfluss auf das Primärziel (vgl. Harmel/Janda 1994: 265). Ihr Ansatz liefert einen hohen operationalen Mehrwert, da sie die Variablen zur Bestimmung des Wandels vorgeben: Nach dem Modell von Harmel und Janda (1994) wird die abhängige Variable Parteienwandel durch die zwei internen „key explanatory variables“ (leadership und dominant factions) und die externe Variable²² (environment) bestimmt. Des Weiteren spielt das Alter der Partei als zusätzliche interne Variable eine Rolle und kann die Auswirkungen aller anderen Variablen verringern. Denn je älter und umso institutionalisierter Parteien sind, desto widerstandsfähiger und schwieriger zu verändern sind sie (vgl. Harmel/Janda 1994: 266, zitiert nach Lefkofridi 2009: 36).

Die key variables werden näher erläutert, da es für Operationalisierung der Untersuchung später noch von Nutzen sein wird und sie sich in der Europeanization I und II wiederfinden. Wenn ein Wechsel der Parteiführung durch einen sanften Wechsel eintritt, wie z.B. Abdankung aus privaten, gesundheitlichen oder geschäftlichen Gründen des Vorgängers, dann hat die neue Parteispitze gute Möglichkeiten einen Parteienwandel zu gestalten, aber nicht so weit reichende, wie sie ein externer Schock auslösen könnte. Eine andere Variante ist, dass die neue Parteispitze aus einem harten inneren Machtkampf hervorgegangen ist. Diese Ausgangssituation schränkt die Fähigkeit zum Wandel ein, da vorerst eine dominierende Koalition hergestellt werden muss (vgl. Harmel/Janda 1994: 266). Hall definiert die dominierende Koalition als das Machtzentrum einer Organisation, das alle strategischen Entscheidungen über die Organisation und seine Struktur fällt (vgl. Hall 1987: 118; zitiert nach Harmel/Janda 1994). In Bezug auf nationale Parteien ist das normalerweise die Fraktion, die die unterstützende Mehrheit der Parteispitze

²¹ Die Primärziele für Parteien sind office, vote und policy (Strøm 1990; Schlesinger 1975) und intra-party democracy (Harmel/ Janda 1994) – siehe unter 6.2 Parteiziele und Primärziele.

²² Environment ist durch zahlreiche externe stimuli sehr stark ausdifferenziert und wird an späterer Stelle nochmals als European stimuli detaillierter beschrieben (siehe Kapitel XCV).

bildet. Ein Wandel der dominierenden Koalition tritt daher auch meist im Zusammenhang mit einem Parteiführerwandel auf (vgl. Harmel/Janda 1994: 266). Die dominierende Koalition wird Parteienwandel nur dann einleiten, wenn der Wandel die Macht erhält oder erweitert und/oder der Verfolgung von Parteizielen dient (vgl. ebd. 1994: 278-279, zitiert nach Lefkofridi 2009: 37).

Ferner ist eine genaue Festlegung des Umgebungswandels durch externe stimuli in dem Modell intentional offen gehalten, da es sich dabei sowohl um ein Ereignis (z.B. Bombenanschlag, Atomausstieg, Wahlen etc.) und Schock²³ als auch eine Modifizierung, die eher unauffällig als Gesetzesänderung auftritt, handeln kann (vgl. ebd. 1994: 276-277)²⁴. Dennoch birgt diese Variable das größte Potential des Parteienwandels, da aus Veränderungen der Umwelt unkalkulierbare Folgen für die Partei resultieren können. Der Wandel, der durch die äußeren Einwirkungen auftritt, begünstigt dabei nicht eine bestimmte Gruppe oder Individuen innerhalb der Partei, sondern zwingt sie als Ganzes, die Veränderungen der Umwelt zu adaptieren. Der erzwungene Prozess der Adaption ist der eigentliche Parteienwandel und kann alle Parteiziele gleichzeitig betreffen (vgl. ebd. 1994: 266-267).

5.2 Parteiziele und Primärziele

Ein Parteienwandel kann eintreten, wenn sich das Primärziel einer Partei verändert hat bzw. geändert wurde. Im letzten Abschnitt wurden die Parteiziele bereits in diesem Zusammenhang erwähnt. Im folgenden Abschnitt wird daher vertiefend auf die Parteiziele von Parteien eingegangen. Dabei werden die Theorien der office-, policy- und vote-seeking parties von Strøm (1990; Müller/Strøm 1999) und Harmel und Janda (1994) erläutert, die die Primärziele in Verbindung mit Parteizielen bringen. Anschließend erfolgt eine kritische Betrachtung. Wie beim discrete change approach richtet sich die Struktur des folgenden Abschnitts nach Lefkofridis (2009) Dissertation.

²³ Ein Event, der alle Parteien betrifft.

²⁴ Ein blinder Fleck an Harmel und Jandas Modell ist in diesem Zusammenhang, dass es zwar die äußeren Bedingungen des Parteienwandels erklären kann, aber nicht so weitreichend ist, Aussagen über innerparteiliche Ereignisse zu machen (siehe Harmel/Janda 1994: 277).

Die theoretische Einbettung von Parteizielen basiert prinzipiell auf Downs (1957) Rational-Choice-Ansatz, der die Annahme vertritt, dass alle Akteure ihre Entscheidungen absolut nach Kosten-Nutzen-Verhältnis treffen. Dies ist im Rahmen einer theoretischen Näherung an das parteipolitische Tagesgeschäft eine geeignete Reduktion, da sich in Parteien – als Organisationen – Menschen organisieren, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Müller und Strøm (1999) beschreiben in ihrem behavioristischen Ansatz das Verhalten von Parteien untereinander entweder als office-seeking, vote-seeking oder als policy-seeking. Sie lehnen dabei Downs Annahme ab, dass alle Parteien überwiegend stimmenorientiert seien (vgl. Müller/Strøm 1999: 5). Eine Partei, die office-seeking verfolgt, ist an dem Mitregieren interessiert, um als Regierungspartei weitere Stimmen mit ihrer Politik für die nächsten Wahlen zu gewinnen oder ihre Politik umsetzen zu können – hierbei wird angenommen, dass das letztere als das wahrscheinlichere Ziel gilt (vgl. Müller/Strøm 1999: 5-6). Harmel und Janda gehen davon aus, dass besonders in Mehrparteiensystemen kleinere Parteien dazu neigen, ihre policy positions dem bevorzugten Koalitionspartner anzupassen bzw. nicht zu konterkarieren (vgl. Harmel/Janda 1994: 270). Es kann aber auch der umgekehrte Fall eintreten, dass Parteien keine „office maximizer“ sind, um die eigenen policy position und/oder die Parteimitglieder nicht zu verraten (vgl. ebd. 1994: 270).

Eine Partei, die *policy-seeking* als Handlungsmaxime verfolgt, hat eine dominante Parteiführung, die versucht die Öffentlichkeit von ihren Politikinhalten zu überzeugen und nur mit Parteien koalieren kann, deren policy positions zumindest Anknüpfungspunkte aufweist (vgl. Müller/Strøm 1999: 7-8). Im Gegensatz dazu gestalten Harmel und Janda ihr Pendant „policy/ideology advocacy“ wesentlich differenzierter, indem sie statt der Parteiführung eine dominierende Koalition als Zentrum der Politikgestaltung definieren, die die Bewahrung der Politikinhalte über Wahlerfolge oder eine Regierungsbeteiligung stellt (vgl. Harmel/Janda 1994: 270-271, zitiert nach Lefkofridi 2009: 40). Das dritte Parteiziel ist vote-seeking. Müller und Strøm (1999) sowie Harmel und Janda (1994) distanzieren sich dabei von dem totalen „vote-maximizing“, wie es Downs postuliert (vgl. Downs 1957: 159), und vertreten ähnliche Annahmen.

Nach Müller und Strøm kann vote-seeking nur ein „*instrumental goal*“ sein, das die anderen beiden Parteiziele unterstützt (vgl. Müller/Strøm 1994: 9). Harmel und Janda führen dies Argument nicht weiter aus, sondern schließen sich Strøm (1990) in dem Fall sogar an. Ein weiteres Ziel stellt das sogenannte democracy-seeking dar, das vor allem von neuen Parteien verfolgt wird und das Ziel hat, den Konsens zwischen grassroots bzw. Parteibasis und Parteiführung zu bewahren (vgl. Harmel/Janda 1994: 273, zitiert nach Lefkofridi 2009: 41).

Abgesehen vom vote-seeking setzt Strøm (1990) als Prämisse voraus, dass office- und policy-seeking jeweils einzeln zu betrachten sind und in Konkurrenz zueinander stehen. Der discrete change Ansatz von Harmel und Janda (1994) kritisiert Strøms (1990) Konzept in der Hinsicht, dass die Ziele eben nicht in unabhängiger Konkurrenz zueinander stehen, sondern sich wechselseitig bedingen und überlagern. Des Weiteren ergänzen sie die Theorien Strøms sowie Müllers und Strøms insofern, dass im Streben der Parteien (ihre Ziele zu erreichen) gleichzeitig das Potential des Parteienwandels liegt. Denn abhängig vom jeweiligen Primärziel können externe stimuli einen Parteienwandel folgendermaßen auslösen: z.B. wenn die Partei bei Wahlen schlecht abschneidet; die zentralen policy positions durch ein Ereignis/Schock gefährdet oder obsolet werden; die Mitgliederzahlen signifikant sinken oder ein möglicher Koalitionspartner sich distanziert (vgl. Harmel/Janda 1994, zitiert nach Lefkofridi 2009: 39-40).

5.3 Two-level Europeanization

Wie in den bisherigen Abschnitten ausführlich erklärt wurde, hat kein anderes Ereignis seit dem zweiten Weltkrieg einen dermaßen großen Einfluss auf die Nationalstaaten ausgeübt wie der Prozess der Europäischen Integration (siehe Kapitel 3). Ihr Einfluss auf Parteien hat auf unterschiedlichen Wegen stattgefunden: Wechsel der Parteiziele, neue Parteiakteure im Mehrebenensystem (MEPs, transnationale Akteure usw.) sowie Inhalte der Wahlprogramme und Organisation der Europawahlen. Natürlich sind die Veränderungen nicht spurlos an der Parteiorganisation vorüber gegangen, da

die Europäische Integration „has greatly increased the complexity of environment within which parties operate“ (Carter et al. 2007: 9).

Poguntke et al. (2007) haben die Auswirkungen der Europäischen Integration auf innerparteiliche Strukturen hinsichtlich eines organisatorischen Wandels untersucht (siehe Kapitel 7.2). Ladrech (2007) hat aufgrund der unterschiedlichen Adaptionen²⁵ der Europäischen Integration innerhalb der nationalen Parteien zu folgenden vier Faktoren bzw. Bedingungen formuliert, die einen europäisierten Parteienwandel ermöglichen. Diese werden im Folgenden mit in Klammern gesetzten Begriffen von Lefkofridis ergänzt, um einen ersten Einblick in die Funktionsweise ihres Ansatzes zu geben:

1. Adaption tritt als Ergebnis einer Veränderung der Umwelt (European stimuli) auf, der mit dem EU-Beitritt eine rechtliche Grundlage hat;
2. Die Vielzahl der Umweltveränderungen (European stimuli) bieten eine politische Chance und nötigen Anreiz (Europeanization I: awareness), Parteien zu einem Parteienwandel (Europeanization II: action) zu bewegen;
3. Die politischen Systeme der Mitgliedsländer haben sich im Rahmen der Europäischen Integration dermaßen verändert (European stimuli), dass sämtliche Primärziele (Europeanization II: action) davon betroffen sind;
4. Die Ziele und Aktivitäten (Europeanization II: action) von Parteien werden nicht direkt von der EU behindert, sondern von der Parteiführung eingeschränkt (Europeanization I: awareness/Europeanization II: action) (vgl. Ladrech 2007: 225-226; vgl. Lefkofridi 2009).

Im folgenden Abschnitt wird wie weiter oben angekündigt die geschlossene Theorie der two-level Europeanization (Lefkofridi 2009) diskutiert, die eine „Gradmessung“ der Parteieneuropäisierung ermöglicht. Im Zuge der Diskussion der Parteieneuropäisierung ist Lefkofridis Modell bereits erklärt worden. Im weiteren Verlauf wird auf das theoretische Konzept tiefer eingegangen. Dabei spielen die von Strøm (1999) formulierten Parteiziele – office, policy und vote-seeking – in der EU, eine untergeordnete Rolle, da sie nur partiell in der Arbeit

²⁵ Ladrech's Schlussfolgerungen sind das Ergebnis unterschiedlicher Forschungsbeiträge von Poguntke et al. (2007) und stellen deren Quintessenz dar.

verwendet werden. Stattdessen wird die Europeanization II: action an organisatorischem und programmatischen Wandel gemessen (vgl. Ladrech 2002). Die Funktionsweise des Ansatzes lässt sich am besten daran erklären, welche Variablen das Modell vorsieht und wie deren (Un-)Abhängigkeiten untereinander bestehen. Die two-level Europeanization Lefkofridi sieht mehrere exogene und endogene Variablen vor, die teilweise im Laufe der Untersuchung einen Wandel vollziehen (vgl. Lefkofridi 2009)²⁶.

5.3.1 European stimuli

Die European stimuli sind sämtliche Einflüsse, die im Zuge der Europäischen Integration, die Umwelt (environment) der Parteien verändern. Es wird dabei zwischen multiple stimuli (z.B. EU-Reform) und einzelne stimuli (z.B. EU-Richtlinie) unterschieden, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Parteien haben können (vgl. Lefkofridi 2009: 63-64). In der Tradition von Harmel und Jandas (1994) environmental change sind die European stimuli eine unabhängige Variable, die „may be understood as moments of EU policy extension and/or of EU institutions‘ empowerment“ (vgl. Lefkofridi 2009: 64) und einen massiven Einfluss auf das gesamte nationale System sowie die Parteien haben. Ferner sind EU-Verträge vermischte European stimuli, deren stärkster Vertreter der Vertrag von Maastricht ist, weil er ein ganz wichtiger Schritt in der Vertiefung des europäischen Projekts war (vgl. ebd. 2009: 64-65). An dieser Stelle hat das Konzept Lefkofridis eine Lücke, denn der Fall, dass Staaten nach Maastricht der EU beigetreten sind, wird nicht diskutiert²⁷. Im Falle Österreichs, das erst drei Jahre nach dem Vertragsabschluss von Maastricht beigetreten ist, und anderen betroffenen Beitrittsländern stellt sich die Frage, ob die European stimuli hier als ähnlicher Sonderfall wie die EU-Verträge auftreten. Die Klärung dieser Frage muss an anderer Stelle erfolgen, allerdings wird für den weiteren

²⁶ Aus einer abhängigen Variable im first stage wird eine unabhängige Variable im second stage - siehe weiter unten.

²⁷ Lefkofridi (vgl. 2009) hat Griechenland zwischen 1974 und 2007 untersucht. Der griechische EU-Beitritt vollzog sich bereits 1981, als der Integrationsdruck seitens der EG längst nicht so hoch war wie zu post-Maastricht-Zeiten.

Verlauf dieser Untersuchung das Ausmaß der European stimuli des EU-Beitritts als mindestens gleichwertig mit den EU-Verträgen angesehen.

5.3.2 Innerparteiliche Akteure und Parteilalter

Innerparteiliche Akteure — wie die Parteiführung (leadership) und die dominierende Koalition (dominant coalition) — sind in Parteien besonders wichtig, da sie das Primärziel der Partei bestimmen und den Weg zu dessen Erreichung gestalten (vgl. Lefkrofridi 2009: 65). Da insbesondere ein Wechsel der Parteiführung auch eine andere Wahrnehmung des European stimuli impliziert, kann daraus eine andere Bewertung des Primärziels gegenüber den Vorgängern resultieren. Jedoch ist ein Parteiführungswandel nicht ausreichend, solange er nicht von der dominierenden Koalition unterstützt wird (vgl. ebd. 2009: 65-66). Vor diesem Hintergrund eröffnen sich bei den österreichischen Grünen interessante Perspektiven, die näher in der Fallbeschreibung geschildert werden.

Es ist in diesem Zusammenhang davon auszugehen, dass der „neue“ pro-europäische Wandel der Grünen einen politischen Führer brauchte, der in Van der Bellen und seiner langen Amtszeit Entsprechung fand. Denn nach Harmel und Janda „[c]hanges in party leadership personnel may be a broader commitment to change, i.e. where new leadership is deemed necessary to accomplish changes that have already been decided upon“ (Harmel/Janda 1994: 266). Von einem Parteienwandel, der durch einen Wechsel der dominierenden Koalition verursacht wurde, wie ihn Harmel und Tan (2003) beschreiben, ist in Anbetracht des EU-Beitritts und dem zu erwartenden Ermächtigung der EU-Spezialisten bei den Grünen ein weiterer interessanter Aspekt, der später in der im empirischen Teil der Arbeit genauer untersucht wird. Denn „[i]n the situation where dominant faction change results in a less coherent coalition, then new leadership, in tune with the faction’s priorities, may be critical in driving the coalition toward greater coherence and the party toward change“ (Harmel/Tan 2003: 422).

Die dritte unabhängige Variable ist, angelehnt an Harmel und Janda (1994), das Parteilalter, das sich, wie weiter oben bereits beschrieben, verstärkend oder abschwächend auf die anderen Variablen auswirkt. Umso neuer die Partei ist, desto höher sind die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß eines Parteienwandels. Bei älteren Parteien, im klassischen Sinne Volksparteien, verhält es sich genau umgekehrt: aufgrund ihres institutionellen Gefüges ist die Möglichkeit und Intensität eines Parteienwandels wesentlich geringer (vgl. Lefkofridi 2009; vgl. Harmel/Janda 1994).

5.3.3 Europeanization I: awareness

Lefkofridi definiert die awareness gegenüber der EU einer Party „as the extent to which national parties pay attention to Europe and address Europe, European policies and the EU polity in their political discourse“ (Lefkofridi 2009: 67). Der Wert der funktionalen Variable awareness ist abhängig vom European stimuli, also je mehr stimuli desto höher die awareness und umgekehrt. Ferner gibt es mit der Parteilage (party exposure; elektorale Performanz auf nationaler und europäischer Ebene) eine konditionelle Variable, die den Einfluss der Europäischen Integration auf awareness reguliert. Letztere hat mit Regierung/Opposition eine regulierende Variable, die verstärkend (Regierung) oder abschwächend (Opposition) wirkt. Dies liegt in den Berührungspunkten der Partei mit der EU begründet, die für Regierungsparteien gegenüber der Opposition einen Vorteil darstellen, da erstere am supranationalen decision-making im Rahmen der EU-Institutionen (z.B. EU-Ministerrat) stärker partizipieren (vgl. ebd. 2009: 66-67).

Diese regulierende Schranke Regierung/Opposition der awareness ist besonders in Bezug auf Grüne Parteien in Europa nur bedingt einzusetzen, da die nationalen Grünen Parteien europaweit hochgradig auf transnationaler Ebene organisiert sind (vgl. Nasshoven 2006). Daher ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass ein reger Austausch zwischen nationalen und transnationalen Parteiebenen stattfindet, der sich in einem hohen Grad von awareness widerspiegeln sollte. Diese Tatsache findet keine

Entsprechung in den bisherigen Variablen, weshalb die gleichwertige Alternative „transnationale Parteiorganisation“ als weiterer Regulator hinzugefügt wird, da die rege Zusammenarbeit auf transnationaler Ebene nicht abhängig von den Wahlergebnissen oder der Regierungsbeteiligung ist. Transnationale Parteiorganisation ist von der Funktionsweise mit Regierung/Opposition ident, verstärkt in diesem Fall aber nur Parteien in der Opposition – ohne jedoch das Niveau einer Regierungspartei zu erreichen.

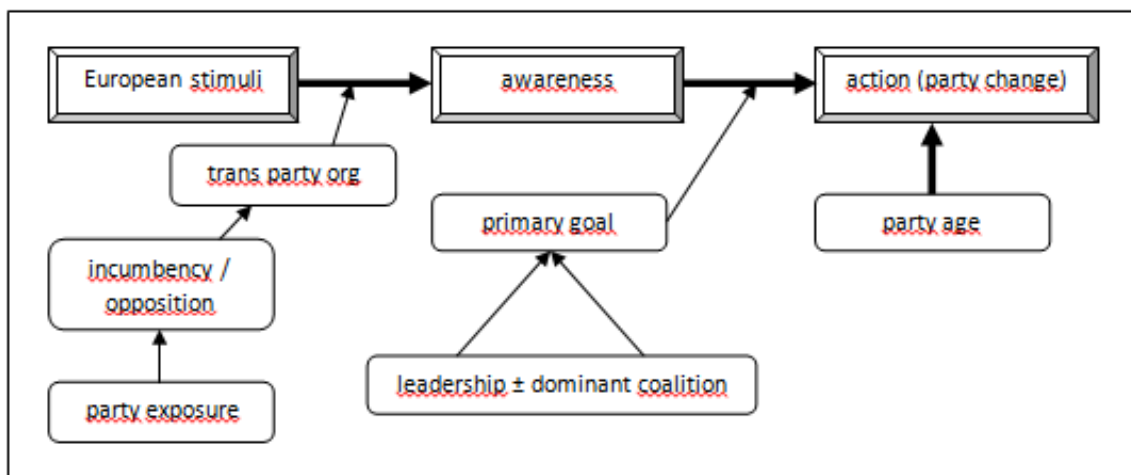


Abb. 1: Two-level Europeanization nach Lefkofridi (2009)

5.3.4 Europeanization II: action

Im folgenden Abschnitt wird die Funktionsweise des Modells zu Ende geführt, da die vorausgegangenen Variablen allesamt voraussetzende Bedingungen einer Parteieneuropäisierung festgelegt haben. Die action ist die tatsächliche Handlung, die daraus von den Parteien abgeleitet wird. Lefkofridi definiert „*Europeanization as action as extent, to which national parties modify their ideology/policy positions and/or their organization in response to European stimuli*“ (2009: 70). Es ist also das Ziel herauszufinden, inwiefern und inwieweit die European stimuli die Parteien beeinflusst (vgl. ebd. 2009: 70). An dieser Stelle entfaltet sich das Potential des two-level Europeanization Konzeptes: aus der abhängigen Variable awareness im ersten Schritt (Europeanization I) wird im zweiten Schritt (Europeanization II) eine unabhängige Variable. Um die action festzustellen, müssen dafür vorerst das primary goal der leadership

und/oder der dominierende Koalition ermittelt werden, da das Primärziel die awareness konditioniert (vgl. ebd. 2009: 70-71). Das heißt, „that even if a party displays high levels of awareness, the extent to which it will pursue action is goal-dependent“ (ebd. 2009: 71). Dann erst erfolgt die Bestimmung der action, also die Reaktion (response) einer Partei in Form eines Parteiwandels ermittelt, der durch den/die European stimuli ausgelöst wurde. Dieser wird wiederum vom Parteilager konditioniert (siehe oben), wie in Abbildung 1 verdeutlicht wird (vgl. ebd. 2009: 71). Das Modell reagiert sehr empfindlich auf die Wandel der Parteiführung und der dominierenden Koalition, weil diese beiden Akteure das Primärziel festlegen und somit über das Ausmaß der awareness bestimmen.

Wie bereits oben erwähnt, können die Gründe, die zu einem Parteiwandel führen, mannigfaltig sein und völlig unabhängig voneinander gleichzeitig auftreten. Selbst wenn, wie von Lefkofridi postuliert, „party action in response the European context depends upon whether [...] European stimuli affect the party's primary goal“ (Lefkofridi 2009: 70), gibt es keine klare methodologische Trennschärfe, da einige Vorgänge auch im verborgenen, nicht einsehbaren Teil der Partei stattfinden (können). In Folge dessen wird das Argument Lefkofridis in Bezug auf Ladrech's „five areas of investigations“ des programmatic change und organizational change in dieser Arbeit weiter vertieft (vgl. ebd. 2009: 73).

5.4 Weiterführende Konzeptionen

Nachweislich sind nationale Parteien von der Parteieneuropäisierung betroffen, die spätestens mit dem Beitritt eines europäischen Staates zur EU begonnen hat. Um den europäisierten Parteienwandel dennoch in seinen unterschiedlichen „Spielarten“ kategorisieren zu können, bedarf es verschiedener Abstufungen des Europäisierungsgrades. Die Annahme ist, dass die nationale Wahrnehmung der Europäischen Integration (Europeanization I: awareness) mit unterschiedlichen Tempi und Willen (Europeanization II: action) stattfindet. So zeigt eine pro-europäische Partei, die den Nationalstaat zugunsten der EU abschaffen möchte und sich für eine viel intensivere Integration einsetzt, hinsichtlich der Umsetzung in den „five dimensions of

investigation“ (Ladrech 2002) einen ganz anderen Willen bei der Parteieneuropäisierung als eine national-protektionistische Partei, die den EU-Beitritt mit all seinen Implikationen rückgängig machen würde. Ferner sind Ladrech's fünf Rahmenbedingungen (siehe oben) des europäisierten Parteienwandels, also die Möglichkeiten und der Anreiz durch die Veränderung der Umwelt bzw. der externen stimuli (vgl. Ladrech 2007: 225). Daher muss die objektive Kategorisierung des Grades der Parteieneuropäisierung über folgende Kriterien erfolgen: Adaption, Machtverschiebung zugunsten der EU-Akteure und Ausrichtung der Parteiziele (vgl. Ladrech 2007). Im Anschluss ist eine solche Kategorisierung, über die eine Einordnung der österreichischen Grünen am Ende dieser Arbeit erfolgt. Die Idealtypen sind (1) aktive, (2) reaktive, (3) passive und (4) suppressive Parteieneuropäisierung. Im Folgenden eine kurze Erläuterung der unterschiedlichen Kategorien:

(1) Aktive Parteieneuropäisierung:

Die Partei treibt die Adaption voran. Sie wartet oder reagiert nicht bloß auf externe stimuli, sondern versucht als Vorreiter im europäisierten Parteienwandel in allen fünf Dimensionen (Ladrech 2002) der Europäisierung gleichzeitig Erfolge zu erzielen. Ferner ist sie pro-europäisch eingestellt und kommuniziert dies offen in politischen Stellungnahmen und im nationalen Wahlkampf. Die Parteiziele sind stark policy-seeking orientiert. Die europäischen und nationalen Parteiebenen sind gut miteinander vernetzt: EU-Spezialisten, MEPs usw. haben Handlungsspielraum und haben seit dem EU-Beitritt Macht in der Partei gewonnen. Typisch für kleinere und jüngere Parteien, die Profilierung suchen und flexibel genug sind, sich den wechselnden Bedingungen schnell anzupassen. Awareness und action sind hoch.

(2) Reaktive Parteieneuropäisierung:

Die Partei treibt die Adaption auch voran, reagiert aber eher auf externe stimuli und versucht diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich umzusetzen. Daher erfolgt Parteienwandel nur so lange,

bis ein kritischer Punkt (Tangierung des Primärziels oder des Machtbereichs der dominierenden Koalition, Gefährdung der core beliefs usw.) erreicht ist. Nationale Interessen werden priorisiert und dennoch ein pro-europäisches Image gepflegt. Die Primärziele sind vorzugsweise office- oder vote-seeking und aus strategischen Gründen kann die EU als Thema im Wahlkampf in den Hintergrund treten. Die EU-Spezialisten sind ähnlich der aktiven Parteieuropäisierung fester Bestandteil des Parteiapparats, aber eindeutig der nationalen Ebene untergeordnet und haben beratende Tätigkeiten inne. Die Macht bleibt in der nationalen Parteiführung verortet. Typisch für klassische Volksparteien und etablierte neuere Parteien, die eine breite Wählerschaft bedienen wollen und bereits Regierungspartei waren oder werden wollen. Awareness kann hoch sein, action ist jedoch mittelmäßig.

(3) Passive Parteieuropäisierung:

Die Partei setzt ausschließlich nicht vermeidbare stimuli um und ist nicht an Veränderung interessiert. Die nationale Ebene genießt absolute Priorität. Die EU wird wenig in policy-Formulierung verwendet – es sei denn, sie dient der Partei, ihre Ziele zu verfolgen. Die politische Stoßrichtung kann dabei sowohl EU-befürwortend als auch EU-skeptisch sein. Die Motivation ist dabei, mit populistischen Mitteln Wechsel- und Protestwähler zu gewinnen. Reine EU-Spezialisten sind selten, da die EU die Partei nur indirekt über Europäisierung der mitgliedsstaatlichen Ebene bzw. das Parteiensystem beeinflusst, da es kleinere Parteien und Wählerbündnisse sind, die keine bis sehr wenig Aktivitäten auf europäischer Ebene vorweisen können. Awareness kann hoch sein, action ist aber gering.

(4) Suppressive Parteieuropäisierung:

Im Gegensatz zu (1), (2) und (3) versucht die Partei sämtliche stimuli zu unterdrücken und alle fünf Dimensionen der

Europäisierungsuntersuchung (Ladrech 2002) vor möglicher Parteieneuropäisierung zu schützen. Die EU wird in policy positions negativ besetzt und zumeist in polemischer, abwertender Form dargestellt. Renationalisierung, EU-Austritt und Umsturz des politischen Systems sind Inhalte der Wahlprogramme. Die Partei befindet sich weit am äußeren Rand der politischen Links-Rechts-Achse. Policy-seeking wird über ideologisch geprägte Wahlkämpfe mit radikalen Positionen forciert. Typisch für rechtsnationale und kommunistische Parteien mit kleiner Stammwählerschaft und Erstwählern. Awareness und action sind gering.

Die vier Typen haben keine klare Trennlinie und können entweder mit einem höheren oder einem niedrigeren Europäisierungsgrad gleichzeitig auftreten.

5.5 Abschließende Betrachtung der Parteieneuropäisierung

Die bisherige Diskussion stand im Zeichen möglicher Europäisierungsszenarien im Rahmen eines zielorientierten Parteienwandel (Harmel/Janda 1994) der nationalen Parteien. Dabei hat sich gezeigt, dass insbesondere Autoren wie Ladrech (1994; 2002; 2007; 2010), Poguntke et al. (2007), Kritzinger und Michalowitz (2005; 2008), Luther (2007; 2008), Carter (2007) und besonders Lefkofridi (2009) führend in der konzeptionellen Ausgestaltung des Prozesses Parteieneuropäisierung sind. In Voraussicht auf die Ergebnisse der Triangulation der hier verwendeten qualitativen sowie quantitativen Methoden, die zur Auswertung des Datenmaterials benutzt werden, offenbart sich ein erkennbarer Trend bezüglich der EU als „Randthema“ der Wahlkämpfe.

An dieser Stelle hakt auch Ladrech ein, der in seiner neuesten Veröffentlichung über Europäisierung und methodologische Ansätze Wahlkampfprogramme als suboptimales Untersuchungsmaterial bezeichnet. Dazu nennt er folgende Gründe:

- (1) Wenn die EU kein Thema im Wahlkampf ist, dann wird ihr auch keine Aufmerksamkeit gewidmet und damit gibt es keine saliences;
- (2) Es kann sein, dass die EU ein hochsensibles Thema in einem Mitgliedsland ist, weshalb die Nennung die Gefahr birgt, Wähler sowohl zu gewinnen als auch zu verlieren;
- (3) Wenn die EU ein strittiges Thema innerhalb einer Partei ist, dann kann die Parteiführung das Thema vermeiden, um keinen inneren Dissens im Wahlkampf zu verursachen (vgl. Ladrech 2010: 135-136).

Auf den ersten Blick sind die beiden ersten Argumente in Anbetracht des schwindenden Rückhalts²⁸ der EU in der österreichischen Bevölkerung leicht nachvollziehbar. Parteien, als rationale Akteure, verfolgen ihre strategischen Zielsetzungen bzw. Parteiziele, und während eines Wahlkampfes einen innerparteilichen Streit über die EU vom Zaun zu brechen, stellt ein „gefundenes Fressen“ für konkurrierende Parteien und die verfolgten Ziele dar. Aber um Punkt (1) zu entkräften, wenn keine saliences zur EU auftreten, ist dies auch ein Ergebnis. „[I]f European integration challenges parties' ideology and policy positions, parties may choose to change the positions expressed in their programmes. In case they don't, the pressure for organizational change increases“ (Lefkofridi 2009: 73). In diesem Fall muss anhand eines organisatorischen Wandels (organizational change) geprüft werden, ob und inwiefern dieser Punkt zutreffend ist. Eine mögliche Untersuchungsmerkmal ist das Ermächtigung der EU-Akteure innerhalb der Partei bzw. ob diese an der Erstellung nationaler Wahlprogramme beteiligt sind.

Allerdings ist Punkt (2) die größte Hürde für diese Untersuchung, weil die sinkende EU-Begeisterung in Österreich eine ernstzunehmende Bedrohung für die Stimmenmaximierung über EU-Themen im Wahlkampf darstellt. Der Rückhalt in der Bevölkerung in Beziehung zu strategischen Entscheidungen seitens der Parteiführung, Wahlkampfstrategen usw. kann nur schwer nachgewiesen werden und ist auch nicht Inhalt dieser Untersuchung. Wenn (1)

²⁸ Die Frage „Ist/Wäre die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache?“ im Rahmen einer Eurobarometer-Umfrage (2010: 142) bejahten nur 36% der österreichischen Befragten.

und/oder (2) zutreffen, kann kein policy-seeking verfolgt werden – nur EU-kritische Parteien bilden hier die Ausnahme, da diese darauf abzielen, Wähler mit Anti-EU-Inhalten zu gewinnen.

Das Argument (3) berücksichtigt die Tatsache, dass die Parteiführung seit dem EU-Beitritt signifikant an Macht gewonnen hat und maßgeblich den Parteikurs bestimmt (Stichwort organisatorischer Wandel). Da die österreichischen Grünen das Image der EU-befürwortenden Partei pflegen, ist die Gefahr eines inneren Dissenses recht gering. Nur bei heftigen externen Schocks bzw. European stimuli, wie z.B. einer Wirtschaftskrise oder einem EU-Austritt, ist dieses Argument zulässig. In diesem Fall wäre dies ein exogener Faktor, der eine Möglichkeit oder Notwendigkeit zum Parteienwandel darstellt – ganz gleich, ob europäischen oder nationalstaatlichen Ursprungs. Allerdings kann Punkt (2) auch Einfluss auf Punkt (3) ausüben, da ein negatives Stimmungsbild in der Wählerschaft durchaus Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung einer Partei haben kann. Letztendlich wäre dies auch eine Art European stimuli, wenn auch nicht im genuinen Sinne Lefkofridis, da es erheblichen Druck auf die Parteilite (Parteiführung und dominierende Koalition) aufbauen kann (siehe weiter oben).

6 Der Fall: Die österreichischen Grünen

Zu Beginn der Fallbeschreibung wird ein kurzer Exkurs unternommen, der die Entwicklung der Grünen Partei in Österreich skizziert, um die Analyse in den partei-historischen Kontext einzubetten. Anschließend erfolgt eine Diskussion der Grünen im Rahmen der vorgestellten Theorien, in der der Parteienwandel im Vordergrund steht.

6.1 Exkurs: Die Grünen im Nationalrat

Die Grünen sind seit 1986 im Nationalrat vertreten. Die österreichischen Grün- und Alternativparteien traten bis zum Parlamentseinzug heterogen auf, trotzdem wirken einige Grundsätze der unterschiedlichen Strömungen bis heute nach. Die erste bundesweite Grünpartei „Vereinte Grüne Österreichs“ entstand 1982 aus einer gemeinsamen Aktion „Nein zu Zwentendorf“ unter der Führung des Geologen Alexander Tollmann, der das Thema Umwelt im Vordergrund des Programms stellte. Parallel entwickelte sich 1983 eine andere alternative Partei, die ALÖ (Alternative Liste Österreichs), die sich nach dem Saarbrücker Programm der deutschen Grünen orientierte mit Themenschwerpunkten wie Ökologie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Jeweils auf sich allein gestellt, blieb ihnen der Einzug ins Parlament nach den Nationalratswahlen 1983 verwehrt. Im Jahre 1984 bedeutete die Auseinandersetzung mit dem Bau des Kraftwerks Hainburg eine enorme Medienpräsenz der beiden Parteien, die sich zunehmend gemeinsam darstellten. Darauf folgte 1986 der Beschluss eines gegründeten Einigungskomitee zu einem Grundsatzvertrag für die gemeinsame Kandidatur als „Die Grüne Alternative (Grüne)“, die auf Anhieb mit 4,8% der Wählerstimmen ins Parlament einzog (vgl. BMI 2011).

Die äußerst heterogenen Konzepte der Partei wurden erst unter der Führung von Madeleine Petrovic 1992 zusammengeführt („Das Grüne Projekt. Zwischen Ernüchterung und Hoffnung“). Sie verfolgte das Ziel, die Grünen von der „Nein-Sager“-Partei wegzuführen und realisierbare Konzepte zu Klimaschutz, Landwirtschaft, Integration und auch Europa zu schaffen. Das Echo in der

Wählerschaft war enorm, die Mandate wuchsen nach den Wahlen 1994 von zehn auf 13 an. Im Jahr 1997 wurde Alexander Van der Bellen Bundessprecher der Grünen. 2001 wurde das erste Grundsatzprogramm beim 20. Bundeskongress in Linz beschlossen mit einer Thematisierung Europas in Bezug auf Soziales, Ökologisches und Demokratie und von aktiver Neutralitätspolitik begleitet. Die Grünen entwickelten sich also von einer Protest- zur Veränderungspartei, die in das österreichische Parteiensystem nicht nur integriert ist, sondern mittlerweile auch Chancen zum Regierungseintritt verzeichnen kann (vgl. Dachs 2006: 389-401).

In der Geschichte der Grünen ist ein eindeutiger Standpunkt zur Europäischen Union schwer auszumachen. Jedoch gab es Widersprüche, die im Jahre 1994 die Ablehnung des Beitritts zur EG zur Folge hatten. Der Abgeordnete Wabl beispielsweise befürchtete die Verletzung der Neutralität und äußerte Bedenken wegen österreichischer Umweltbestimmungen und des erhöhten Transitverkehrs.

Ein anderer ehemaliger Gegner des Beitritts und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments der Grünen ist Johannes Voggenhuber. Er bezeichnete 1994 die Europäische Union als ein „anachronistisch-reaktionäres Projekt“, das die „Spaltung Europas“ bedeute. Österreich müsse bei einem Beitritt nicht nur „irreparable Schäden“ hinnehmen, sondern als Außenposten auch die „Hauptlast der Verteidigung“ tragen. Dem Vertrag von Maastricht und dem Beschluss der Währungsunion schrieb er „verheerendste Folgen“ zu, die Europa in die „Massenarbeitslosigkeit“ stoßen würde. Doch auch Stimmen für einen EG-Beitritt wurden laut. Die Grünen-Parlamentarierin Monika Langthaler, die zu einem EU-Beitritt tendierte, sah sich deshalb mit Streitigkeiten innerhalb der Partei konfrontiert (vgl. John 2001).

Heute stehen die Grünen durch überwiegende Befürwortung und Unterstützung des Projekts Europa bzw. EU, für eine Europäische Verfassung, gemeinschaftliche Arbeit und Durchsetzung des EU-Umweltrechts, soziale Integration und eine Betonung der Beibehaltung österreichischer Neutralität ein.

6.2 Die österreichischen Grünen im Parteienwandel?

Im Anschluss an den historischen Exkurs erfolgt nun eine kurze Fallbesprechung anhand der Theorien aus Kapitel 3 und 4 mithilfe aktueller Forschungsbeiträgen. Im Fokus stehen dabei besonders die Parteiziele der Grünen sowie mögliche Entwicklungen der innerparteilichen Struktur und Hierarchie von 1995 bis 2008²⁹.

Es können allein in den Jahren 1994 bis 1999 (insgesamt drei Nationalratswahlen in diesem Zeitraum!) eine Vielzahl von Faktoren für einen möglichen Parteienwandel verantwortlich sein, da die Partei neben externen Veränderungen/European stimuli (Neuwahlen 1995 und EU-Beitritt) auch zahlreiche interne Veränderungen (Parteiführungswandel, Wandel der dominierenden Koalition) durchlaufen hat³⁰. Eindeutig ist aber, dass sowohl nach der Wahlniederlage 1995 und dem Stimmeneinbruch 2008 jeweils ein Wechsel der Parteiführung folgte. Damit kann in beiden Fällen ausgeschlossen werden, dass policy-seeking (Strøm 1990) bzw. policy/ideology advocating und intraparty democracy maximizing (Harmel/Janda 1994) zum Primärziel gehören. Schließlich ist anzunehmen, dass seitdem die finnischen Grünen 1995 und ihr deutsches Pendant im Jahr 1998 an der Regierung beteiligt waren, das Primärziel eindeutig vote- oder office-seeking (Strøm 1990) respektive office oder vote maximizing (Harmel/Janda 1994) ist.

Der angesprochene leadership change ist in Hinsicht auf das Grüne *Wechselkarussell* der Parteispitze genauer zu betrachten. Im Jahr 1995 verzeichnen die Grünen einen elektoralen Rückfall (4,8%) im Vergleich zu den Vorjahreswahlen 1994 (7,8%) (BMI 2011). Daraufhin musste Petrovic nach dem EU-Beitritt und der angesprochenen Wahlschlappe von 1995 den Platz an der Parteispitze für Chorherr freimachen, der 1996 das Amt übernahm. Letzterer konnte sich nicht durchsetzen und überließ nach einem knappen Jahr Van der Bellen den Sitz an der Spitze der Grünen. Dieser führte sie elf Jahre lang und

²⁹ Die innerparteilichen Entwicklungen zwischen 1995 und 2008 können im Rahmen dieser Forschung anhand der Sekundäranalyse nur skizziert werden.

³⁰ Weil der Fokus dieser Arbeit auf der Parteieneuropäisierung liegt, werden daher einige der oben genannten Faktoren unter Vorbehalt ausgeklammert – siehe dazu [Kapitel FHHG](#).

zog sich erst nach dem Stimmeneinbruch bei den Nationalratswahlen 2008 zurück. Das bedeutet im Fall der Grünen, dass mit Van der Bellens Inauguration 1997 ein möglicher Parteienwandel von der Parteiführung zu erwarten ist und weniger von der dominierenden Koalition, womit eine Stärkung der neuen EU-Akteure innerhalb der Partei als Nutznießer der Situation durchaus eine Rolle spielen kann. Allerdings kann das Gegenteil ebenfalls der Fall sein, sodass Van der Bellen zuerst seine innerparteiliche Macht ausbaut, indem er bestehende Strukturen festigt und damit die dominierende Koalition auf seine Seite zieht. Dies steht konträr zum Machtgewinn von neuen, europäischen Parteiakteuren – es sei denn, sie rekrutieren sich aus der dominierenden Koalition. In diesem Zusammenhang haben Aylott et al. (2007) bewiesen, dass Partieliten mit fortschreitender Europäischer Integration an Macht gewinnen, allerdings nur, wenn sie an der Macht bzw. in der Regierung sind. Daher muss die Untersuchung zeigen, wer die entscheidenden Impulse zwischen 1995 und 2008 innerhalb der Grünen gegeben hat und ob die europäischen Parteiakteure in das Machtzentrum der Parteiführung vorgedrungen sind. Inwiefern sich das in einem organisatorischen und/oder programmatischen Wandel widerspiegelt, wird im Rahmen der folgenden Kapitel der Methodik näher erläutert.

7 Methodik

Eingangs erfolgt je eine Ausarbeitung des programmatischen Wandels und des organisatorischen Wandels, in denen die Untersuchungsfelder beschrieben werden. Innerhalb der folgenden Einheiten der Inhaltsanalyse sowie der Sekundäranalyse werden die jeweiligen Methoden in einer kurzen Zusammenfassung erläutert und verteidigt. Unter dem Punkt Inhaltsanalyse werden die Vorgehensweise der Datenerhebung, der Kodierung und der Kategorisierung samt der dazugehörigen Regeln dargestellt. Ferner werden nochmals die Arbeitsschritte zur statistischen Auswertung der Inhaltsanalyse aufgezeigt. Anschließend wird die statistische Auswertung des Keele Survey (Pogunkte et al 2007c) beschrieben. In Folge dessen, werden die verwendeten Variablen im Rahmen von Lefkofridis (2009) Modell der two-level Europeanization und Ladrech (2002) programmatischen sowie organisatorischen Wandel operationalisiert.

7.1 Programmatischer Wandel und Europäisierung

Bislang sind die langfristigen Auswirkungen von organisatorischem Wandel der Parteiorganisation und Wahlprogrammerstellung wenig erforscht, um eindeutige Zusammenhänge herstellen zu können (vgl. Allern/Pedersen 2007: 75). Ebenso verhält es sich mit den Auswirkungen, die die Europäische Integration auf die oben genannten Prozesse hat, die auf Basis von Lefkofridis (2009) Modell in dieser Arbeit vertieft werden. Im Folgenden wird daher eine kurze Einführung in den programmatischen Wandel gegeben und anschließend die einhergehenden Implikationen hinsichtlich der Europäisierung diskutiert. Als Teil des five areas of investigation (vgl. Ladrech 2002) stellt der programmatische Wandel eine leicht überprüfbare Veränderung dar, weil sie zu jedem Zeitpunkt dasselbe Datenmaterial liefern und Entwicklungen nachvollziehbar machen. Pennings beschreibt die Vorteile in der Europäisierungsforschung folgendermaßen: „Considering that Europeanization is a process, the strongest argument in favour of using manifestos as a data

source is that they enable comparisons and analyses to take place over time” (Pennings 2006: 259). Obwohl es fragwürdig ist, dass die Wahlprogramme von den Wählern gelesen werden, bildet deren Inhalt die zentrale Grundlage in der Berichterstattung der Massenmedien (siehe weiter unten) und ihr verbindlicher Charakter wurde in zahlreichen Koalitionsverhandlungen bzw. Regierungsbildungen und letztlich dem policy output der Regierung bewiesen (vgl. Klingemann 2002).

Die sukzessive Europäisierung der Parteien kann sich zwar in einem programmatischen Wandel ausdrücken, muss aber nicht zwangsläufig erfolgen. Ein ausbleibender oder zaghafter Wandel kann seine Begründung im Primärziel haben, das zugunsten von Wählerstimmen (siehe oben: office- und vote-seeking) bewusst vermieden oder kaschiert³¹ wird. Inwiefern oder ob die österreichischen Grünen diese Art von Stimmenmaximierung betreiben, wird an späterer Stelle näher untersucht. Kritzinger und Michalowitz (2005) haben anhand von saliences in Wahlprogrammen bereits Resultate erzielt, die Europäisierung anhand von programmatischem Wandel in Wahlprogrammen zu EP-Wahlen empirisch nachzuweisen. Wahlprogramme mit dem Ziel zu analysieren, den Stellenwert der EU bzw. EU-bezogener Themen zu orten, zu benennen, zu zählen und zu bewerten, um valide Daten zu generieren, die Rückschlüsse auf eine De-Politisierung (Mair 2007) und/oder europäisierten Parteienwandel (Lefkofridi 2009) auf der nationalstaatlichen Ebene zulassen, ist von zentraler Bedeutung in dieser Analyse. Aber die Kunst wird darin liegen, die feinen Nuancen in den Wahlprogramme aufzuspüren, „[p]arties thus change their policy positions, but hardly ever ‘leapfrog’ one another” (Volkens/Klingemann 2002: 150). Vor diesem Hintergrund ist eine Überprüfung der nationalen Wahlprogramme auf ihren Europäisierungsgrad nur naheliegend.

7.1.1 Programmatischer Wandel durch electoral performance

Wie bereits beschrieben, widerspricht Wandel dem Charakter von Organisationen, wie Parteien es sind (vgl. Harmel/ Janda 1994). Wenn dennoch

³¹ Z.B. wird anstelle der dezidierten Nennung der „Europäischen Union“ schlichtweg „Europa“ oder „Union“ alternativ verwendet.

ein Wandel eintritt, kann dies auch direkte Auswirkung auf die Erstellung der Wahlkampfprogramme haben. Janda et al. (1995) haben den sogenannten manifesto change an der Ausgestaltung (Thematik und Gewichtung) der Wahlprogramme und dem anschließenden Abschneiden der Parteien in den Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und Deutschland über einen Zeitraum von 30 Jahren untersucht. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass bei gleichbleibender oder besserer elektoraler Performanz keine bis wenige Veränderungen der Inhalte stattfinden, aber ein schlechtes Wahlergebnis große Veränderungen in den darauf folgenden Wahlkampfprogrammen auslösen *kann*. Es gibt jedoch zwei Gründe, weshalb ein Wandel ausbleiben *kann*:

1. Das schlechte Wahlergebnis wird auf andere Faktoren zurückgeführt, wie z.B. Krieg, Skandale und wirtschaftliche Bedingungen;
2. Die Politikinhalte stehen für die Partei im Vordergrund, ganz gleich wie groß die Wahlniederlage ist (vgl. Janda et al. 1995: 185; vgl. Harmel/Janda 1994).

Der Grund für das schlechte Abschneiden kann in diesem Fall bei den Rahmenbedingungen liegen, unter denen die Nationalratswahlen 1995 stattfanden: ÖVP und SPÖ konnten nach der Nationalratswahl 1994 in den Koalitionsgesprächen keine Einigung in den Budgetverhandlungen erzielen, weshalb es 1995 zu Neuwahlen kam. Kernthema des Wahlkampfes waren infolgedessen budgetäre Themen, in denen die Grünen seinerzeit sehr schwach aufgestellt waren und mit ihren Schwerpunkten wie Ökologie nicht punkten konnten. Ein „anderer Faktor“ (Punkt 1) ist somit eine durchaus schlüssige Erklärung für das schlechte Abschneiden. Der zweite Punkt von Janda et al. trifft eventuell auf die Grünen der 1980er Jahre zu, als aus einer grass roots-Bewegung die Grüne Partei entstand. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts ist die Partei schon seit neun Jahren im Nationalrat vertreten – in diesem Zusammenhang ist von einer Professionalisierung und Rationalisierung des Parteikaders auszugehen, der sich in den Folgejahren bis 2008 weiter

fortsetzt. Daher kann Punkt (2) zutreffend sein. Eine genaue Betrachtung des programmatischen Wandels erfolgt im empirischen Teil dieser Arbeit.

7.1.2 Europäisierung und programmatischer Wandel

Bereits zwei Studien (Kritzinger et al. 2004; Pennings 2006), die über einen langen Zeitraum EU saliences in nationalen Wahlprogrammen untersuchen, kommen zu dem Ergebnis, dass die EU nicht gravierend an Stellenwert als Thema im Wahlkampf zulegen konnte. In einer weitangelegten Studie der Europäisierung und dem „programm change“ nationaler Parteien aus 13 Mitgliedsländern im Zeitraum von 1960 bis 2003 erbrachte Pennings (vgl. 2006) den Nachweis, dass 60% aller Entscheidungen und Gesetzgebungen direkt bzw. indirekt von der EU beeinflusst werden, jedoch lediglich in 10% der betroffenen policy areas erwähnt wird. Kritzinger et al. (2004) untersuchten nationale Wahlprogramme und EP-Wahlprogramme aus Italien in den Jahren 1979-1999 und kamen zu einem ähnlichen Ergebnis wie Pennings. Ladrech (2010) schreibt in diesem Zusammenhang, dass die „[...] mainstream parties of government are indeed keeping changes to the wider political system at ‘arm’s length’ [...]“ (Ladrech 2010: 145). Und weiter fragt er sich, inwiefern die „accountability and representation“ von Parteien gegeben sein kann, wenn diese in ihren Wahlprogrammen den Einfluss der EU auf nationale Politikinhalte verschweigen (vgl. ebd. 2010: 145).

Da die Wahlprogramme von der Parteispitze abgesegnet bzw. verfasst werden, deutet das auf die Entwicklung hin, dass die Parteilite „continue[s] to maintain a domestic focus for their electoral promises, and do not imperil their authority in core policy domains by linking the EU to them“ (Ladrech 2007: 222). Ladrech kritisiert auch den auffälligen Trend, dass Parteimitglieder die EU immer noch als klassische Außenpolitik ansehen und somit deren zunehmende Relevanz in innerparteilichen Debatten neutralisieren (vgl. ebd. 2007: 222). Dies trifft auf Parteien sämtlicher Couleur zu. Dies lässt jedoch EU-skeptischen bzw. anti-europäischen Parteien nicht nur im Wahlkampf den nötigen Raum, die Diskurshegemonie über EU-Themen zu erlangen und negativ zu besetzen: „main national parties silence those EU constitutive issues of membership,

competence and institutional design that are more likely to agitate national voters and anti-EU *lumpenelites*“ (Bartolini 2005: 385).

7.2 Organisatorischer Wandel und Europäisierung

Spätestens mit dem Beitritt zur EU müssen nationale Parteien über Experten verfügen, die sie auf der supranationalen Ebene vertreten. Je nach Größe und Couleur der Partei fallen die Rekrutierungspools für derartiges Personal mit geeignetem Know-how sehr unterschiedlich aus. D.h., dass kleinere Parteien, wie z.B. die Grünen, FPÖ und BZÖ, auf nur viel geringere Ressourcen zurückgreifen können, wohingegen große Volksparteien wie SPÖ und ÖVP, die seit Gründung der Zweiten Republik an den Hebeln der Macht sitzen und sogar über eigene Akademien für ihren Nachwuchs verfügen, bereits vor dem Beitritt 1995 über EU-Spezialisten verfügten. Letztere haben im Zuge der fortschreitenden Europäisierung neben den „electoral professionals“ (Panebianco 1988: 262-267) immer mehr Macht im innerparteilichen System erlangt, was (auch) einen Einfluss auf die nationalen Wahlprogramme ausübt; diesen Schluss legt eine Untersuchung der englischen Parteien durch Carter und Ladrech (2007) und der österreichischen Parteien durch Luther (2007, 2008) nahe. Nach Interviews mit Führungskräften österreichischer Parteien schränkt Luther deren Einfluss auf das innerparteiliche decision-making ein: „[...] it is at times difficult to disentangle the effect on individuals' intra-party influence of their personal political biographies on the one hand and their EU specialisation on the other“ (Luther 2007: 38).

Darüber hinaus ist deren Einfluss im Fall der österreichischen Grünen aus zwei weiteren Gründen marginal: 1. Die Grünen waren noch niemals Regierungspartei und sind daher auch nicht mit dem vollen Umfang der EU konfrontiert worden; 2. Aufgrund des kleinen Personalkörpers der Grünen Parteiorganisation und ihrer geringen Anzahl an „office holders“ sind Generalisten gefragt (vgl. ebd. 2007: 39). Zudem scheint die Erstellung der Wahlprogramme bei den Grünen *Chefsache*: als Beispiel nennt Luther das Jahr

2004³², in dem der Grünen-Vorsitzende Van der Bellen quasi im Alleingang das EP-Wahlprogramm erstellte, zwar konsultierte er andere hochrangige Grünen Politiker, behielt sich die schlussendliche Entscheidung aber vor (vgl. ebd. 2007: 41). Dagegen ist die Programmerstellung bei der SPÖ und ÖVP absolut divergent verlaufen, dort wurde der Erstellungsprozess von EU-Spezialisten geleitet bzw. betreut und erst in der Schlussphase die Parteispitze mit eingebunden (ebd. 2007: 41). Eine mögliche Erklärung ist nach Luther das abnehmende Interesse der Parteien, an der Formulierung von Wahlprogrammen – zumindest zitiert er einen Funktionär der Grünen, das sie „no longer attach such value to this“ (ebd. 2007: 42). Ferner sind die langfristigen Auswirkungen von organisatorischem Wandel der Parteiorganisation und Wahlprogrammerstellung bis dato zu wenig erforscht, um eindeutige Zusammenhänge herzustellen (vgl. Allern/ Pedersen 2007: 75). Ladrech's Ausführungen des obigen Wandels sind wesentlich aufwendiger zu untersuchen als der programmatische Wandel, da die dynamischen Prozesse und internen Machtverhältnisse von politischen Parteien schwer zu erfassen sind (vgl. 2002). Ladrech schreibt, dass die Forschungsergebnisse³³ eindeutige Trends offenbaren, die einen Parteiwandel verhindern oder erschweren (vgl. Ladrech 2007a: 225-226). Die zunehmende Erstarkung der Parteiführung, die in den letzten zehn bzw. 15 Jahren in den untersuchten nationalen Parteien zu registrieren war, hat Konsequenzen für einen europäisierten Parteiwandel, und damit auch für einen organisatorischen Wandel zu Gunsten der europäischen Parteiakteure. Der Veränderungen der Umwelt durch die Europäische Integration hat zur Ermächtigung der Parteiführung geführt und diese ist im Einklang mit der dominierenden Koalition darauf bedacht, weiteren Wandel zu verhindern bzw. diesen in ihrem Sinn zu steuern (siehe oben). Ferner verhalten sich die Parteieliten sehr separierend, was nationale und europäische Politikfelder und -inhalte angeht: „[...] party organizations themselves continue to operate as if the EU and its policy competences were confined to the EU

³² Freilich umfasst der untersuchte Zeitraum, den die 31 Interviews mit Spitzenkräften der ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen der Studie beschreiben, nur die Jahre 2004 bis 2005 (Luther 2007). Im Laufe dieser Arbeit wird anhand von Experteninterviews die Aktualität der Aussage überprüft.

³³ Eine empirische Studie in sechs EU-Mitgliedsländern mit 150 Interviewpartnern aus 30 verschiedenen Parteien.

arena, and consequently that national politics remained almost exclusively national [...]“ (ebd. 2007a: 225). Des Weiteren nimmt die Parteiführung die EU nicht als political opportunity wahr, sondern versucht deren Einflüsse und Auswirkungen einzugrenzen. Infolge dessen greift Ladrech die Argumente von Van der Eijk und Franklin auf, die die Parteiführer als „gatekeepers“ zwischen nationaler und europäischer Ebene bezeichnen, da sie aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung wissen, welcher parteilichen Umstrukturierung es bedarf, die EU und die EU-Spezialisten angemessen zu integrieren (vgl. Van der Eijk/Franklin 2004, zitiert nach Ladrech 2007a: 226). Wie widersprüchlich das Verhalten ist, zeigt die paradoxe Situation von Regierungsparteien, die auf EU-Ebene am decision-making mitwirken und im Kreise der europäischen Politikelite die Integration vorantreiben, „but striving all the same to prevent a ‚spillover‘ of the impact and significance of this decision-making into their own national parties“ (ebd. 2007a: 226).

Inwiefern oder ob überhaupt ein organisatorischer Wandel zugunsten der europäischen Parteiakteure stattgefunden, wird in der Auswertung der Sekundäranalyse beschrieben.

7.3 Gemischte Inhaltsanalyse

Ein Methoden-Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden wird vor allem genutzt, um „die häufig metatheoretisch begründete Entweder-oder-Position und darin liegende Einseitigkeit zu überwinden“ (Nohlen/ Schultze 2004: 543). Ferner geht die Methodenwahl und Operationalisierung auf Werner Früh (2004), der einen hervorragenden theoretischen Leitfaden zu gemischten Inhaltsanalysen geschrieben hat, auf Banducci et al. (2008), die gemeinsam ein potentes Kodierungsbuch einer Medienanalyse des Europäischen Wahlkampf im Jahr 2009 erstellt haben, und auch auf den Wunsch von Robert Ladrech (2002), der in Parteieneuropäisierung neue Ansätze auf nationalstaatlicher Ebene gefordert hat, zurück. Neben den bereits genannten Autoren sind Sylvia Kritzinger und Irina Michalowitz (2005) mit ihrer methodologischen Triangulation der europäischen Policy-Forschung die geistigen Vorbilder, da sie die Vorteile

eines „Methodenmixes“ in der EU-Policy-Forschung geebnet haben: „Während eine Methode die Beleuchtung struktureller Aspekte ermöglicht, kann die Nutzung einer anderen Methode als Ergänzung helfen, die Bedeutung dieser strukturellen Aspekte für die involvierten Akteure zu erfassen“ (ebd. 2008: 199). Zu Beginn des Forschungsprozesses werfen die beiden Wahlkampfprogramme von 1995 und 2008 als Untersuchungsobjekte mit überschaubarem Umfang die Frage nach dem methodischen Ansatz auf. Natürlich sind beide Wahlprogramme unter den gleichen Kriterien zu kodieren, zu kategorisieren und zu analysieren, um einen Vergleich zu ermöglichen und die wissenschaftlichen Ansprüche der Nachvollziehbarkeit und Wiederholbarkeit zu wahren. Nach Früh befasst sich die Inhaltsanalyse mit Kommunikationsinhalten, die durch die Forschungsfrage eingegrenzt sind und muss allen Textelementen die gleiche Chance geben, erfasst zu werden (vgl. Früh 2004: 76-80). Zur Bewältigung dieser Datenmenge und Beantwortung der Forschungsfrage findet in Anlehnung an Frühs (2004) Inhaltsanalyse eine „systematische Reduktion“ des Inhalts statt, um die relevanten Textstellen aus dem gesamten Textkörper (heraus) zu filtern. Nach ihm befasst sich die Inhaltsanalyse mit „forschungsrelevanten Kommunikationsinhalten“, die durch die Forschungsfragen eingegrenzt sind und anhand ihrer „Kommunikationsmerkmale“ komplexe Sachverhalte darstellen (vgl. ebd. 2004: 80-81). Um diese theoretischen Prämissen praktisch in der Datenerhebung umzusetzen, findet zu Beginn eine „empiriegeleitete Kategorienbildung“ statt, da eine Vornahme des Analysefokus durch die Forschungsfragen möglich ist (vgl. ebd. 2004: 77). In Anbetracht des Forschungsschwerpunkts, der auf einem unbekannten Europäisierungsgrad liegt, ist die Untersuchung der Häufigkeitsverteilung EU-bezogener Themen und deren textliche Verortung von zentraler Bedeutung. Deshalb gliedern sich die Kategorientypen in zwei Kategorien mit „EU-Kapitel“ und „Andere Kapitel“. Damit werden nicht nur die (Inhalts-)Orte EU-bezogener Themen offen gelegt, sondern es gelingt auf diese Weise auch eine Reduktion auf die grundlegenden Anliegen dieser Forschungsarbeit und leitenden Hypothese dieser Inhaltsanalyse:

Wenn Europeanization I: awareness gering ist, dann ist der Grad Parteieneuropäisierung niedrig.

Die Formulierung „*Wenn Europeanization I: awareness gering ist*“ impliziert folgende Aspekte, dass EU-Themen im Wahljahr 2008 im Vergleich zu 1995 entweder an (1) Raum – in quantitativer Hinsicht – verloren oder an (2) Stellenwert – in quantitativ-qualitativer Hinsicht – eingebüßt haben oder über negative (3) Konnotationen – in qualitativer Hinsicht – diffamiert werden. Denn nach Marks und Steenbergen (2004) bringen Parteien, die die Europäische Integration positiv aufnehmen, policy sectors häufiger in Verbindung mit der EU, im Gegensatz zu kritischen Parteien, die keine innerparteilichen Konflikte damit auslösen wollen. Jeder dieser drei Aspekte wird in der Inhaltsanalyse über verschiedene Analyse- und Erhebungsschritte berücksichtigt:

- (1) *Raumverteilung* → Auszählung der Textzeichen des Gesamtinhalts sowie der Textstellen und Nennungen im Kategoriensystem mit abschließendem Vergleich der (relativen und absoluten) Häufigkeiten;
- (2) *Stellenwertbestimmung* → Wie (1) unter zusätzlicher Betrachtung bestimmter Kodierungsmerkmale (z.B. direkte oder indirekte EU-Nennung);
- (3) *Konnotationsbestimmung* → Wie (2) und Auswertung aller Kodierungsmerkmale mit dem Fokus auf die Bewertung der EU qua Tonalitäten im Vergleich.

Der zentralen Forschungsfrage, ob sich die Grünen von einer policy-seeking zu einer vote-seeking Partei gewandelt haben, ist von saliences der EU und derer inhaltlicher Qualität zumindest teilweise nachweisbar. Dieses Resultat lässt sich über die formulierten Kriterien der Europäisierung kontrollieren. Die anschließende Sekundäranalyse (siehe weiter unten) überprüft die Möglichkeit eines Parteienwandels auf und ist zudem eine Bestätigung bzw. Widerlegung der Ergebnisse dieser Inhaltsanalyse.

Eine Nähe zu der Diskursanalyse ist bewusst vermieden worden. Der Rahmen einer Inhaltsanalyse ist dem Forschungsinteresse angepasst, um die

Forschungsfragen zu beantworten. Schließlich steht in diesem Forschungskonzept nicht ein möglicher Rezipient im Vordergrund, dessen „kulturelle Kompetenz“ (Swidler 1986) bestimmt oder „latenten Sinnstrukturen (frames)“ (Donati 2001) politischer Diskurse rekonstruiert werden sollen. In Hinblick auf ein Forschungskonzept, das den Parteienwandel durch Europäisierung in Bezug auf Wählerpräferenzen hat, erwiese sich die Wahl einer Diskursanalyse als probates Mittel. Im Sinne der vermachteten oder deliberativen Öffentlichkeitsmodelle von Habermas (1996) wäre dies in Verbindung mit den Wahlprogrammen eine interessante Forschungsaufgabe, inwiefern das Resultat einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmeinung in einem geprüften Konsens mündet oder „in einer administrativ erzeugten Macht besteht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik“ (vgl. Gerhards 2002: 137-138).

7.3.1 Kategorien- und Kodierungssystem

Das angesprochene Kategoriensystem besteht aus den zwei grundlegenden Hauptkategorien „Europa-Kapitel“ und „Andere Kapitel“, die sowohl im ersten Erhebungsschritt als auch in der finalen Analyse „das Grobraster der inhaltsanalytischen Klassifikationen bilde[n]“ (Früh 2004: 81). Wobei der Kategorie „EU-Kapitel“ nur Textpassagen aus dem jeweiligen Kapitel zuzuordnen sind, die der Europäischen Union bzw. Europa gewidmet und als solche gekennzeichnet sind. „Andere Kapitel“ beinhaltet sämtliche weiteren Kapitel des Wahlprogramms. Die beiden Hauptkategorien schaffen dadurch eine nominale Einteilung der Nennungen, die sofort einen direkten Vergleich zwischen den beiden Wahlprogrammen ermöglicht. Dies dient einerseits dazu die in der Problemstellung formulierten theoretischen Konstrukte angemessen auf der Objektebene zu erfassen und andererseits „soll diese Datenstruktur die Relationen auf der Objektebene simulieren“ (ebd. 2004: 84). Ferner bleibt die Trennschärfe der Objekte auf diese Weise erhalten. Um einen Wandel zwischen den Jahren 1995 und 2008 zu erkennen, kann anhand der relativen (und absoluten) Häufigkeiten des Themas EU in den beiden Hauptkategorien ein erster Trend beobachtet werden, der ein issue-shift, non-issuing oder issuing sofort erkennbar macht. Die Erhebungen zu den Wahlprogrammen

finden zweifelsohne getrennt voneinander statt, da ansonsten ein Vergleich nur über Kodierungen möglich wäre.

Der nächste Erhebungsschritt wird über zwei unterschiedliche Kodierungssysteme (Primär- und Sekundärkodierungen) erreicht, die aufeinander folgen und als „dichotome Variablen“ ebenfalls jene gewünschte Reduktion der Kommunikationsinhalte zum Ziel haben (vgl. Früh 2004: 86) – jedoch in einer sehr unterschiedlichen Qualität³⁴. „Parties will attribute most attention to issues with which they can gain votes, while neglecting those which could harm them. „Salience is thus an indicator of the importance parties attribute to an issue“ (Kritzinger/Michalowitz 2005: 8). Folglich sind die saliences, im Falle dieser Arbeit die Häufigkeit und Qualität der EU-bezogenen Textstellen, von EU-Inhalten auch in dieser Untersuchung Gradmesser und Indikator für die Europäisierung der österreichischen Grünen. Die Reihenfolge bestimmen dabei die drei Aspekte (1) Raumverteilung, (2) Stellenwertbestimmung und (3) Konnotationsbestimmung. Im ersten Durchgang (1) werden daher die Wahlkampfprogramme *grob* nach Inhalten bzw. saliences über die Primärkodierungen gefiltert. Diese sogenannte Primärkodierung ist in zwei Subtypen unterteilt, die diesem groben Filter ein größeres Differenzierungspotential verleiht. Beim den Primärkodierungen I handelt es sich um direkte Nennungen der Europäischen Union, die als folgende Merkmale definiert sind: vollständige Bezeichnung des Systems, der Verträge oder der Institutionen wie z.B. „Europäische Union“, „Europäische Gemeinschaft“, „Vertrag von Maastricht“, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ usw., Abkürzungen wie „EU“, „EG“, usw. und Vereinfachungen wie z.B. „Union“, „Kommission“, „Maastricht“ usw. sowie alle verwandten Ableitungen mit direkten EU-Kontext wie z.B. „Europäisch“, „Euro“, „supranational“ usw. Zu den Primärkodierungen II zählen wiederum alle indirekten Nennungen der Europäischen Union, die folgendermaßen bestimmt sind: sämtliche Synonyme wie z.B. „Europa“, „Brüssel“, „Mehrebenensystem“, „Staatenverbund“, „gemeinsame Währung“ usw. werden im berücksichtigt bzw. während des

³⁴ Da eine detaillierte Beschreibung inklusive aller verwendeten Kodierungen (und Tonalitäten) des Kategorisierungssystems, auf dessen Auswertung die Analyse beruht, den Rahmen und die Übersicht des Kapitels sprengen würden, befinden sich die entwickelten Kodierungen im Anhang dieser Arbeit.

Kodierungsprozesses laufend ergänzt, da sich Synonyme auch oftmals in oder hinter Euphemismen retrospektive Dysphemismen verstecken und als rhetorische Figuren der Kreativität der Verfasser unterliegen (eine vollständige Liste der Primär- und Sekundärkodierungen befindet sich im Anhang). Das große Spektrum der Primärkodierungen soll sowohl die formal-syntaktische (*Primärkodierungen I*) als auch die inhaltlich-semantische (*Primärkodierungen II*) Ebene der verfassten (Kommunikations-)Inhalte bzw. der Untersuchungsobjekte erfassen, um eine aussagekräftige Datenerhebung überhaupt möglich zu machen. Die Probleme der Intersubjektivität bei inhaltlich-semantisch definierten Kodiereinheiten fällt aufgrund eines einzelnen Kodierers weg (siehe auch Kritik am Ende dieses Abschnitts). Die entnommenen Textpassagen sind umgehend im Kategoriensystem unterzubringen. Im Verlauf der Analyse spielen die Primärkodierungen weiter eine wichtige Rolle, da sie zwar zu Beginn in erster Linie als grabber für die Erhebung dienen, ihr analytisches Potential aber in der abschließenden Auswertung voll zum Tragen kommt. Ebenso wird der Kontext, in dem die gewonnenen Nennungen stehen, berücksichtigt. D.h., dass Vor- oder Anschlusssätze der Primärnennung nicht nur gelesen, sondern auch ihren Eingang in die Erhebung finden (können). Letzteres ist wichtig, weil ansonsten die Tatsache der expliziten und impliziten Nennung der EU unterschlagen wird, d.h., dass in „Zwischensätzen“ ein direkter oder indirekter Artikel anstelle einer eindeutigen Bezeichnung benutzt werden kann. Die so gewonnenen Inhalte (Textstellen, Textpassagen oder auch Nennungen) sind jeweils mit dem Merkmal der Primärkodierung zu versehen, auf die sie sich beziehen.

Letztlich werden alle gewonnenen Inhalte im Kategoriensystem eingeordnet, wobei keine Textpassage mehrfach erfasst werden darf. Mehrfachnennungen sind unzulässig, weil eine Nennung dezidiert mit mehreren Kodierungen versehen wird. D.h., dass in der quantitativen Auswertung die Textstelle (und ihre Kodierungen) nicht mehrfach gezählt werden darf, damit sie nicht eine Fülle von EU-Inhalten vortäuscht, die tatsächlich gar nicht existent sind. Dies ist insofern zwingend erforderlich, da die Vergleichbarkeit beider Wahlprogramme

aufgrund unterschiedlicher Syntax und Semantik so erheblich gestört werden kann³⁵.

Um die gewonnenen Analyseeinheiten im Sinne der (2) Stellenwerts- und (3) Konnotationsbestimmung zu erheben und auszuwerten, sind die EU-Nennungen bzw. Textpassagen mit komplexen, einheitlichen Merkmalen bzw. Kodierungen notwendig, den sogenannten Sekundärkodierungen. Diese Kodierungsmerkmale (z.B. indirekte/direkte EU-Nennung, Atom, Migration usw.) sind an Banuccis et al. (2008) Kodierungsbuch angelehnt, das grundlegenden Einfluss auf die Gestaltung und Operationalisierung dieser Inhaltsanalyse hat. Die überzeugende Stringenz und Schlichtheit von Banuccis et. al. Werk war dabei ausschlaggebend. Wichtig bei der Erstellung der Kodierungen sind vor allem ihre Aussagekraft, Eindeutigkeit, Relevanz und Qualität (vgl. Banucci et al. 2008). Daher sind die Sekundärkodierungen im Vergleich zu den Primärkodierungen wesentlich differenzierter gestaltet und schwieriger in der Praxis zu vergeben. Schließlich reicht das Spektrum dieser Merkmale von Politikfeldern (z.B. Wirtschaft, Energie, Umwelt usw.) über Motive (z.B. EU ist Vorbild, Kritik an EU, Kritik an Regierung usw.) bis hin zu Akteuren (EU als politisches System, Regierung, Partei usw.). Während der Datenerhebung stellen die Sekundärkodierungen die größte Herausforderung dar, weil Textpassagen nicht immer eindeutig bestimmbar sind. Um die Zuordnung leichter zu gestalten, sind mehrere Sekundärkodierungen innerhalb einer Textpassage zulässig, um dem qualitativen Spektrum der formulierten Inhalte gerecht zu werden, diese zu systematisieren und entsprechend festzuhalten – unter der Prämisse, dass jedes Merkmal einzigartig ist. D.h., dass eine Textpassage z.B. nicht zwei Mal mit dem Merkmal „EU in Grafik“ versehen werden darf. Schließlich können einzelne Nennungen eine Vielzahl von Politikfeldern, Akteuren und Aussagen beinhalten, denen allen gleichermaßen Rechnung getragen werden muss.

³⁵ Die Schreibstile der Wahlprogramme können sich im Laufe der Jahre dahingehend verändert haben, dass z.B. anstelle langer Sätze nun viele kurze Sätze Einzug erhalten haben, was bei Mehrfachnennungen zu einer erdrückenden quantitativen Verschiebung zugunsten der letzteren Form führen kann.

Ferner spielt das coding of tone also die Tonalitäten der Textpassagen eine nicht minder wichtige Rolle. Die Ausrichtung der Tonalitäten liegt auf der Wertung der EU. An ihnen lässt sich nämlich sehr gut die Attitüde gegenüber der EU ablesen. Schließlich werden EU-Themen in unterschiedlicher, kontextueller Form dargeboten, die zum einen explizit erfolgt, sprich über wertende Adjektive wie z.B. „gut“, „schlecht“, „ausgezeichnet“ oder „minderwertig, und zum anderen implizit über den Kontext kommuniziert, also in positive bzw. negative Sachverhalte eingebettet ist (Stichwort „Europäische Atompolitik“, „EURATOM“). Der Nutzen der Tonalitäten verdeutlicht sich in der Auswertung, wenn z.B. ein Wandel der Politikfelder ausbleibt, sie aber in einem anderen „Ton“ kommuniziert werden. Die Wertung einer Aussage kann stark variieren, weshalb ein gewisses Spektrum an verschiedenen Tonalitätstufen notwendig ist. Daher findet die Bewertung nach folgendem Skalenniveau statt:

Tonalitätenskalierung				
Negativ	Eher negativ	Neutral	Eher positiv	Positiv
-2	-1	0	1	2

Tab. 1: Tonalitäten der EU-Nennungen

Wie bei den anderen Kodierungseinheiten ist jeweils nur ein code of tone pro Nennung möglich. Falls in einer Textstelle sowohl negative als auch positive Aspekte genannt werden und sich so die Waage halten, zählt diese als neutral („0“). Wenn in einer Textpassage ein Aspekt überwiegt, dann wird sie als „eher positiv“ („1“) bzw. „eher negativ“ („-1“) kodiert. Dem Forschungsdesigner dieser Arbeit ist sich der Nachteile bewusst, die eine Wertung über das Skalenniveau auf eine gesamte Textnennung hat. Dass Argumente innerhalb eines Satzes abgewogen, sprich verschiedene Politikfelder oder Aspekte eines Sachverhalts diskutiert, und anschließend aufgrund der gewerteten, „grobe“ Tonalität der Aussage pauschalisiert werden, ist bedauerlicherweise eine Schwäche dieses (Methoden-)Konzepts. Die Misere wird (teilweise) durch die relativierenden Werte „eher positiv“ und „eher negativ“ aufgefangen. Eine ambivalente Wertung wird nicht berücksichtigt, da in Wahlprogrammen äußerst selten ein Argument widersprüchlich bzw. kontrovers diskutiert wird.

Wie am Kategoriensystembeispiel (siehe Abbildung 2 „Kategoriensystembeispiel“) zu erkennen ist, liest sich das Kategoriensystem von links nach rechts. In der ersten Spalte stehen die beiden Hauptkategorien „EU-Kapitel“ und „Andere Kapitel“ als erste Zuordnungskriterien. Die dritte Spalte von links bildet mit den Textpassagen den wichtigen Teil der Analyse, da diese konkrete Inhalte zu EU-Themen aus den Wahlprogrammen beinhaltet. In der zweiten Spalte von rechts wiederum steht die entsprechende Seitenzahl der Nennung. Die ganz rechte Spalte beinhaltet die zugeordneten Kodierungen, die nach Abschluss der Erhebung ausgewertet werden.

Seite	Kapitel	Textstelle	Kapitel_Kod	direkt / indirekt	policy	motiv	tonalität eu
5	prolog	wir geben der eu eine zweite chance	a	d	eu system	eu kritik	1
4	prolog	Mitten in Europa, schön, reich und von niemandem bedroht, kann Österreich zeigen, wie es besser geht.	a	i	österreich	österreich vorbild	0
22	und noch viel mehr	Neutral in Europa.	a	d	außen österreich	österreich vorbild	0
22	und noch viel mehr	Österreich ergreift die Initiative. Das gemeinsame Europa soll vereinbaren: keine Teilnahme an Kriegen; keine Stationierung fremder Truppen; kein Beitritt zu einem militärischen Pakt.	a	d	außen österreich	österreich vorbild	0
22	und noch viel mehr	Dann kann sich das neutrale Österreich am Aufbau einer Europäischen Sicherheitsunion beteiligen und in einer Volksabstimmung die Entscheidung treffen.	a	d	außen österreich	österreich vorbild	0
19	wir geben der eu eine zweite chance	Austritt aus dem Euratom-Vertrag.	e	d	atom eu	eu gestaltung	-1
19	wir geben der eu eine zweite chance	Österreichs Austritt muss möglich sein, auch ohne die Union zu verlassen.	e	d	atom eu	eu kritik	0

Abb. 2: Kategoriensystembeispiel

In der dritten Spalte von links sind die relevanten Textpassagen bzw. Nennungen im Originalwort festgehalten. In den rechten Spalten sind die Primärkodierungen und Sekundärkodierungen sowie die Tonalitäten, in denen die passenden Merkmale und Eigenschaften jeder Nennung hinterlegt werden. Wie der Name der beiden Spalten bereits verrät, beruht auf diesen Werten die gesamte Inhaltsanalyse. In der mittleren beiden Spalte Quelle und Textzeichen sind im ersteren Fall die Fundorte der Textpassage dokumentiert und beim letzteren die Zeichenanzahl der Textpassage.

7.3.2 Auswertung der Daten

Ziel ist es, die kommunizierten Inhalte anhand ihrer Merkmale (Kodierungen) und deren Häufigkeiten auf eine Verschiebung des Europäisierungsgrades zu untersuchen. Die erhaltenen Datenblätter werden nach abgeschlossener Erhebung vorerst unabhängig voneinander ausgewertet. Zuerst werden die

jüngeren Daten aus dem Jahre 2008 berücksichtigt. Im zweiten Schritt wird das 1995er Wahlprogramm seziert. Die Auswertung der Daten richtet sich nach den drei Aspekten (1) Raumverteilung, (2) Stellenwertbestimmung und (3) Konnotationsbestimmung (siehe weiter oben).

Zu Beginn fließt die Zeichenmenge der EU-Inhalte mit in den Vergleich der Wahlprogramme ein. Das Verhältnis von Textzeichen des Gesamtinhalts des jeweiligen Wahlprogramms zu den Textzeichen reiner EU-Themen, ergo alle extrahierten Textnennungen addiert, verstärkt in mehrdimensionaler Hinsicht den Eindruck eines Wandels – auch wenn an dieser Stelle noch nicht die Art des Wandels bestimmt werden kann³⁶. Denn es wird mithilfe dieser simplen Zähl- und Rechenaufgabe eine relative Gewichtung der (1) Raumverteilung der EU als Wahlprogramminhalt deutlich, da eine Verringerung retrospektive Vermehrung zwischen den Wahljahren das erste analytische Teilstück liefert. Nichtsdestotrotz ist der dieser Wert noch nicht ausreichend, um Aussagen über die Qualität der Inhalte wiederzugeben, da diese Auszählung einen rein qualitativen Charakter hat. Daher stellt der relative Vergleich der Textzeichen einen Beitrag zur Gültigkeit und Verlässlichkeit des Kategorien- und Kodierungssystems dar. Nach Abschluss der ersten Auswertung werden die gewonnenen quantitativen Messungen aus der Anzahl der Textpassagen, der erfassten Zeichen im Verhältnis zu der Gesamttextmasse der Wahlprogramme und der zugeordneten Kodierungen³⁷ innerhalb der Jahrgänge ausgewertet, um so eine (2) Stellenwertbestimmung der EU durchzuführen. Dabei liegt besonderes Augenmerk auf der Prominenz der EU, also ob sie direkt, indirekt, vordergründig, oder hintergründig kommuniziert wird. Dies erfolgt mithilfe von zwei getrennten Ergebnissen pro Wahljahr. Das erste Ergebnis behält die Trennung der beiden Hauptkategorien in „EU-Kapitel“ und „Andere Kapitel“ bei, um so eine etwaige Schwerpunktverschiebung zwischen den Wahlkampffahren identifizieren zu können. Das zweite Resultat wiederum ist die Summe beider Hauptkategorien, das einen absoluten und relativen Vergleich des EU-Stellenwerts beider Wahlprogramme ermöglicht. Der letzte Schritt baut auf die

³⁶ Für dessen Bestimmung werden die Ergebnisse der Sekundäranalyse mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse abgeglichen (siehe dazu *Sekundäranalyse*).

³⁷ Zu den zugeordneten Kodierungen zählen „direkte Nennung der EU“ und „indirekte Nennung der EU“.

vorhergegangenen beiden Aspekte auf und verleiht der Erhebung ihre qualitative Tiefe. Nachdem die (1) Raumverteilung und der (2) Stellenwert bestimmt wurden, richtet sich die (3) Konnotationsbestimmung primär auf die Erfassung sämtlicher vergebenen Kodierungseinheiten. In Hinsicht auf die Bestimmung der Europäisierung ist es notwendig, die Politikfelder, die Wertung und die Platzierung der EU in den Wahlprogrammen zu klassifizieren und ihre Schwerpunkte zu identifizieren. Über die Auszählung und Interpretation der Merkmale sind nicht nur der Stellenwert und die Verortung erkennbar, sondern es kommen wie aus der Büchse der Pandora eine Vielzahl von parteigenerierten Inhalten zu verschiedenen Politikfeldern, deren Erfassung und Interpretation nicht nur programmübergreifend sondern auch intern Schlussfolgerungen zulässt. Grosso modo lässt diese Inhaltsanalyse erste Rückschlüsse auf eine immanente Europäisierungsgrad zu, deren Qualität es Infolge der Sekundäranalyse zu bestimmen gilt, die im Anschluss erläutert wird.

7.3.3 Kritik an der Methode

Wie bereits weiter oben angesprochen, stellt sich das Problem der intersubjektivität, das bei mehreren Kodierern auftritt, nicht. Allerdings warnt Früh, dass die jeweils politische Einstellung der Kodierer in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand als kritische Variable die Daten systematisch verzerren kann und sich wiederum nur durch die Masse ihrer politischen Couleur neutralisiert (vgl. Früh 2004: 118). Der Kodierer dieser Arbeit versichert, die Erhebung und Analyse mit größtmöglicher Objektivität und Neutralität durchgeführt zu haben.

7.4 Sekundäranalyse der Experteninterviews

Im Sinne der erwähnten Vorteile der Triangulation verschiedener, methodologischer Verfahrenstechniken (Kritzinger/Michalowitz 2005) wird die Sekundäranalyse des Keele Surveys (Poguntke et al. 2007c) gemeinsam mit den Ergebnissen der Inhaltsanalyse betrachtet. Im Gegensatz zu der vorausgegangenen Analyse liegt der Untersuchungsschwerpunkt der Interviews auf den innerparteilichen, organisatorischen Wandel und dient beim

programmatischen Wandel als Gegenprüfung der Inhaltsanalyse. Anbei ein Auszug der Fragen, die gestellt wurden und in der späteren Analyse aufgegriffen werden:

- „In what ways does developing a specialism in EU affairs affect a person's influence within your party?“;
- „Generally speaking, how has European integration directly affected the amount of political power exercised within your party by the party leader?“;
- „To what extent has the involvement of these office holders in determining the content of manifestos for national parliamentary elections changed over the last 10 years or so?“;
- „How has the degree of attention given to European Union politics and policies within your party changed over the last 10 years or so?“ (vgl. Poguntke et al. 2007c).

Der organisatorische Wandel ist nur sehr bedingt (siehe oben) an den Wahlprogrammen zu überprüfen, weshalb diese Untersuchung auf das „Insiderwissen“ der Experten abzielt (vgl. Liebhold/Trinczek 2002), die ihres Zeichens eng in den Apparat der Grünen Partei eingebunden sind, wenn sie diesen nicht sogar maßgeblich mitgestalten. Die Auswahl der Interviewpartner ist aufgrund ihrer unterschiedlichen Handlungsräume und ihrer Rolle in der Partei ausschlaggebend gewesen. Daher sind sowohl originär nationale – z.B. die Mitglieder aus dem Nationalrat – als auch quasi-externe, europäische – z.B. die Mitglieder des EP – Individuen befragt worden, um möglichst unterschiedliche Perspektiven auf den Parteiapparat zu erhalten. Die Frage, ob halbstandardisierte Interviews von sechs Grünen Parteimitgliedern – ganz gleich welche Position sie innehaben – ausreichen, um verlässliche Aussagen über die Partei als politische Organisation und die Einflüsse der Europäischen Integration zu machen, ist nach Ansicht von Luther³⁸ gegeben, da die österreichischen Antworten „included the leaders of three of the four parties; three caucus chairs; three delegation leaders, as well as all the parties' international secretaries“ (Luther 2008: 254).

³⁸ Prof. Richard Luther ist Mitglied der Keele European Party Research Group und hat an den Experteninterviews mitgearbeitet.

Die Auswahl der Interviewfragen geht auf das Forschungsinteresse zurück, das den organisatorischen und programmatischen Wandel hinreichend erklären soll. Der halbstandardisierte Interviewleitfaden beinhaltet die verwendeten Fragen des Keele Surveys (Poguntke et al. 2007c). Der Aufbau der Befragung ist im Forschungsdesign nachzulesen und wird dort auch eingehend erklärt. Als tool für die Auswertung der Interviews wird eine deskriptive Auswertung mit der Statistiksoftware SPSS durchgeführt, da diese Methode für die Untersuchung geeignet ist.

Vielfach steht die Anonymität von Interviewpartnern in Kritik, da ihr mangelnde Aussagekraft, Hang zur Manipulation und Abwertung der gegebenen Informationen vorgeworfen wird (vgl. Liebhold/Trinczek 2002). Die Kritik unterschlägt allerdings die Misere, in der sich viele Forscher befinden, dass gerade hochbrisante Informationen zu Interna – im rein politikwissenschaftlichen Kontext – von politischen Parteien oder staatlichen Institutionen ansonsten schwer zu erlangen sind. Letztendlich gäbe es die Möglichkeit, ein standardisiertes Interview mit sämtlichen politischen Entscheidern zu führen, das unter Wahrung der Anonymität zu selbigen Ergebnissen wie die hier angewandte Methode käme – allerdings unter Einsatz von erheblich größeren Mitteln, die sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht im Rahmen dieser Arbeit nicht stattfinden kann. Zudem ist davon auszugehen, dass eine nicht zu unterschätzende Anzahl der angesprochenen Entscheidungsträger einem solchen Ansatz kritisch gegenüber stehen würden.

7.5 Two-level Europeanization – Operationalisierung und Messung

Der funktionale Ablauf von Lefkofridis (2009) Modell ist bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit erfolgt. Daher werden im folgenden Abschnitt die Operationalisierung und Messung der Variablen durchgeführt. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den fünf Untersuchungsbereichen der Europäisierung (vgl. Ladrech 2002: 396).

7.5.1 Europeanization I: awareness

Wie bereits diskutiert, erfolgt die Feststellung der awareness über verschiedene Variablen. Die wichtigste Variable und Grundvoraussetzung für Europäisierung ist der European stimuli. Im Gegensatz zu Lefkofridi, die auf einer Zeitachse den Einfluss unterschiedlicher European stimuli auf eine Partei misst, wird hier der Beitritt zur Europäischen Union als größtmöglicher und einziger European stimuli benutzt (vgl. Lefkofridi 2009). Auch wenn dies wichtige Entwicklungen im Zeitraum 1995 bis 2008 nicht berücksichtigen kann, da Österreich z.B. 1999 nach der Koalitionsbildung der bürgerlichen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ in eine europaweite Isolation gedrängt wurde. Die Implikationen für die Europäisierung im Ganzen, also dem politischen System Österreichs, den Parteien und dem Elektorat werden hier nicht untersucht werden können.

Die Rezeption des European stimuli, quasi die awareness, wird mit beiden methodologischen Ansätzen untersucht und miteinander verglichen. Zum einen geben die hard facts der Wahlprogramme 1995 und 2008 konkrete Hinweise zur awareness. Wie bereits oben erläutert wurde, finden eine Auszählung und ein Vergleich der saliences zwischen den beiden Wahljahren statt, die die Prominenz des Themas verdeutlicht. Eine Steigerung der saliences bedeutet letztendlich auch eine höhere awareness gegenüber der EU. Der Umkehrschluss kann in diesem Fall mehrere Bedeutungen haben, die in Europeanization II: action weiter untersucht werden (siehe unten). Andererseits komplettiert die Untersuchung der Aufmerksamkeit gegenüber Europa der Partei die awareness. Die Aufmerksamkeit geht aus den Interviews der Expertenanalyse hervor und beschreibt nicht nur den Ist-Zustand zum Zeitpunkt der Erhebung, sondern liefert auch eine Einschätzung der Akteure, ob in den Jahren 1995 bis 2005 Veränderungen bemerkt wurden und wie diese stattfanden. Besonderes Augenmerk gilt dabei den verwendeten Ressourcen, die von der Parteizentrale für die EU investiert werden, und die Einschätzung der befragten Individuen, ob die Europäische Integration die Parteipositionen beeinflusst hat. Kurz gesagt: der Stand und die Entwicklung der awareness wird über Parteidokumente und Aussagen der Partielite gewonnen.

Ferner ist der Tabelle 2 zu entnehmen, wie viel Vertretern die Grünen im Zeitraum 1995 bis 2009 im Europäischen Parlament vertreten waren. Dies deckt die Parteilage-Variable ab, die Einfluss auf die awareness hat. In Anbetracht dessen, dass die Grünen sich über den gesamten oben genannten Zeitraum in der Opposition (Regierung/Opposition) befanden, konnten sie keine Erfahrung in EU-Institutionen wie dem Ministerrat machen (vgl. Lefkofridi 2009). Wie weiter oben diskutiert, hebt die hohe Vernetzung der Grünen Parteien auf supranationaler Ebene (transnationale Parteienorganisation) diesen Mangel an Erfahrung wieder auf, weshalb in dieser Untersuchung die abschwächende Wirkung des Oppositionsdaseins weitgehend ignoriert wird (vgl. Lefkofridi 2009; vgl. Harmel/Janda 1994). Der Tatsache, dass die Parteiführung dadurch über einen sehr limitierten Erfahrungshorizont auf EU-Ebene hat, wird jedoch später in Anbetracht des organisatorischen Wandels berücksichtigt.

MEPs und Bevollmächtigte der österreichischen Grünen im EP			
Zeitraum	Anzahl der MEP	Anzahl der wiedergewählten MEPs	Letzter Bevollmächtigter (delegation leader) wiedergewählt?
01.01.1995-11.11.1996	1		
11.11.1996-20.07.1999	2	1	Ja
20.07.1999-19.07.2004	2	1	Ja
20.07.2004-20.08.2009	2	1	Ja

Tab. 2: Österreichische Grüne im EP (vgl. Luther 2008)

Bei postmaterialistischen Parteien – wie es (fast) alle Grünen Parteien sind – ,die zumeist in den 1980er Jahren gegründet wurden, hat diese Variable einen großen Einfluss, da ihr institutionelles Fundament schwach ist und folglich Parteienwandel begünstigt (vgl. Harmel/Janda 1994: 266; vgl. Lefkofridi 2009: 66). Da die Grünen eine neue Partei sind, die ihre Wurzeln in den ökologischen Bewegungen der 1980er Jahre hat, ist diese Kausalität sehr naheliegend und wird Eingang in der Auswertung finden.

7.5.2 Europeanization II: action

Ganz gleich wie hoch die awareness ausfällt, ist eine Untersuchung der action nötig, um die aufgestellten Hypothesen daran zu überprüfen. Da die genaue Identifizierung des Primärziels der Grünen in dieser Arbeit vernachlässigt wird, stellt sich in Hinsicht auf Lefkofridis Modell die Frage, inwiefern ein Parteienwandel überhaupt noch feststellbar ist. Ferner wurden bereits zwei mögliche Primärziele identifiziert: vote-seeking oder office-seeking. Um diese Argumentation hier weiter zu führen, wird von der Annahme ausgegangen, dass sich die Grünen seit 1995 als potentieller Koalitionspartner der SPÖ positionieren und somit als Primärziel das office-seeking verfolgen. Infolge dessen kann in der abschließenden Auswertung auch nur eine Tendenz des zielorientierten Parteiwandels festgestellt werden.

In dieser Arbeit stehen der organisatorische Wandel und der programmatische Wandel von Ladrech (2002) stellvertretend für den zielorientierten Parteiwandel, den Lefkofridi (2009) beschreibt. Zu Beginn ist eine Untersuchung der unabhängigen Variable innerparteiliche Akteure nötig bzw. deren Entwicklung in den Jahren 1995 bis 2005³⁹, um Parteienwandel über einen organisatorischen Wandel nachweisen zu können. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei konkret die Entwicklungen, wie sich die Parteiorganisation in Hinsicht der europäischen gegenüber den nationalen Parteiakteuren verändert hat. Die Annahmen für eine Parteieneuropäisierung sind dabei, dass im Laufe der Jahre erstens mehr europäische Akteure (EU-Spezialisten, MEPs, Bevollmächtigte, EU-Gremium-Mitglieder usw.) rekrutiert wurden, dass sie zweitens aufgrund der Relevanz der EU sukzessive an innerparteilicher Macht gewonnen haben und dass sie drittens durch ihr Expertenwissen auch auf nationaler Ebene bedeutender werden (Wahlprogrammerstellung).

Des Weiteren bietet die Untersuchung des programmatischen Wandels einen eingehenden Einblick, inwieweit sich die Europäisierung der Parteiakteure in

³⁹ Aufgrund des Erhebungszeitraums des Keele Surveys ist nur eine Untersuchung bis zum Jahr 2005 möglich.

den Wahlprogrammen auswirkt. Somit können Veränderungen, Vertiefungen und/oder Unterschlagungen von policy positions im Vergleich 1995 zu 2008 Auskünfte über den Einfluss der EU-Inhalte auf nationale Politik geben bzw. wie viel die Parteiführung davon zulässt (vgl. Ladrech 2002: 396; vgl. Van der Eijk/Franklin 2004). Darüber hinaus ist eine Überprüfung der Interviewaussagen des Keele Surveys (Poguntke et al. 2007c) möglich, was zu einer Erhöhung der Datenvalidität führt.

Das Parteilager spielt als weitere unabhängige Variable in erster Linie eine präskriptive Rolle, die im Vorfeld der Untersuchung hilft, die Ausmaße der europäisierten Parteienwandel zu bestimmen (vgl. Lefkofridi 2009). Da diese Arbeit deskriptiver Natur ist, wird das Parteilager am Ende der Analyse als möglicher Erklärungsfaktor hinzugezogen.

8 Auswertung des Datenmaterials

Im Anschluss an das Forschungsdesign und der Darlegung der methodologischen Ansätze findet im folgenden Kapitel die Darstellung der Ergebnisse statt. Die Gliederung bleibt Lefkrofridis (2009) two-level Europeanization treu, sodass im ersten Schritt die Europeanization I: awareness gemessen wird und anschließend die Messung der Europeanization II: action erfolgt. Zur Veranschaulichung finden sich im Text unterstützende Tabellen der Inhaltsanalyse respektive Sekundäranalyse und im Anhang der Arbeit weitere Daten zu Wahlergebnissen und Grünen Europa-Parlamentariern im Zeitraum 1995 bis 2008. Abschließend werden die erzielten Ergebnisse zusammengefasst.

8.1 Europeanization I: awareness in Anbetracht der empirischen Ergebnisse

Der österreichische Beitritt zur EU ist Auslöser eines massiven European stimuli, der permanent Druck auf das politische System und seine Akteure ausübt (siehe oben). Ob und inwiefern dieser Druck von den Grünen Politikern wahrgenommen wird, zeigt sich in Tabelle 3. Aus der Auswertung des Keele Survey (Pogunkte et al. 2007c) geht hervor, dass die Aufmerksamkeit (attention) gegenüber der EU sich im Jahr 2005 tendenziell im positiven Bereich befindet. Damit ist den Parteiakteuren die Präsenz der supranationalen Institutionen auf jeden Fall bewusst. Interessant ist hierbei, dass eine befragte Person (17%) die Aufmerksamkeit als wenig einstuft. In diesem Fall könnte die Funktion des Befragten in der Partei eine Rolle spielen.

"Ganz allgemein, wie viel Aufmerksamkeit gibt Ihre Partei der Europäischen Union heute?"					TOTAL	n
0 sehr wenig	1	2	3	4 sehr viel		
	17%	33%	50%		100%	6

Tab. 3: Aufmerksamkeit gegenüber der EU im Jahr 2005

Im Vergleich dazu zeigt eine Einschätzung der Befragten, inwiefern sich die Aufmerksamkeit auf die EU innerhalb der Partei in den letzten zehn Jahren (sprich 1995 bis 2005) geändert hat, eine eindeutige Tendenz: in den zehn Jahren der Mitgliedschaft hat sich das Bewusstsein der Parteiakteure gravierend verändert. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, haben 66% der Befragten eine sehr positive Veränderung der Aufmerksamkeit feststellen können. In Rückblick auf den Stand von 2005 kann die EU also mittlerweile zur Tagespolitik geworden sein, sodass sie im Tagesgeschäft keine größere Aufmerksamkeit als andere Politikbereiche einnimmt.

"Inwiefern hat sich die Aufmerksamkeit Ihrer Partei gegenüber der Europäischen Union in den letzten 10 Jahren geändert?"									TOTAL	n
-4 gar nicht	-3	-2	-1	0	1	2	3	4 sehr		
				33%		33%	33%		100%	6

Tab. 4: Veränderung der Aufmerksamkeit gegenüber EU in den letzten 10 Jahren

In Hinblick der Zweckwidmung von finanziellen und personellen Ressourcenzuwendungen der nationalen Parteizentrale geben 50% der befragten Politiker an, dass diese sich erhöht hätten. Mehr Geld wird demnach für die Reisen nach Brüssel, die EP-Wahlen und größeren Personalpool benötigt, der die transnationale Zusammenarbeit und die Koordination zwischen nationalem sowie europäischem Parlament fordert, dies geht aus den zusätzlichen Angaben der Befragten hervor. Die andere Hälfte der Interviewten relativiert den Aufwand und beschreibt ihn als wechselhaft und abhängig davon, wie die Kampagne des EP-Wahlkampfes angelegt ist und wer als Top-Kandidat

kandidiert (vgl. Poguntke et al. 2007c). Nichtsdestotrotz lässt sich auch bei den Ressourcen ein positiver Trend feststellen, in Anbetracht dessen findet der Mehraufwand, der den Grünen entsteht, als Hinweis auf die wachsende Bedeutung der EU und transnationaler Verbindungen seine Entsprechung. In Hinsicht auf die Parteienlage (party exposure) ist von einer deutlichen awareness zu sprechen, da sie als Oppositionspartei den Kontakt zur transnationalen Ebene (transnationale Parteienorganisation) pflegen (siehe weiter oben). Auch wenn die Grünen zwischen 1995 und 2008 mit maximal zwei MEPs bzw. Delegationsführer nur minimal im EP vertreten sind, intensivieren sie ihre trans-europäischen Kontakte⁴⁰.

Wahljahr	Wörtermenge in relativen und absoluten Zahlen					
	Andere Kapitel absolut	Andere Kapitel relativ	EU Kapitel absolut	EU Kapitel relativ	TOTAL absolut	TOTAL relativ
1995	1258	84,60%	229	15,40%	1487	100%
2008	4862	90,37%	518	9,63%	5380	100%
Entwicklung 1995 - 2008	3604	5,76%	289	-5,76%		

Tab. 5: Gewichtung der Kapitel in den Wahlprogrammen

Seitens der Parteiakteure besteht also kein Grund zur Annahme, dass ein Mangel an Aufmerksamkeit gegenüber der EU zu beklagen ist. Ein anderes, diffuses Bild zeichnet sich jedoch bei der Auswertung der saliences ab, die im Rahmen der Inhaltsanalyse aus den Wahlprogrammen gewonnen wurden. So ist zunächst, wie in Tabelle 5 zu sehen ist, das relative Volumen der EU-Kapitel im Vergleich zum Gesamtkorpus des Wahlprogramms von 15,40% im Jahr 1995 um 5,76% im Jahr 2008 auf 9,63% gesunken. Auf den ersten Blick scheint dieser Rückgang als erstes Anzeichen für einen negativen Trend der EU-Inhalte zu stehen. Allerdings muss das Ergebnis in Relation zu der Gesamtgröße und

⁴⁰ Dafür wurde 2005 eigens eine neue Position geschaffen. Mit einer Person für EU-Angelegenheiten, die die Partei bei der transnationalen Europäischen Grünen Partei (EGP) vertritt. Vor 2005 wurde dieses Amt im Rahmen der internationalen Beziehungen gepflegt (vgl. Ladrech 2007b: 93).

Gliederung der jeweiligen Wahlprogramme gesehen werden: das Wahlprogramm 2008 hat insgesamt elf Kapitel mit 5380 Wörtern (ohne Impressum), das Wahlprogramm 1995 umfasst nur sechs Kapitel mit insgesamt 1487 Wörtern (ohne Impressum). D.h., dass die Themenvielfalt im Jahr 2008 fast doppelt so hoch ist bei fast vierfacher Menge an Wörtern.

Wahljahr - Kapitel	Direkte und indirekte Nennung der EU im Kapitelvergleich	
	direkte Nennungen	indirekte Nennungen
1995 - Andere Kapitel	26,70%	7,14%
1995 - EU-Kapitel	73,30%	92,86%
1995 - Gesamt	51,72%	48,28%
2008 - Andere Kapitel	25,00%	10,53%
2008 - EU-Kapitel	75,00%	89,47%
2008 - Gesamt	64,71%	35,29%

Tab. 6: Direkte und indirekte Nennung der EU

Ferner ist in Anbetracht des relativen Volumenrückgangs eine nur 2,37 prozentige Reduzierung der relativen Textstellen 2008 festzustellen, was einem konstanten Anteil gleich kommt. 2008 konnte sogar ein positiver Trend bei den direkten EU-Nennungen erkannt werden, der von 51,72% (1995) um 12,99% Prozentpunkte auf 64,71% (2008) angestiegen ist. Der Anteil der EU-Nennungen außerhalb des EU-Kapitels ist konstant gering geblieben (siehe Tabelle 6). Die EU bleibt als Thema, ob direkt oder indirekt kommuniziert, weitestgehend auf ihr Kapitel beschränkt und ist auch in den Politikfelder limitiert (siehe Tabelle 14). In Hinsicht auf die saliences in den Wahlprogrammen ist vorerst von einem ambivalenten Ergebnis zu sprechen, das keine eindeutigen Trends erkennen lässt. Es zeigt aber dennoch, dass das Niveau der cross-references zwischen EU und nationalen (Kern-)Wahlthemen auch nach 13 Jahren niedrig geblieben ist.

Summa summarum ist von einer unaufgeregten awareness zu sprechen, da die EU offensichtlich der Tagespolitik angehört. In diesem Fall wäre ein Vergleich der Aufmerksamkeiten gegenüber anderen Politikfeldern interessant, da dies mehr über die Qualität der awareness aussagen würde. Im Gegenteil dazu hat der Vergleich der saliences keine stichhaltigen Ergebnisse geliefert, sondern den Verdacht nahe gelegt, dass bis auf kleine relative Verschiebungen, der status quo von 1995 beibehalten worden ist. Der Umfang des Europa-Kapitels ist sogar um minus 5,76 Prozentpunkte rückläufig gewesen. Daher zeigen nur die Auszüge aus der Sekundäranalyse eindeutig, dass zwischen 1995 und 2005 mehr Aufmerksamkeit der Partei in die EU investiert wurde und grundlegende awareness nahe liegt.

8.2 Europeanization II: action in Anbetracht der empirischen Ergebnisse

Im vorangegangenen Abschnitt konnte eindeutig die awareness der Grünen festgestellt werden. Es wird daher jetzt im zweiten Schritt die Europeanization II: action der Partei anhand der empirischen Ergebnisse dargelegt. Dies erfolgt getrennt nach den Untersuchungseinheiten organisatorischer Wandel und programmatischer Wandel, um Veränderungen in den beiden Bereichen besser nachvollziehen zu können.

8.2.1 Organisatorischer Wandel

Die Auswertung des Keele Survey (Poguntke et al. 2007c) liefert zahlreiche aufschlussreiche Ergebnisse, die anhand einer deskriptiven Auswertung dargestellt werden. Zunächst gilt es im Rahmen des organisatorischen Wandels den Einfluss der nationalen und europäischen Parteiakteure zu ermitteln, da diese Aufschluss über die innerparteiliche Hierarchie geben. In der Tabelle 7 lässt sich der Ist-Zustand der Akteure im Jahr 2005 ablesen. Auffallend ist, dass einzig die beiden führenden Personen der nationalen und europäischen Parteiteile Einfluss gelten machen können. Zum damaligen Zeitpunkt haben mit

Alexander Van der Bellen als Klubobmann und Johannes Voggenhuber als EP-Delegationsführer zwei langjährige Führungspersönlichkeiten der österreichischen Grünen jeweils die nationale bzw. die europäische Kontrolle.

Akteure	"Wie einflussreich sind die folgenden Parteipositionen?"					n
	0 gar nicht	1	2	3	4 sehr	
MEPs			67%	33%		6
EP-Delegationsführer			33%	67%		6
Repräsentanten des Unterausschuss in Angelegenheiten der EU			67%	33%		6
Klubobmann/-frau					100%	6
Mitglieder des Nationalrats			67%	33%		6
Mitglieder der Parteiführung			83%	17%		6

Tab. 7: Einfluss der Parteipositionen

Der Trend zu einer Machtkonzentration unterstreicht auch die Entwicklung zwischen 1995 und 2005, die auf eine Verschiebung der innerparteilichen Macht schließen lässt. Denn der Machtzuwachs der europäischen Akteure MEPs und EP-Delegationsführer lässt sich nicht allein auf die Kontinuität Voggenhubers, als Grünen Vertreter im EP von 1995 bis 2008, zurückführen. Zwar gaben 83,3% der Befragten an, dass die MEPs an Einfluss in der Partei gewonnen haben, allerdings lässt sich daraus nicht schließen, wo sie ihre Kompetenzen ausbauen konnten. Vielmehr ist eine Parallelentwicklung auf nationaler Ebene zu beobachten, dass die Mitglieder des Nationalrats signifikant an Einfluss eingebüßt haben, die Parteiführung und der Klubobmann hingegen einen Zuwachs verzeichnen konnten (siehe Tabelle 8).

Akteure	"Ist die folgende Parteiposition in den letzten 10 Jahren mehr oder weniger einflussreich geworden?"									TOTAL	n
	-4 viel weniger	-3	-2	-1	0	1	2	3	4 viel mehr		
MEPs			17%		17%	17%	50%			100%	6
EP-Delegationsführer				17%	33%		17%	17%		83%	6*
Repräsentanten des Unterausschuss in Angelegenheiten der EU				33%		50%	17%			100%	6
Klubobmann/-frau					33%		17%	17%	33%	100%	6
Mitglieder des Nationalrats			17%	33%	17%	33%				100%	6
Mitglieder der Parteiführung			17%			33%	17%	33%		100%	6

Tab. 8: Einfluss der Parteipositionen in den letzten 10 Jahren

Dass die europäischen Parteiakteure keine eigene Macht in der Partei sind, macht der Einfluss der Parteiführung in Tabelle 9 deutlich. Alle Positionen der EU-Akteure werden von der Parteiführung bestimmt. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die EU-Akteure aus der dominierenden Koalition rekrutieren und die Loyalität gegenüber der Parteiführung bei der Wahl im Vordergrund steht. Denn 100% der Befragten gaben an, dass eine EU-Spezialisierung keinen Effekt auf den innerparteilichen Einfluss hat. Dass die Kriterien Kontinuität und Loyalität gegenüber der Parteiführung bei der Nominierung der MEPs und EP-Delegationsführer entscheidend sind, kann anhand von Voggenhuber und Van der Bellen als Erklärungsansatz dienen. Denn nach Van der Bellens Rücktritt von der Parteispitze 2008 wurde Voggenhuber unter der neuen Klubobfrau Glawischnig-Piesczek im Jahr 2009 nicht mehr als Kandidat für die EP-Wahlen nominiert. Dies ist ebenfalls ein Zeichen für die gestiegene Machtkonzentration der Parteiführung.

"Wie hat sich in der Praxis der Einfluss der Parteiführung auf die Wahl von folgenden Individuen in den letzten 10 Jahren geändert?"										TOTAL	n
	-4 gar nicht	-3	-2	-1	0	1	2	3	4 sehr		
Führender Politiker für EU-Angelegenheiten					17%	17%	33%	33%		100%	6
Wahlkandidat für EP					33%		33%	17%	17%	100%	6
EP-Delegationsführer					33%	17%	17%	17%		83%	6*

Tab. 9: Einfluss der Parteiführung auf europäische Parteiakteure

Ferner vermittelt die Entscheidungsfreiheit in Tabelle 10 auf den ersten Blick ein falsches Bild, denn die Kompetenzen beziehen sich jeweils auf die nationale und europäische Ebene. D.h., dass die europäischen Parteiakteure über eine quasi Entscheidungsfreiheit verfügen, da dies nur für das EP gilt. Wie bereits oben beschrieben, deutet dies auch auf die eingeforderte Loyalität und Kontinuität der EU-Akteure durch die Parteiführung hin. Der Klubobmann geht in der Zehn-Jahresentwicklung (Tabelle 11) wieder als großer Gewinner hervor, da er seine Entscheidungsfreiheit weiter ausbauen konnte. In Hinsicht auf die vorausgegangenen Interpretationen rundet diese Entwicklung die Stärkung des Parteiführers ab und ist im Gegensatz zu Carters et al. (2007) kein alleiniges Merkmal von Regierungsparteien.

Akteure	"Wie viel Entscheidungsfreiheit gegenüber der Partei hat der folgende Parteiakteur bei Angelegenheiten, die der Partei wichtig sind?"					TOTAL	n
	0 keine	1	2	3	4 hohe		
MEPs			50%	33%	17%	100%	6
EP-Delegationsführer			17%	50%	17%	83%	6*
Klubobmann/-frau			17%	17%	50%	83%	6*
Mitglieder des Nationalrats		17%	50%	33%		100%	6

Tab. 10: Entscheidungsfreiheit der Parteiakteure

Akteure	"Inwiefern hat sich der Umfang der Entscheidungsfreiheit in den letzten 10 Jahren verändert?"									TOTAL	n
	-4 viel	-3	-2	-1	0	1	2	3	4 viel		
MEPs			17%	17%	33%	17%	17%			100%	6
EP-Delegationsführer			17%		17%	50%				83%	6*
Klubobmann/-frau						50%		17%	17%	83%	6*
Mitglieder des Nationalrats			33%	17%	33%	17%				100%	6

Tab. 11: Entscheidungsfreiheit der Parteiakteure in den letzten 10 Jahren

In Anbetracht der EU-Spezialisten als nicht-gewählte Parteimitglieder, die z.B. in der Parteizentrale oder in Brüssel arbeiten, zeichnet sich ein trübes Bild ab, das die oben angegeben Einschätzung der Befragten zur EU-Spezialisierung deckt. Grund dafür ist, dass das oben genannte Verhalten der Partieliten maßgeblich über deren Gedeih und Verderb bestimmt. Die Folge: es hat zwar eine Profilierung von EU-Spezialisten stattgefunden, aber ihr Einfluss im Jahr 2005 ist nach wie vor gering und sie nehmen eine untergeordnete Rolle im nationalen Parteiapparat ein⁴¹. Dies lässt sich mit der Trennung nationaler und europäischer Politikbereiche erklären, da die EU-Spezialisten überwiegend auf supranationaler Ebene eingesetzt werden und selbst dort sehr limitiert an Autonomie und Macht beteiligt sind (vgl. Luther 2008). Das gilt in den meisten Fällen auch für die Beteiligung an der Wahlprogrammerstellung: die Partizipation an nationalen Programmen ist gering (siehe unten) und bei EP-Wahlen zumeist mit restriktiven Vorgaben versehen sowie durch Kontrollen durch die Parteispitze erschwert (siehe oben).

Bevor die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zum programmatischen Wandel diskutiert werden, wird eine Brücke zum organisatorischen Wandel geschlagen. Und zwar in der Hinsicht, ob europäische Parteiakteure in den Gestaltungsprozess der nationalen Wahlprogramme mit einbezogen werden bzw. wie große deren Einfluss auf diese ist. Die Tabelle 12 offenbart den Ist-Zustand des Ausmaßes von 2005, wie weit die einzelnen Parteiakteure in die Erstellung der Wahlprogramme involviert sind. Dabei zeigt sich, dass

⁴¹ Siehe Tabellen XX und ZZ im Anhang.

insbesondere die MEPs und EP-Delegationsführer vor den anderen EU-Akteuren an dem Prozess beteiligt sind.

Akteure	"In welchem Ausmaß sind folgende Amtsinhaber an der Erstellung nationaler Wahlprogramme involviert?"					TOTAL	n
	0 keine	1	2	3	4 hohe		
MEPs			66%	17%	17%	100%	6
EP-Delegationsführer			50%	17%	17%	83%	6*
Andere Akteure mit EU-Bezug		33%		17%		50%	3**
Repräsentanten auf transnationaler Ebene		33%	50%		17%	100%	6
Mitglieder der Parteiführung				50%	50%	100%	6
Mitglieder des Nationalrats			33%	33%	33%	100%	6

Tab. 12: Beteiligung an Wahlprogrammerstellung

Zwar haben sie im Verhältnis zu den nationalen Akteuren der Parteiführung und des Nationalrats einen kleineren Anteil, trotzdem ist dies als positive Entwicklung anzusehen, da sie zahlenmäßig eine viel kleinere Gruppe bilden. Ob sich deren Beteiligung an den Wahlprogrammen ablesen lässt, ist dennoch eine andere Frage, die weiter im Rahmen der Inhaltsanalyse geklärt wird. Die Daten geben bedauerlicherweise nicht Aufschluss darüber, wie groß deren Einfluss auf die Wahlprogramme ist. Denn die Teilnahme der europäischen Parteiakteure kann auch eine rein beratende Funktion innehaben.

Akteure	"Inwiefern hat sich die Beteiligung an der Erstellung der Wahlkampfprogramme bei diesen Amsinhabern in den letzten 10 Jahren geändert?"									TOTAL	n
	-4 viel	-3	-2	-1	0	1	2	3	4 viel		
MEPs				17%	67%	17%				100%	6
EP-Delegationsführer				17%	67%					83%	6*
Andere Akteure mit EU-Bezug							17%		17%	33%	2**
Repräsentanten auf transnationaler Ebene				17%	67%	17%				100%	6
Mitglieder der Parteiführung				17%	17%	33%	17%	17%		100%	6
Mitglieder des Nationalrats				17%	67%		17%			100%	6

Tab. 13: Beteiligung an Wahlprogrammerstellung in den letzten 10 Jahren

Ferner lässt sich das angesprochene Ausmaß an Beteiligung nicht in der Entwicklung von 1995 bis 2005 eindeutig identifizieren, da dort eher ein gleichbleibender – und ein widersprüchlicher bei „Andere Akteure mit EU-Bezug“⁴² – Trend bei den europäischen Parteiakteuren zu beobachten ist (siehe Tabelle 13).

8.2.2 Programmatischer Wandel

Im Zuge der Auswertung zur Europeanization I: awareness hat sich gezeigt, dass das Wahlprogramm von 2008 zwar wesentlich umfangreicher ist, aber der Anteil der EU-Nennungen im Verhältnis nur sehr gering gestiegen ist und eher auf dem Niveau von 1995 verharret. Die Auswertung erfolgte bis jetzt in einer rein quantitativen Dimension, die wenig über die konkreten Inhalte des jeweiligen Wahlprogramms aussagte. Im Rahmen des programmatischen Wandels ist jedoch eine genauere Betrachtung der kommunizierten Inhalte wie Politikfelder, Motive und Tonalitäten nötig.

Die Tabelle 14 listet nicht taxiert die identifizierten Politikfelder beider Wahlprogramme auf und ermöglicht einen Vergleich anhand der Nennungen in relativen Zahlen. Der Vergleich⁴³ zeigt, dass einige Themenbereiche zugunsten

⁴² Es haben in diesem Fall auch nur zwei von sechs Befragten eine Angabe gemacht.

⁴³ Für die weitere Analyse: die gefetteten Politikfelder sind insofern relevant, da sie 1995 und/oder 2008 mehr als zehn Prozent der Gesamtnennungen ausmachen.

anderer im Laufe der Jahre an Bedeutung verloren haben. So war z.B. 1995 aufgrund des Wahlkampfthemas „Budget“ (siehe weiter oben) die europäische Währungsunion mit 14,29% das zweithäufigste Thema und verschwand 2008 wiederum völlig aus dem Programm. Im Gegensatz zu dieser „saisonalen“ Erscheinung sind die Umwelt-, Atom- und Sozialpolitik der EU Wahlkampfthemen, die die Grünen auch 13 Jahre später verfolgen, da diese soft policies „klassische Politikfelder“ Grüner Parteien sind und diese eine breite gesellschaftliche Akzeptanz genießen.

Politikfeld	Relativer Anteil der EU-Inhalte im Wahlprogramm aus dem Jahr		
	1995*	2008*	Entwicklung 1995 - 2008
EU Atompolitik	7,14%	12%	4,86%
EU Außenpolitik	3,57%	6%	2,43%
AT Außenpolitik	7,14%	6%	-1,14%
EU Demokratiesierung	3,57%	22%	18,43%
EU Polit. System	21,43%	4%	-17,43%
EU Migration	3,57%	2%	-1,57%
AT Innenpolitik	3,57%	8%	4,43%
Partei	0%	4%	4%
EU Sozialpolitik	14,29%	18%	3,71%
EU Umweltpolitik	10,71%	10%	-0,71%
EU Verkehrspolitik	7,14%	0%	-7,14%
EU Währungspolitik	14,29%	0%	-14,29%
EU Wirtschaftspolitik	3,57%	8%	4,43%
TOTAL	100%	100%	

Tab. 14: Anteil der EU-Inhalte in den Wahlprogrammen

Ein fast gleichwertiger Themenwechsel zwischen 1995 und 2008 ist das politische System der EU (1995: 21,43%) respektive die Demokratisierung der EU (2008: 22%): 1995 war das System der EU an sich interessant, 2008 wird

derweilen von Demokratisierung gesprochen. Dieses sehr normative Politikfeld tritt zudem häufig mit dem Motiv „Gestaltung der EU“ auf und macht einen Großteil der Nennungen aus. Das gleiche gilt für die Sozialpolitik der EU, die sowohl 1995 als auch 2008 stark normativ besetzt für ein besseres Europa wirbt. Hard policies, wie z.B. Migrations-, Wirtschafts-, Außen- und Finanzpolitik sind lediglich Randerscheinungen und treten höchstens mit ein bis zwei Nennungen auf. Der Verdacht, dass cross-references zwischen nationaler und europäischer Ebene bewusst vermieden werden, spiegelt sich in den marginalen Nennwerten der Politikfelder österreichische Außenpolitik (1995: 7,14%; 2008: 6%) und österreichische Innenpolitik (1995: 3,57%; 2008: 8%) wieder.

Motiv	Relativer Anteil der Motive im Wahlprogramm aus dem Jahr		
	1995*	2008**	Entwicklung 1995 - 2008
Gestaltung der EU	64,29%	54,17%	-10,29%
Kritik an EU	14,29%	20,83%	6,54%
EU als Vorbild	3,57%	2,08%	-1,49%
AT als Vorbild	3,57%	14,58%	11,01%
Kritik an Regierung	14,29%	8,33%	-5,29%
TOTAL	100%	100%	

Tab. 15: Anteil der Motive in den Wahlprogrammen

Wie bereits oben erwähnt, ist „Gestaltung der EU“ das Leitmotiv beider Wahlkämpfe (siehe Tabelle 15). Des Weiteren bietet die EU auch viele Punkte zur Kritik, die 1995 noch eine leicht negative Tendenz hatte, 2008 sich jedoch in sachlicher Neutralität gefunden hat (siehe Tabelle 16). Dafür hat Österreich als positives Vorbild für die gesamte EU bzw. Europa im Jahr 2008 eine deutliche Entwicklung auf 14,58% gemacht. Dieses Motiv wird überwiegend mit positiven Eigenschaften Österreichs verbunden, wie z.B. „reich“, „mitten in Europa“ und

„neutral“. Das europäische Pendant „EU als Vorbild“ wird in beiden Wahlprogrammen mit 3,57% (1995) bzw. 2,08% (2008) sehr selten benutzt.

Wahlprogramm aus dem Jahr	Tonalitäten der EU-Nennungen in relativen Zahlen					TOTAL
	negativ	eher negativ	neutral	eher positiv	positiv	
1995	3,57%	46,43%	42,86%	7,14%		100%*
2008	2%	26,00%	60%	12,00%		100%*
Entwicklung 1995 / 2008	-1,57%	-20,43%	17,14%	4,86%		

Tab. 16: Tonalitäten der EU-Nennungen

Auffallend an beiden Programmen ist die Stilisierung der EU. Im Jahr 1995 wurden noch ernsthafte Bedenken zu der bevorstehenden Währungsunion geäußert und damit der Wähler mit einem sehr tiefgreifenden Projekt der Europäischen Integration konfrontiert. So wird der Diskurs 2008 von normativen Gestaltungsszenarien dominiert, die die EU einzig als europäisches Friedens- und Demokratieprojekt beschreiben.

Von einem programmatischen Wandel ist in diesem Sinne nur unter Vorbehalt zu sprechen, da die Kernthemen die selben sind und gewissermaßen nur eine leichte Verschiebung der Schwerpunkte vollzogen wurde. Wenn ein signifikanter Anstieg der EU-Nennungen in den „Anderen Kapiteln“ zu verzeichnen gewesen wäre und eine augenscheinliche Verknüpfung von europäischen und nationalen Themen stattgefunden hätte, dann ließe sich ein programmatischer Wandel im Sinne der Parteieneuropäisierung feststellen.

8.3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Auswertung hat gezeigt, dass die Europeanization I: awareness im Falle der österreichischen Grünen gegeben ist. Dabei haben besonders die Ergebnisse des Keele Surveys (Poguntke et al. 2007c) die zehnjährige Entwicklung verdeutlicht, in der die Partei ihre finanziellen und personellen

Kapazitäten aufgrund der EU ausgebaut hat. Diese neuen Kapazitäten werden nach Angaben der Befragten im Rahmen des intensiven bondings unter den europäischen Grünen eingesetzt, die seit 2004 zentral in der Europäischen Grünen Partei organisiert sind (vgl. Nasshoven 2006). Im Jahr 2005 ist die EU zu einem Teil des tagespolitischen Alltags geworden, weshalb die Aufmerksamkeit einen Rückgang gegenüber der zehnjährigen Entwicklung verzeichnet. Wie oben beschrieben, hat die Auswertung der saliences keine nennenswerten Unterschiede zwischen 1995 und 2008 gezeigt. Positiv betrachtet konnte in diesem Zusammenhang zumindest keine rückläufige Entwicklung festgestellt werden. Allerdings ist es ein Indiz dafür, dass die Prioritäten im Wahlkampf nicht auf der EU liegen und den europäischen Parteiakteuren nur eine untergeordnete Rolle bei der Erstellung der Wahlprogramme zukommt. Das Ausmaß der awareness ist aufgrund der oben genannten Gründe als mittelmäßig einzustufen.

Ferner gaben die Interviews interessante Einblicke in den Kern der Grünen Partei wieder, die anderweitig nicht hätten erlangt werden können. Ein organisatorischer Wandel konnte aus folgenden Gründen festgestellt werden:

- (1) Die europäischen Parteiakteure haben signifikant an Einfluss gewonnen;
- (2) Laut Aussage der Befragten sind sie an der Erstellung nationaler Wahlprogramme beteiligt;
- (3) Es werden mehr finanzielle und personelle Ressourcen seitens der Partei in EU-Mitarbeiter und EU-Koordination investiert;
- (4) MEPs und Bevollmächtigte genießen Handlungsfreiheit bei ihren Entscheidungen auf supranationaler Ebene.

Der augenscheinliche Macht- und Kompetenzgewinn, der aus den vier Punkten hervorgeht, muss allerdings relativiert werden. Denn Punkt (1) und (4) müssen anders betrachtet werden, da der gewonnene Einfluss der europäischen Akteure in erster Linie Voggenhuber anzurechnen ist, der von 1995 bis 2008 als Bevollmächtigter der Grünen die führende Figur in der Europapolitik war. Die Grünen hatten im genannten Zeitraum maximal zwei MEPs im Europäischen Parlament, was den Eindruck nahe legt, dass Voggenhuber als Person in der

Partei Einfluss ausüben konnte. Ferner kann die Beteiligung (2) an nationalen Wahlprogrammen nur in beratender Funktion zur inhaltlichen Richtigkeit sein, da cross-references zu wichtigen, nationalen Politikfeldern (fast) nicht vorhanden sind.

Die Inhaltsanalyse der Wahlprogramme zum programmatischen Wandel hat gezeigt, dass weder die Themenvielfalt noch die EU-Nennungen zugenommen haben. Die EU ist in normativen Politikfeldern zur Gestaltung der EU (siehe oben) sehr stark präsent und ist bei Kernthemen wie Migration, Wirtschaft und Außenpolitik gering bis gar nicht repräsentiert. In Anbetracht dessen ist nicht von einem programmatischen Wandel zu sprechen.

Conclusio

Anspruch dieser Diplomarbeit ist es, den Europäisierungsgrad der österreichischen Grünen zu messen. Dazu sind im Zuge der Untersuchung zwei Hypothesen aufgestellt worden, die anhand eines modifizierten Modells der two-level Europeanization (Lefkofridi 2009) mit dem organisatorischen und programmatischen Wandel von Ladrech (2002) überprüft werden. Es hat sich dabei im Rahmen der methodologischen Auswertung gezeigt, dass die Parteieneuropäisierung ein janusartiger Prozess ist. Dies erfolgt daraus, dass der organisatorische Wandel einen wesentlich höheren Europäisierungsgrad vermittelt als der programmatische Wandel. Die Ungleichzeitigkeit, die im Rahmen der Europeanization II: action offensichtlich wurde, bestätigt dennoch die Hypothese, dass die awareness maßgeblichen Einfluss auf die action einer Partei hat. Denn auch, wie im Falle der Grünen, die Untersuchungen der awareness und action über die Wahlkampfprogramme (programmatistischer Wandel) wenig Schlussfolgerungen über die Europäisierung zuließen, so waren die Einblicke in die innerparteilichen Strukturen (organisatorischer Wandel) mithilfe der Sekundäranalyse umso aufschlussreicher.

Im Zusammenhang von Parteieneuropäisierung und organisatorischem Wandel wird deutlich, dass die Parteiführung der größte Widerstand des europäisierten Parteienwandels ist. Die Machtakкумуляtion in der Parteispitze, die vom EU-Beitritt bis 2008 besonders mit Van der Bellen zugenommen hat (vgl. Carter et al. 2007; Luther 2007, 2008) und auch in der Auswertung klar erkennbar ist, kann als Parteiführungswandel angesehen werden, der von der dominierenden Koalition gestützt wird. In Verbindung mit einem der beiden Primärziele office- oder vote-seeking führt diese Parteientwicklung zu sehr wenig Gestaltungsraum im nationalen Kontext für neue europäische Parteiakteure. Viele Faktoren sind dabei von zentraler Bedeutung: Der ambivalente (europäische und nationale) Parteicharakter, die hohe Machtkonzentration, das Festhalten an den „alten“ Eliten (dominierende Koalition), das Verschleiern der Auswirkungen der Europäischen Integration im Wahlkampf(-programm), aber auch die zaghaften Triebe, die mit den EU-Spezialisten und der Politikgestaltung im

Mehrebenensystem Einzug erhalten haben. In Hinblick auf die Forschungsfrage muss daher von einer reaktiven Parteieneuropäisierung im Fall der Grünen gesprochen werden, da die dominierende Koalition und die Parteiführung versuchen, die eine Tangierung ihres Primärziels und/oder ihrer Macht auf Kosten des Europäisierungsprozesses unterbinden. In Anbetracht der Ergebnisse ist anzunehmen, dass ein Parteienwandel durch den European stimuli um das Jahr 1995 stattfand, der sich in zahlreichen Parteiführerwandel ausdrückte, und mit Van der Bellen eine Zeit der Konsolidierung und dem Ausbau der Partei stattfand.

Ein kurzer Rückblick auf Ladrechts (2010) Kritik an der Überprüfung von Europäisierung durch Wahlkampfprogramme zeigt, dass seine Überlegungen richtig waren, denn die Ergebnisse der Inhaltsanalyse waren gegenüber denen der Sekundäranalyse mangelhaft. Im Falle Österreichs gilt: „[I]t may very well be the case that the EU and related policies are highly politicized in a particular political system, so the least said the better“ (Ladrech 2010: 136). Eine De-Politisierung (Mair 2007) der EU, die sich besonders bei den soft policies der EU-Inhalte in den Wahlprogramme gezeigt hat, bildet somit das Sinnbild dieser Phase und wird sich erst im Zuge eines größeren politischen Interesses und vermehrten Partizipationsbestrebungen der österreichischen Öffentlichkeit an der Europäischen Union verändern (vgl. Ladrech 2007a; vgl. Sbragia 2006).

In Hinsicht auf den Titel dieser Arbeit, der die Möglichkeit der De-Europäisierung einer Partei in Aussicht stellt, muss folgendes korrigiert werden: Das Konzept der De-Europäisierung impliziert, dass die Europäische Integration statt eines progressiven auch ein regressiver Prozess sein kann. Das dritte und vierte Kapitel haben jedoch eindeutig gezeigt, dass die Einflüsse der Europäischen Integration und der Europäisierung so tiefgreifend für nationale (Parteien-)Systeme sind, dass lediglich im Fall eines Austritts aus oder des Zusammenbruchs der EU eine De-Europäisierung als re-nationalisierender Prozess auf Parteebene folgen könnte, in diesem Fall natürlich als Folge eines Schocks, der die komplette Umwelt der Partei betreffen würde und ähnliche Folgen wie die Europäisierung hätte.

Für zukünftige Forschungen lassen sich mehrere Rückschlüsse ziehen. Die Untersuchung der Parteieneuropäisierung an ausschließlich einer einzigen Partei hat Nachteile in der Interpretation der Ergebnisse gezeigt, da kein Vergleich möglich ist. Besonders in Bezug auf die two-level Europeanization (Lefkofridi 2009) zeigen sich dort deutliche Schwächen bei der Auswertung der Ergebnisse. Ferner sind zukünftig alle fünf Bereiche der Parteieneuropäisierung von Ladrech (2002) mit in das Modell zu integrieren, da nur so eine vollständige Erfassung aller Aktivitäten und Prozesse der untersuchten Parteien möglich ist, die eine tatsächliche Messung des Europäisierungsgrades erst ermöglichen.

Literatur

Allern, Elin H./Karina Pedersen (2007). The Impact of Party Organisational Changes on Democracy, in: West European Politics, 30(1), 68-92.

Bache, Ian (2008). Europeanization and multilevel governance: cohesion policy in the European Union and Britain, Lanham.

Banducci, Susan/Claes H. de Vreese (2008). Media content analysis. European Election Study 2009, Codebook, Version 14/ 10/ 2008, Exeter.

Bartolini, Stefano (2005). Restructuring Europe. Centre formation, system building and political structuring between the nation state and the EU, Oxford.

Binnema, Hamen (2003). How Europe hits parties... or not? Europeanisation of party programmes in the Netherlands and the United Kingdom, in: Working Papers Political Science, 03/2003, Department of Political Science, University of Amsterdam.

Börzel, Tanja A./Thomas Risse (2000). When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change, European Integration online Papers (EIoP), 4(15), Online: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2000-015.pdf> (14.01.2012).

Börzel, Tanja A./Thomas Risse (2003). Conceptualizing the Domestic Impact of Europe, in: Radaelli, Claudio M./Kevin Featherstone (eds.). The Politics of Europeanization, Oxford, 57- 80.

Budge, Ian/David Robertson/Derek Hearl (eds.) (1987). Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analysis of Post-War Election Programmes in 19 Democracies, Cambridge.

Budge, Ian/Hans-Dieter Klingemann (eds.) (2001). Mapping Policy Preferences: Estimates for Parties, Electors, and Governments, 1945-1998, Oxford.

Bundesministerium für Inneres (BMI) (2011). Nationalratswahlen, Online: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/start.aspx (26.12.2011).

Carter, Elisabeth/Kurt R. Luther/Thomas Poguntke (2007). European integration and internal party dynamics, in: Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (eds.). The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York, 1-27.

Carter, Elisabeth/Robert Ladrech (2007). Government change, organizational continuity: the limited Europeanization of British political parties, in: The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York, 57-85.

Dachs, Herbert (2006). Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert/Peter Gerlich et al. (eds.). Politik in Österreich: Das Handbuch, Wien, 389-401.

Donati, Paolo R. (2001). Die Rahmenanalyse politischer Diskurse, in: Keller, Reiner/Andreas Hirsland, Andreas/Werner Schneider/Willy Viehöver (eds.). Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse I. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, 145-175.

Eurostat (2010). Europäische Demografie. EU27 Bevölkerung von 501 Millionen am 1. Januar 2010. Mehr als 5 Millionen Geburten in der EU27 im Jahr 2009, Pressemitteilung, (siehe http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-27072010-AP/DE/3-27072010-AP-DE.PDF (24.03.2011)).

Falter, Jürgen/Markus Klein (2003). Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München.

Farrel, David (2002). Campaign Modernization and the West European Party, in: Luther, Kurt R./Ferdinand Müller-Rommel (eds.). Political Parties in the New Europe: Political and Analytical Challenges, Oxford, 63-84.

Featherstone, Kevin (2003). Introduction: In the Name of 'Europe', in: Radaelli, Claudio M./Kevin Featherstone (eds.). The Politics of Europeanization, Oxford, 1-26.

Früh, Werner (2004). Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Stuttgart.

Gabel, Matthew (2000). European Integration, Voters and National Politics, in: West European Politics, 23(4), 52-72.

Gerhards, Jürgen (2002). Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien, in: Kaelble Hartmut/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (eds.). Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main, 135-158.

Habermas, Jürgen (1996). Drei normative Theorien der Demokratie, in: Habermas, Jürgen (ed.). Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main, 277-292.

Harmel, Robert/Janda, Kenneth (1994). An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics, 6(3), 259-287.

Harmel, Robert (2002). Party Organizational Change: Competing Explanations?, in: Luther, Kurt R./Ferdinand Müller-Rommel (eds.). Political Parties in the New Europe: Political and Analytical Challenges, Oxford, 119-142.

Harmel, Robert/Tan, Alexander C. (2003). Party actors and party change: Does factional dominance matter?, *European Journal of Political Research*, 42(3), 409-424.

Hix, Simon/Christopher Lord (1997). *Political Parties in the European Union*, Basingstoke.

John, Gerald (2001). „Ich bin ein Bastard“, in: *Der Falter*, Ausgabe 33/01, erschienen am 15.08.2001, Wien, Online unter: http://www.falter.at/print/F2001_33_2.php, 27.01.2012).

Klingemann, Hans-Dieter (2002). Forderung und Responsivität. Eine Untersuchung zur politischen Partizipation der Bürger und der Responsivität von politischen Parteien und NGOs in Europa, in: Rossade, Werner/Birgit Sauer/Dietmar Schirmer (eds.). *Politik und Bedeutung. Studien zu den kulturellen Grundlagen politischen Handelns und politischer Institutionen*, Wiesbaden, 96-108.

Kritzinger, Sylvia/Francesco Cavatorta/Raj Chari (2004). Continuities and Changes in Attitudes Towards Europe within the Italian Political Parties: an Examination of Parties' manifestos, *Journal of European Policy*, 11/6, 954-974.

Kritzinger, Sylvia/Irina Michalowitz (2005). *Party Position Changes through EU Membership? The (Non-)Europeanisation of Austrian, Finnish and Swedish Political Parties*, IHS, Wien.

Kritzinger, Sylvia/Irina Michalowitz (2008). Methodologische Triangulation in der europäischen Policy-Forschung, in: Janning, Frank/Katrin Toens (eds.). *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden, 191-210.

Kritzinger, Sylvia/Hubert Sickinger (2008). Europäische Parteien und die Europäisierung nationaler Parteien(systeme). Eine Einführung in das Heft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 37(3), (special issue), Wien, 247-252.

Ladrech, Robert (1994). Europeanization of Domestic Politics and Institutions – the Case of France, in: Journal of Common Market Studies, 32(1), 69-88.

Ladrech, Robert (2002). Europeanization and Political Parties, in: Party Politics, 8(4), 389-403.

Ladrech, Robert (2007a). Europeanization and national party organization: limited but appropriate adaptation?, in: Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (eds.). The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York, 211-229.

Ladrech, Robert (2007b). Continuity amidst political system change: why French party organization remains immune to EU adaptive pressures, in: Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (eds.). The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York, 86-107.

Ladrech, Robert (2010). Europeanization and National Politics, Basingstoke.

Laver, Michael/Ben Hunt (1992). Policy and Party Competition. New York/London.

Lefkofridi, Zeo (2008). An Integrated Model of National Party Response to European Integration, in: IHS Working Paper Political Science Series 115, Online: www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_115.pdf (30.01.2011).

Lefkofridi, Zeo/Sylvia Kritzinger (2008). Battles Fought in the EP Arena: Developments in National Parties' Euromanifestos, in: Österreichische Zeitung für Politikwissenschaft, 37(3), (special issue), Wien, 273-296.

Lefkofridi, Zeo (2009). National Party Response to European Integration: A theoretical framework & Evidence from the Case of Greece (1974-2007), Wien.

Liebhold, R./R. Trinczek (2002). Experteninterviews, in: Kühl, S./ P. Strodtholz (eds.). Methoden der Organisationsforschung. Ein Handbuch, Reinbek, 33-71.

Luther, Kurt R./Ferdinand Müller-Rommel (2002). Parties and Party Research in the New Europe, in: Luther, Kurt R./Ferdinand Müller-Rommel (eds.). Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford, 325-346.

Luther, Kurt R. (2007). Structural adjustment and incumbent elite empowerment. Austrian parties' to European Integration, in: Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (eds.). The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York, 28-56.

Luther, Kurt R. (2008). Towards Stratararchy? European Integration and the Intra-party Power of Austrian MEPs and Delegation Leaders, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 37(3), (special issue), Wien, 253-272.

Mair, Peter (1990). Continuity, Change, and Vulnerability of Party, in: Mair, Peter/Gordon Smith (eds.). Understanding Party System Change in Western Europe, London, 169-187.

Mair, Peter (2000). The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: West European Politics, 23(4), 27-51.

Mair, Peter (2007). Political Parties and Party Systems, in: Graziano, Paolo/Maarten P. Vink (eds.). Europeanization: New Research Agendas, Basingstoke, 154-166.

Marks, Gary/Marco R. Steenbergen (eds.) (2004). European Integration and Political Conflict, Cambridge.

Mayring, Philipp (2003). Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, Weinheim [u.a.].

Müller, Wolfgang/Kaare Strøm (1999). Political Parties and Hard Choices, in: Müller, Wolfgang/Kaare Strøm (eds.). Policy, Office, or Policy? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions, Cambridge, 1-35.

Nasshoven, Yvonne (2006). „Let's Green Europe?“ Von der Europäischen Föderation Grüner Parteien zur Europäischen Grünen Partei, in: Mittag, Jürgen (ed.). Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen, 617-638.

Nohlen, Dieter/Rainer-Olaf Schultze (eds.) (2004). Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe, München.

Pennings, Paul (2006). An Empirical Analysis of the Europeanization of National Party Manifestos, 1960–2003, in: European Union Politics, 7, 257-270.

Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Elisabeth Carter/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (eds.) (2007a). The Europeanization of National Political Parties. Power and organizational adaption, London/New York.

Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Robert Ladrech/Kurt R. Luther (2007b). The Europeanisation of national party organisations: A conceptual analysis, in: European Journal of Political Research, 46, 747–771.

Poguntke, Thomas/Nicholas Aylott/Robert Ladrech/Kurt R. Luther/Elisabeth Carter/Laura Morales/Luis Ramiro (2007c). Europeanisation of National Political Parties, 2004-2006 [computer file]. Colchester, Essex: UK Data Archive [distributor], SN: 5580, Online: <http://dx.doi.org/10.5255/UKDA-SN-5580-1> (23.12.2011).

Pollack, Johannes/Peter Slominski (2002). Die österreichischen politischen Parteien und die europäische Integration: Stillstand oder Aufbruch?, in: Neisser, Heinrich/Sonja Puntscher Rieckmann (eds.). Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft, Wien, 177-199.

Radaelli, Claudio M. (2003). The Europeanization of Public Policy, in: Radaelli, Claudio M./Kevin Featherstone (eds.). The Politics of Europeanization, Oxford, 27-56.

Ray, Leonard (1999). Measuring party orientations towards European integration: Results from an expert survey, *European Journal of Political Research*, 36, 283-306.

Reif, Karlheinz/Hermann Schmitt (1980). Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, *European Journal of Political Research*, 8, 3-44.

Schlesinger, Joseph A. (1975). The Primary Goals of Political Parties: A Clarification of Positive Theory, *The American Political Science Review*, Vol. 69(3), (Sept. 1975), 840-849.

Semetko, Holli A./Claes H. de Vreese/Jochen Peter (2000). Europeanised Politics – Europeanised Media? European Integration and Political Communication, in: *West European Politics*, 23(4), 121-141.

Swidler, Ann (1986). Culture in Action: Symbols and Strategies, in: American Sociological Review, 51(2), 273-286.

Van der Eijk, Cees/Mark N. Franklin (2004). Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe, in: Marks, Gary/Marco R. Steenbergen (eds.). European Integration and Political Conflict, Cambridge, 32-50.

Volgens, Andrea/Hans-Dieter Klingemann (2002). Parties, Ideologies, and Issues: Stability and Change in Fifteen European Party Systems 1945-1998, in: Luther, Kurt R./Ferdinand Müller-Rommel (eds.). Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, Oxford, 143-167.

Wessels, Wolfgang (2003). Das politische System der Europäischen Union, in: Ismayr, Wolfgang (ed.). Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen, 779-817.

Wessels, Wolfgang/Andreas Maurer (2002). The European Union matters: structuring self-made offers and demands, in: Wessels, Wolfgang/Andreas Maurer/Jürgen Mittag (eds.). Fifteen Into One? The European Union and Its Member States, Manchester/New York, 29-66.

Anhang

Wahlprogramme⁴⁴

Die Grünen: Jetzt Farbe bekennen. DIE GRÜNE ALTERNATIVE (1995)

Die Grünen: neu beginnen! das grüne programm für einen Neubeginn (2008)

Kategorien und Kodierungen der Inhaltsanalyse

Kategorien

A = Anderes Kapitel

E = EU-Kapitel

Primärkodierungen I

EU, EG, Union, Maastricht, EG, Ministerrat, Lissabon, Kommission, Eur*, Nizza

Primärkodierungen II

Europa, Brüssel, Straßburg, Erweiterung, Europäisch, Verfassung

Kodierung Politikfelder

Partei, AT Außenpolitik, AT Innenpolitik, AT Polit. System, AT Währungspolitik, AT Atompolitik, AT Sozialpolitik, AT Wirtschaftspolitik, AT Umweltpolitik, AT Migration, AT Verkehrspolitik, EU Atompolitik, EU Außenpolitik, EU Demokratisierung, EU Polit. System, EU Migration, EU Sozialpolitik, EU Umweltpolitik, EU Verkehrspolitik, EU, EU Wirtschaftspolitik

Kodierung Motive

Gestaltung der EU, Kritik an EU, EU als Vorbild, AT als Vorbild, Kritik an Regierung, Gestaltung Österreich

⁴⁴ Beide Wahlprogramme liegen dem Autor als Textdateien vor.

Interviewleitfaden der Sekundäranalyse „Europeanisation of National Political Parties, 2004-2006” (Poguntke et al. 2007c)⁴⁵

1. How **influential** are the following *positions* within your party?
2. Have the following party *positions* **become more or less influential** within your party over the last 10 years or so?
3. Please indicate which of the following **best describes** the position held by the person in your party who is the **senior politician responsible for EU affairs**.
4. Does being appointed the **senior party politician responsible for EU affairs** make that individual **influential** within your party?
5. Has the amount of **influence** associated with the responsibilities emanating from the role of **senior party politician responsible for EU affairs** **changed** over the last 10 years or so?
6. Does being a **staff member** (i.e. a non-elected person) whose **remit covers EU-affairs** make an individual **influential** within your party?
7. Has the **influence** associated with exercising these **staff** responsibilities **changed** over the last 10 years or so?
8. Focusing first on the **senior party politician responsible for EU affairs**, in **practice**, how influential are the following actors in selecting this person to their position?
9. **In practice**, how influential are the following actors in deciding who becomes a **candidate for the European Parliament elections**?
10. **In practice**, how influential are the following actors in deciding who becomes your party's **delegation leader in the European Parliament**?
11. **In practice**, has the **party leadership's influence** in the selection of the following individuals **changed** over the last 10 years or so?
12. In what ways does **developing a specialism in EU affairs** affect a person's **influence** within your party?

⁴⁵ Die Computerdatei liegt dem Verfasser der Arbeit vor.

13. Has the **proportion of resources** (e.g. staff and finance) devoted by your party HQ to EU issues **changed** over the last 10 years or so?
14. When making decisions on issues that are important to your party, how much **discretion** vis-à-vis your party would you say the following party actors have?
15. Has this amount of **discretion changed** over the last 10 years or so?
16. When making decisions on issues that are important to your party, how much **prior instruction** would you say the following party actors receive from the party?
17. Has the **amount of such prior instruction changed** over the last 10 years or so?
18. **After** they have made decisions on issues that are important to your party, to what extent do the following actors **in practice** have to **explain their actions** to the party?
19. Has this **need for explanation changed** over the last 10 years or so?
20. When making decisions on issues that are important to your party, how much **discretion** do your senior politicians enjoy vis-à-vis your party when they act in the following **EU-level arenas**?
21. Has their **degree of discretion changed** over the last 10 years or so?
22. When issues that are important to your party are at stake **in EU-level arenas**, how much **prior instruction** from your party would you say your senior politicians receive?
23. Has the **amount of such instruction changed** over the last 10 years or so?
24. **After** having made decisions in EU-level arenas on issues that are important to your party, to what extent do your senior politicians **in practice** have to **explain their actions** to the party?
25. Has the **need for such explanation changed** over the last 10 years or so?
26. Generally speaking, how has **European integration directly affected** the amount of political power exercised within your party by the **party leader**?
27. In some parties, the offices of party leader and national parliamentary party leader are separate. If this is the case in your party, how has European integration directly affected the amount of political power exercised within your party by the **leader of your national parliamentary party**?

28. To what extent are the following office holders involved in determining the content of **manifestos for national parliamentary elections**?

29. In some parties, the offices of party leader and national parliamentary party leader are separate. If this is the case in your party, how involved in determining the content of your party's **manifestos for national parliamentary elections** is the **national parliamentary party leader**?

30. To what extent has the involvement of these office holders in determining the content of **manifestos for national parliamentary elections changed** over the last 10 years or so?

31. In some parties, the offices of party leader and national parliamentary party leader are separate. If this is the case in your party, to what extent has the involvement of the **national parliamentary party leader** in determining the content of **manifestos for national parliamentary elections changed** over the last 10 years or so?

32. To what extent are the following office holders involved in determining the content of your party's **European election manifesto**? (Please note: we are interested in national party manifestos for EP elections, not in Europarty platforms).

33. In some parties, the offices of party leader and national parliamentary party leader are separate. If this is the case in your party, how involved in determining the content of your party's **European election manifestos** is the **national parliamentary party leader**?

34. To what extent has the involvement of these office holders in determining the content of your party's **European election manifesto changed** over the last 10 years or so?

35. In some parties, the offices of party leader and national parliamentary party leader are separate. If this is the case in your party, to what extent has the involvement of the **national parliamentary party leader** in determining the content of your party's **European election manifestos changed** over the last 10 years or so?

36. Generally speaking, how much **attention** is given to **European Union politics and policies** within your party today ?

37. How has the degree of **attention** given to **European Union politics and policies** within your party **changed** over the last 10 years or so?



Curriculum Vitae

Christian Oliver Popken, geboren am 11. August 1981 in Bremen, Deutschland

Fremdsprachen: Englisch fließend in Wort und Schrift
Spanisch Grundkenntnisse

IT-Kenntnisse: MS Office, MS Project, Adobe Photoshop, GIMP, SQLyog, SPSS, div. CMS-Systeme, u.a.

Freizeit: Familie, Kochen, Fußball, Literatur, Musik

Ausbildung

Oktober 2004 – Januar 2012

Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
Diplomarbeit über die Europäisierung der österreichischen, politischen Partei Die Grünen

Oktober 2003 – Juni 2008

Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien

1999 – 2002

Abitur am englisch-bilingualen Hermann-Böse-Gymnasium in Bremen

Beruflicher Werdegang

Seit September 2011

Produkt- und Projektmanager bei der *VRS Media GmbH & Co. KG* in Bremen

Januar 2011 – August 2011

Back-office und Vertriebsassistent bei der *VRS Media GmbH & Co. KG* in Bremen

Januar 2010 – Dezember 2010

Assistenz der Geschäftsführung bei der *COIL Shipping & Logistic GmbH* in Bremen

Juni 2009 – Dezember 2009

Praktikum bei der Unternehmensberatung für Kommunikation *Laub & Partner GmbH* in Hamburg

September 2008 – September 2009

Autor beim Fußballmagazin *Null Acht* in Wien